

MICHAEL HELMBRECHT

Erosion des »Sozialkapitals« ?

Eine kritische Diskussion

der Thesen Robert D. Putnams

Erosion des »Sozialkapitals«?

Michael Helmbrecht studierte Sozialpädagogik, Sozialwissenschaften und Philosophie. Er ist Dozent am Fachbereich Soziale Arbeit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

MICHAEL HELMBRECHT

Erosion des »Sozialkapitals«?

Eine kritische Diskussion der Thesen Robert D. Putnams

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 transcript Verlag, Bielefeld



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.

Umschlaggestaltung und Innenlayout: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat & Satz: Michael Helmbrecht
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
ISBN 3-89942-358-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

*Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de*

INHALT

1. Putnams Perspektive und die gesellschaftspolitische Diskursagenda	7
2. „Bowling Alone“ – Theoriearchitektur und die empirische Fundierung der Erosionsthese	13
2.1 Theoretische und konzeptionelle Prämissen	15
2.1.1 Putnams Bezugnahme auf Theorietraditionen	15
2.1.2 Typen und grundsätzliche Effekte des „Sozialkapitals“	17
2.2 Die Verfallsdiagnose Putnams für die Vereinigten Staaten	23
2.2.1 Empirische Dimensionen der Erosion	24
2.2.2 Effekte der Erosion	34
2.2.3 Ursachenforschung	39
2.2.4 Therapie des Verfalls	45
3. Diskussion	47
3.1 Empirische Gegenbefunde und Bestätigungen	47
3.2 Immanente konzeptionelle Probleme	53
3.2.1 „Sozialkapital“ – ein Begriffshut mit Überweite	53
3.2.2 Traditionalistisches Bias der Akteursperspektive	59
3.2.3 Kulturalistisches Bias – ungleichheitstheoretische „Blindstellen“	63
3.2.4 Leistungsgrenzen des „Sozialkapitals“	68
3.3 „Wandel“ des Sozialkapitals und nicht: „Verfall“ – eine soziologische Gegenauflärung	76
3.3.1 Konstituierungsfaktoren von Solidarität in der Moderne	77
3.3.2 Solidarische Individualisten als Kleinaktionäre des „Sozialkapitals“	84
3.3.3 Transformationsprozesse intermediärer Akteure	92
3.4 Ein Blick zurück	98
Literatur	101

1. Putnams Perspektive und die gesellschaftspolitische Diskursagenda

„Bowling alone: America's declining social capital“ – unter diesem zündenden Titel präsentierte der amerikanische Politikwissenschaftler Robert D. Putnam¹ erstmals im Jahr 1995 in einem Aufsatz seine These, dass der US-amerikanischen Gesellschaft anscheinend in ziemlich rapidem Tempo die private Geselligkeitsbereitschaft, das öffentliche Engagement, das politische wie das religiöse Interesse und das wechselseitige Vertrauen seiner Bürger abhanden kommen. Sowohl Putnams empirische Diagnose wie auch seine analytischen und normativen Perspektiven auf die Rolle des „Sozialkapitals“ in modernen Gesellschaften erfahren aufgrund des weiteren Ausbaus der Befunde und der theoretischen Grundlagen bis heute eine lebhaft internationale Resonanz.

Aus wissenssoziologischer Sicht lassen sich eine ganze Reihe von Gründen namhaft machen, die die positiven Bezugnahmen insbesondere in der öffentlichen und politischen Debatte plausibilisieren. Die Vereinigten Staaten galten seit den klassischen sozialwissenschaftlichen Erkundungen Tocquevilles im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, bekräftigt durch die Untersuchungen von Almond und Verba zur „civic culture“ in den 1960er Jahren, bis zur Gegenwart als ein Musterbeispiel einer funktionierenden „community“, in der am Gemeinsinn orientierte Bürger und zivilgesellschaftlich inspirierte Vereinigungen mit patriotischer Verve, altruistischer Hingabe und in christlicher Brüderlichkeit die sozi-

1 Robert D. Putnam ist Professor of International Affairs und Director of the Center for International Affairs an der Harvard University, Cambridge/Mass. Er ist Mitglied des Beirates der Weltbank, des Council on Foreign Relations und der Trilateral Commission sowie Fellow der American Academy of Arts and Sciences. In der Amtsperiode 2001/02 war er Präsident der American Political Science Association.

ale Integration der Gesellschaft sicherten. Auch wenn es eine ganze Reihe von Warnhinweisen schon vor Putnam gegeben hatte, die – um nur beispielhaft einige jüngeren Datums zu nennen – auf Abkühlungstendenzen der zivilreligiösen, gemeinschaftsbildenden „habits of the heart“ (Bellah 1986; dt. 1987) aufgrund einer „Tyrannei des Marktes“ (Bellah et.al. 1994), einer zunehmenden „Kultur des Narzissmus“ (Christopher Lash), einer Ausdünnung der „responsive community“ (Etzioni 1988/1994) oder des sozialpolitischen Rigorismus der Reagan-Ära verwiesen² – erst Putnam schien mit einem sozialwissenschaftlich geschärften Instrumentarium und einer empirisch reich gesättigten tour d’horizon einen differenzierteren Blick auf die Verhältnisse zu ermöglichen.

Mit dem theoretisch umformatierten Begriff des „Sozialkapitals“ scheint ein Instrument vorzuliegen, mit dem sich die sozialen Grundlagen einer „Gesellschaft im Flugsand der Individualisierung“ (Beck/Beck-Gernsheim 1994: 33) empirisch vermessen und gesellschaftstheoretisch analysieren lassen. Der „soziale Kitt“ (Erich Fromm) einer Gesellschaft scheint in dieser Modellierung nicht mehr als Gegenstand von konservativen Sozialforscher zu firmieren, die die zunehmende Fragmentierung und Kälte der sozialen Verhältnisse beklagen, sondern als gesellschaftliche Variable, die es mit der Bedeutung von „big business, big government und individuellen Strategien“ (Evers 2002: 64) aufnehmen kann.

Die Sozialkapital-Perspektive und insbesondere die von Putnam referierten empirischen Befunde waren Wasser auf die Mühlen der sogenannten Kommunitaristen, die in einer streckenweise hitzig geführten sozialphilosophischen Auseinandersetzung mit ihren „liberalen“ Gegenspielern in den 1990er Jahren für den konstitutiven, analytischen und normativen Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum gestritten hatten.³ Putnam machte ergänzend in sozialwissenschaftlichen Kategorien klar, dass die Aufopferung der „civil community“ auf dem Altar der Modernisierung nicht nur sozialökologische Flurschäden für die Individuen mit sich bringt, sondern im Endeffekt auch Verheerungen in den Herzkammern der liberalen Gesellschaft – ihrer demokratischen Verfassung und ihrer ökonomischen Grundlagen – erzeugt. Er begründete nicht

2 Um Bellahs These gerecht zu werden, müsste man eigentlich ergänzen: Gewohnheiten, die aber angesichts der vorfindbaren und stimulierbaren republikanisch gesinnten sozialen Bewegungen keineswegs endgültig unterzukriegen ist.

3 Vgl. hierzu die instruktive Sammlung der durchaus polyphonen, in der Rezeption aber vielfach zu „Lagern“ schematisierten Positionen der maßgeblich an der Debatte beteiligten Sozialwissenschaftler und Sozialphilosophen in der Textsammlung von Honneth (1995).

nur den Realitätsgehalt des weit verbreiteten Verlustgefühls von Gemeinschaft, sondern rückte die Potentiale der Gemeinschaft als Ressource der Gesellschaftsgestaltung in den Aufmerksamkeitsfokus.

Damit war sein Konzept auch anschlussfähig für den international geführten Diskurs um den Rang der „Civil Society“, die als Leitmotiv für eine Erneuerung der politischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen in modernen Gesellschaften (wieder-)entdeckt worden war. Reimportiert aus der Begründungspraxis demokratischer Bürgerrechtsbewegungen in den Ostblock-Staaten, die die konkrete Utopie einer autonomen „Zivilgesellschaft“ den totalitären Umarmungspraktiken des sozialistischen Systems entgegengestellt hatten, wurde sie im Westen mit allerlei Hoffnungen bedacht, die eigenen erschöpften Utopiepotentiale regenerieren zu helfen. Ihre amorphe theoretische Gestalt eröffnete hierzulande eine Vielfalt an Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Indienstnahme: So verheißt sie etwa, zur „Wohlfahrtsgesellschaft“ (Dettling 1997) mutiert, einen Ausweg aus den legitimatorischen und finanziellen Problemen, in denen der Wohlfahrtsstaat verstrickt ist; in Gestalt der „Bürgerarbeit“ (Beck 1999; Beck 2000; auch: Rifkin 1997) verspricht⁴ sie ein Überschreiten jener Grenzen, an die das Wachstum der „Arbeitsgesellschaft“ stößt und im Gewand der „assoziativen Demokratie“ (Schuppert 1997) eröffnet sie die Hoffnung auf die Überwindung der Krise der repräsentativen Demokratie durch die vitalisierende Funktion von „sekundären Assoziationen“. Ein „Lob auf die Zivilgesellschaft“ (Touraine 2000) wird schließlich auch mit Blick auf die Gefährdungen durch die Globalisierung angestimmt, zumal sie es sei, die die nationale, demokratische politische Gesellschaft als Vermittlungsebene zwischen der entgrenzten Wirtschaft und der lokalen Lebenswelt stärken könne.

Dass die Vereinten Nationen das Jahr 2002 zum „Internationalen Jahr der Volunteers“ kürten, ist nur eines der hervorstechenden unter vielen anderen Indizien dafür, dass das Interesse an den zivilgesellschaftlichen Ressourcen an einer prominenten Stelle der internationalen gesellschaftspolitischen Präferenzliste steht. Es ist daher kaum verwunderlich, dass Putnams Thesen angesichts dieses günstigen Nährbodens eine weite Verbreitung fanden. Putnam widerfuhr in Deutschland konsequenterweise die Ehre, im Rahmen eines Symposiums der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages zu seiner Konzeption des Sozialkapitals zu sprechen (vgl. Putnam 2001). Seiner theoretischen Perspektive hat die Enquete-

4 Hier müsste man wohl besser in der Vergangenheitsform referieren, denn Becks Konzept scheint zwischenzeitlich mangels Überzeugungskraft auch von ihm selbst ad acta gelegt worden zu sein.

Kommission des Deutschen Bundestages, wenn auch in umstrittener Lesart⁵, in ihrem Bericht einen prominenten Stellenwert eingeräumt (Enquete-Kommission 2002). Kaum eine sich als theoretisch auf der Höhe der Zeit präsentierende gesellschaftspolitische Rede (vgl. z.B. Schröder 2001), die nicht den Sozialkapital-Begriff mitführen würde. Und – wenig überraschend – vermeldet die Stichwortsuche in den Archiven sowohl der links-liberalen „Süddeutschen Zeitung“ als auch der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine gleichermaßen beachtliche Trefferquote⁶: „Robert D. Putnam“ und sein „Sozialkapital“ sind im öffentlichen Gespräch.

Gemessen an dieser hohen Aufmerksamkeit nehmen sich konkurrierende Sozialkapital-Konzepte etwa des französischen Sozialforschers Pierre Bourdieu, des amerikanischen Soziologen James S. Coleman oder des deutschen Sozialwissenschaftlers Hartmut Esser, um nur einige wichtige zeitgenössische Ansätze zu nennen, in der Tat wie Geheimlehren aus.⁷ Putnams gesellschaftstheoretische Konstruktionsleistungen und seine Verfallsthesen allerdings trafen zum richtigen Zeitpunkt auf einen erhöhten gesellschaftlichen Selbstaufklärungsbedarf und prägten diesen Diskurs in den letzten zehn Jahren maßgeblich mit. In einem luziden Darstellungsduktus, mit einer Vielzahl empirischer Daten und Beispiele, mit – auf den ersten Blick – plausiblen Begründungslinien und einer eindringlichen Redundanz zeichnet Putnam ein Bild der Bedeutung und des Verlustes des Sozialkapitals in der US-amerikanischen Gegenwartsgesellschaft, dessen Faszinationskraft man sich kaum entziehen kann.

Gleichwohl: Putnams theoretische und methodische Konzeption wie die Validität seiner empirischen Ergebnisse haben in Teilen der „scientific community“ in den Vereinigten Staaten und in Europa auch Skepsis bis heftige Kritik hervorgerufen. Putnam hat im Gegenzug seine Konzeption nuanciert und ausdifferenziert – an seinem alarmierenden Generalbefund indes hält Putnam in seiner jüngsten, 500seitigen Monographie (2000) und in seinen Vorträgen bis heute fest: Es bleibt dabei, „bowling alone“, Amerikas Gemeinschaft verfällt.

5 In einem zwölfseitigen Sondervotum bemängelt das sachverständige Mitglied der Enquete-Kommission André Habisch, der Begriff „Sozialkapital“ beschreibe nicht das international geteilte Verständnis als „Selbstorganisationsprinzip“, das kollektives Handeln ermöglicht, sondern werde als Produkt des Handelns von „Sozialen Unternehmen“ und damit als „Subventionstatbestand“ missverstanden (vgl. Enquete-Kommission 2002: 729-741).

6 Im Zeitraum 1997 bis 2002 wurde in der FAZ insgesamt 47mal auf „Robert D. Putnam“ und/oder „Sozialkapital“ Bezug genommen, in der SZ insgesamt 45mal.

7 Einen sehr instruktiven, kritischen Überblick über insgesamt neun unterschiedliche Sozialkapital-Konzeptionen bietet Haug (1997).

Im Mittelpunkt dieser Arbeit wird nicht eine positive wie kritische Würdigung *aller* Begründungspfade Putnams stehen. Ziel ist es auch nicht, Putnams Gesellschaftsanalysen insgesamt zu verwerfen, denn dafür sind seine Fragerichtungen zu vielfältig und es wird im Detail dann auch wieder zu viel Profundes und Überzeugendes rezipiert und entwickelt. Der Titel der Arbeit zeigt vielmehr an, dass es hauptsächlich um die – im besten Sinne des Wortes – Fragwürdigkeiten gehen soll, um Ungereimtheiten, Probleme und Grenzen eines schillernden und wirkungsmächtigen Konzepts. Wenn es gelingen sollte, einige der zentralen Prämissen und Schlussfolgerungen quellennah zu identifizieren, aus einer internen wie externen kritischen Perspektive begründet als problematisch oder ergänzungsbedürftig auszuweisen und damit die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Putnamschen Entwurfs aufzuzeigen, wäre ein zentrales Anliegen erreicht.

In einem ersten Schritt werden zu diesem Zweck die Theoriearchitektur und die Verfallsthese Putnams ausführlich nachgezeichnet. Die Kritik setzt zunächst mit der Prüfung der Überzeugungskraft der empirischen Ergebnisse ein. Hierfür werden konkurrierende US-amerikanische Forschungsergebnisse herangezogen, „blinde Flecken“ der empirischen Datenbasis und einige Probleme aus methodologischer Sicht aufgezeigt.

Der überwiegende Teil der Kritik widmet sich der theoretischen Sozialkapital-Konzeption und seiner gesellschaftstheoretischen Einbettung. In diesem Zusammenhang werden zunächst immanente konzeptionelle Probleme erörtert. Aus diesem Blickwinkel wird die Qualität der Putnamschen Begriffskonstruktion diskutiert und daraus resultierende „tote Winkel“ wie „Überbelichtungen“ sowohl im Konzept als auch in den empirischen Befunden verdeutlicht. Schließlich sollen Möglichkeiten einer „soziologischen Gegenauflärung“ der Verfallsthese skizziert werden. Auf den analytisch getrennten Ebenen „Gesellschaft“, „Individuum“ und „intermediäre Akteure“ werden Konstitutionsbedingungen wie Dilemmata der solidarischen Grundlagen moderner Gesellschaften aufgezeigt.

2. „Bowling Alone“ – Theoriearchitektur und empirische Fundierung der Erosionsthese Putnams

Mit einem für die internationalen Feuilletons anschlussfähigen Titel zeigt Putnam auf einen vielleicht nebensächlich erscheinenden, jedoch exemplarischen Befund seiner Gesellschaftsanalyse: Den Amerikanern vergeht augenscheinlich die Lust, eines ihrer Lieblingshobbys gemeinsam mit anderen auszuüben.¹

„The most whimsical yet discomfiting bit of evidence of social disengagement in contemporary America that I have discovered is this: more Americans are bowling today than ever before, but bowling in organized leagues has plummeted in the last decade or so. Between 1980 and 1993 the total number of bowlers in America increased by 10 percent, while league bowling decreased by 40 percent [...]. The rise of solo bowling threatens the livelihood of bowling-lane proprietors because those who bowl as members of leagues consume three times as much beer and pizza as solo bowlers, and the money in bowling is in the beer and pizza, not the balls and shoes. The broader social significance, however, lies in the social interaction and even occasionally civic conversations over beer and pizza that solo bowlers forgo. Whether or not bowl-

1 Auf die an sich sinnvolle, weil Distanz signalisierende, Darstellung der Putnamschen Positionen im Konjunktiv wird zugunsten einer besseren Lesbarkeit über weite Strecken verzichtet. Es soll allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die indikativischen Formulierungen nicht auf eine Übernahme der Positionen Putnams durch den Verfasser verweisen. In uneindeutigen Zuordnungsfällen oder an jenen Stellen, an denen der Verfasser der vorliegenden Arbeit meinte, sich kommentatorisch zu Wort melden zu müssen, werden Ausnahmen von der Regel gemacht und eine Differenz sprachlich eindeutig markiert.

ing beats balloting in the eyes of most Americans, bowling teams illustrate yet another vanishing form of social capital.“ (Putnam 1995: 70).

Der Rückgang der Mitgliederzahl in den Freiwilligenorganisationen, die negativen Folgen hieraus für die Netzwerke der sozialen Interaktion, die daraus resultierende Schwächung des ökonomischen Systems – en miniature trifft man in diesem Beispiel schon auf einige wichtige theoretische wie empirische Implikationen der Putnamschen Diagnose. Dass die Amerikaner der Gemeinschaft zunehmend die kalte Schulter zeigen, lässt sich allerdings nicht nur für das Bowling, sondern für eine Vielzahl weiterer und für weit bedeutsamere Erscheinungen einer sozialen und politischen Partizipationsabstinenz nachweisen. Und diese Unterspülung der soziokulturellen Grundlagen der Gesellschaft hat weit reichende Folgen für das Gesamtsystem: Negativ affiziert werden dadurch die Leistungsfähigkeit des politischen und wirtschaftlichen Systems, des Bildungs- und Gesundheitssystems wie die Kohäsionskraft moderner Gesellschaft überhaupt.

Die „melancholische These“ vom Schwund des Sozialkapitals (vgl. Heins 2002: 9), die Putnam aus der Gesamtschau einer Vielzahl empirischer Einzelbefunde ableitet, bildet den Kernpunkt seiner *Gesellschaftsdiagnose*.

In *theoretischer wie forschungsstrategischer* Hinsicht hatte Putnam an ein Untersuchungsdesign angeknüpft, das er zunächst einmal für die Exploration und Evaluation der bürgergesellschaftlichen Traditionen (civic traditions) in Italien entwickelt hatte (Putnam 1993). Mit dem eingangs zitierten Artikel legte Putnam einen ersten Zwischenbefund über den zivilgesellschaftlichen Zustand der Vereinigten Staaten vor, eine Diagnose, die er im Rahmen eines über Jahre hinweg angelegten Forschungsprojektes ausbauen konnte. Fünf Jahre später erschien die Hauptstudie „Bowling Alone – The Collapse and Revival of American Community“, mit der Putnam als Sozialkapital-Forscher in internationalem Maßstab reüssierte. Im Jahr 2001 gab die das Thema „Bürgergesellschaft“ stark protegierende deutsche Bertelsmann Stiftung eine international vergleichende Sozialkapital-Studie heraus, die von Putnam koordiniert worden war.

Maßgeblich aus diesen Quellen und aus einer Reihe von Aufsätzen Putnams, die in Deutschland erschienen sind, speisen sich die nachfolgenden Darstellungen.

2.1 Theoretische und konzeptionelle Prämissen

2.1.1 Putnams Bezugnahme auf Theorietraditionen

„‘Social capital’ is to some extent merely new language for a very old debate in American intellectual circles“, vermerkt Putnam (2000: 24). Der Sache nach lassen sich aufgrund der vielschichtigen Verweiskontexte des Begriffs in der Putnamschen Lesart in der Tat eine lange Tradition und eine kaum überschaubare Vielfalt an Diskurskontexten namhaft machen. Putnam sieht sich mit seinen Analysekonzepten insbesondere in der Tradition des französischen Sozialforschers Alexis de Tocqueville stehend, der in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts schon in seinen Untersuchungen „Über die Demokratie in Amerika“ den Zusammenhang von Demokratie und Bürgergesellschaft thematisiert hatte (Putnam 2001: 31f.). Dieser sieht den „Gemeindegeist“ (de Tocqueville 1835/1985: 58) als maßgebliche Quelle der Modernität Amerikas:

„Der Einwohner Neuenglands fühlt sich mit seiner Gemeinde verbunden, weil sie stark und unabhängig ist; er kümmert sich um sie, weil er zur Lenkung ihrer Geschäfte beiträgt; er liebt sie, weil er sich über sein Los nicht zu beklagen hat; sein Ehrgeiz und seine Zukunft wurzeln in ihr; er befasst sich mit allen Ereignissen des Gemeindelebens; in diesem begrenzten, ihm zugänglichen Umkreis beginnt er die Gesellschaft zu regieren; er gewöhnt sich an die Formen, ohne die die Freiheit nur durch Revolutionen fortschreitet; er lässt sich von ihrem Geist durchdringen, er gewöhnt sich an die Ordnung, er versteht das Ineinandergreifen der Befugnisse, und endlich eignet er sich klare und praktische Gedanken an über das Wesen seiner Pflichten und über das Maß seiner Rechte.“ (de Tocqueville 1985: 61f.).

Das – wie man heute formulieren würde – „bürgergesellschaftliche Engagement“ bewirkt nach der Tocqueville’schen Auffassung positive politische Sozialisationseffekte auf den Einzelnen, stiftet soziale Ordnung und mäßigt über Selbstverwaltungsstrukturen und eine Dezentralisierung der Willensbildung jene „Tyrannei der Mehrheit“, die als strukturelle Gefährdungsdynamik in Demokratien eingebaut ist.² Tocqueville sieht

2 Es sei nur am Rande der bislang kaum beachtete Hinweis Tocquevilles auf die negativen Selektionsmechanismen der Demokratie hingewiesen. Ganz im Gegensatz etwa zur Demokratietheorie Max Webers, in der der politische Wettbewerb und allgemeine Wahlen als geeignete Mittel zur Auswahl der politischen Eliten angesehen werden, geht Tocqueville in durchaus aristokratischer Manier davon aus, dass „[...] die natürlichen Neigungen der Demokratie das Volk dazu bringen, die bedeutenden Männer von der Macht

im „Gemeindegeist“ indessen nicht etwa eine von einer höheren Moral beflügelte Tugend am Werk, die sich als Bollwerk gegen den schon von den Zeitgenossen beklagten „Individualismus“ organisiert. Die Modernität Amerikas beruht seinem Verständnis nach auf der „Überwindung des Individualismus durch die Lehre vom wohlverstandenen Interesse“ (ebd.: 254ff.). In den Institutionen der Bürgergesellschaft und einem „aufgeklärten Egoismus“ (ebd.: 257) als solidaritätsstiftendem Vermächtnis der Modernisierungsprozesse sieht Tocqueville den spezifischen Vorteil der strukturellen und moralischen Grundlagen der Vereinigten Staaten im Vergleich zur eigenen, französischen Herkunftsgesellschaft.

Während Putnam sich in demokratietheoretischer Hinsicht gewissermaßen als Neo-Tocquevilleianer begreift, grenzt er sich von einer Reihe europäischer Klassiker der Soziologie – Ferdinand Tönnies, Georg Simmel und Emile Durkheim – entschieden ab. Sie teilten nämlich seiner Ansicht nach „[...] trotz aller Vagheit die allgemeine Ansicht, der Verfall der Gemeinschaftsbindungen in sich modernisierenden Gesellschaften sei unvermeidlich; es müssten Institutionen geschaffen werden, die das entstehende Vakuum füllten.“ (2001: 33). Die – aus seiner Sicht – simplifizierende Gesellschaftsperspektive solcher „declensionist narratives“ (2000: 24) könne nämlich den Umstand verdecken, dass

„American history is a story of ups and downs in civic engagement, not just downs – a story of collapse and of renewal [...]. Nevertheless, my argument is, at least in appearance, in the declensionist tradition, so it is important to avoid simple nostalgia.“ (2000: 25).

Konjunkturen des Sozialkapitals macht Putnam nicht nur in empirischer, sondern auch in begriffsgeschichtlicher Hinsicht aus (2000: 19f; 2001: 16-20). Mindestens sechsmal sei der Begriff seinen Nachforschungen zufolge im Laufe des 20. Jahrhunderts unabhängig voneinander von unterschiedlichen Autoren in den jeweiligen zeitgenössischen Diskurskontext implementiert worden – „[...] each time to call attention to the ways in which our lives are made more productive by social ties.“ (2000: 19).

Den Schöpfer des Begriffs „Sozialkapital“ haben Putnam und seine Mitarbeiter in dem Pädagogen Lyda Judson Hanifan ausgemacht, der 1916 in seinem Aufsatz „The rural school community center“ schon auf den privaten wie öffentlichen Nutzen von Sozialkapital hingewiesen hat. Namhafte (Wieder-)Erfinder seien im Weiteren der kanadische Soziolo-

auszuschließen“ und diese sich selbst auch von der politischen Laufbahn fernhielten, weil es darin so schwer sei, „[...] man selbst zu bleiben und voranzukommen, ohne sich billig zu machen“ (de Tocqueville 1985: 114).

ge John Seeley gewesen, der in den 1950er Jahren auf die karrierefördernde Bedeutung der Mitgliedschaft in Vereinen hinwies, in den 60er Jahren die Urbanistin Jane Jacobs, die den kollektiven Wert informeller Nachbarschaftsbeziehungen betonte und in den 70er Jahren der Ökonom Glenn C. Loury mit seiner Analyse der Exklusion der afroamerikanischen Bevölkerungen aus breiteren gesellschaftlichen Beziehungen. In den 80er Jahren schließlich setzten Pierre Bourdieu und James S. Coleman den Begriff auf die wissenschaftliche Tagesordnung. Das Konzept „Sozialkapital“ werde zwischenzeitlich in Volkswirtschaftslehre, im öffentlichen Gesundheitswesen, in der Städteplanung, Kriminologie, Architektur und Sozialpsychologie benutzt, „die Explosion von Forschungsarbeiten ereignete sich in jüngster Zeit, mit hoher Geschwindigkeit und großer Reichweite“ (Putnam 2001: 18).

Mit einigem Recht könnte man Zweifel anmelden, ob solche „Explosionen“ die Begriffsgrenzen unberührt lassen und jeweils dasselbe gemeint ist, wenn „Sozialkapital“ gesagt wird. Putnam allerdings hält – in begriffsrealistischer Manier – die Eindeutigkeit von Begriffsumfang und -inhalt für gesichert.

2.1.2 Typen und grundsätzliche Effekte des „Sozialkapitals“

Im Mittelpunkt der Bestimmung von Sozialkapital stehen „[...] bestimmte Grundzüge der sozialen Organisation, beispielsweise [...] Netzwerke, Normen und soziales Vertrauen, die Koordination und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen fördern.“ (1999: 28). Es umschreibe neuerdings auch das, was „manchmal als Zivilgesellschaft, dann wieder als bürgerschaftliches Engagement bezeichnet (wird).“ (Putnam 2002: 257). „Sozialkapital“ kann sich nach Ansicht Putnams in sehr unterschiedlichen Gestalten verkörpern:

„Die erweiterte Familie stellt eine Form von Sozialkapital dar, ebenso die Sonntagsschule, die Pendler, die im Zug regelmäßig Karten spielen, der Zimmernachbar im Studentenwohnheim, die Vereine, in denen man Mitglied ist, die Chatgroups im Internet, an denen man sich beteiligt, das Netzwerk beruflicher Kontakte im Adressbuch.“ (Putnam 2001: 23).

Einen etwas systematischeren Überblick gewinnt man mit Putnams Fokus zur Bestimmung der empirischen Entwicklungsdynamik des Sozialkapitals in den USA. Beobachtet werden dabei folgende sozialen Sachverhalte (Putnam 2000: 27):

- „Americans’ participation in the most public forum – politics and public affairs“;
- „Institutions of our communities – clubs and community associations, religious bodies, and work-related organizations, such as unions and professional societies“;
- „Informal ties that link Americans – card parties and bowling leagues, bar cliques and ball games, picnics and parties“;
- „Trust and altruism – philanthropy, volunteering, honesty, reciprocity“;
- „Counterexamples to the decline of connectedness – small groups, social movements, and the Internet“.

Die ökonomische Modellierung dieser Phänomene mit dem „Kapital“-Begriff – analog zu den Vorstellungen über „physisches Kapital“, das sich auf physische Objekte und Ressourcen bezieht und zu „Humankapital“, das die Fähigkeiten von Personen und deren Ausbildung meint – eröffnet für Putnam die Perspektive auf individuelle und kollektive Wertschöpfungschancen wie auf die sich eröffnenden Investitionsmöglichkeiten. Der „Kapital“-Begriff zeigt auch auf den Charakter eines „knappen Guts“, das Investitionen an Zeit und Energie erforderlich macht, um es produzieren, erhalten und ggf. auch mehr zu können. „Sozialkapital“ kann erodieren oder sich auflösen, insbesondere durch einen egozentrischen oder hedonistischen Lebensstil.

„Im Mittelpunkt der Theorie des Sozialkapitals steht ein außerordentlich schlichter Gedanke: Soziale Netzwerke rufen Wirkungen hervor.“ (Putnam 2001: 20). Die Wirkungsrichtung zielt zum einen nach innen, auf die Mitglieder von Netzwerken hin und wirft so einen individuellen Nutzen ab. In seiner externen Funktion produziert es zum anderen einen kollektiven Nutzen für die Gesamtgesellschaft. Mithin kann „Sozialkapital“ als privates Gut wie auch als öffentliches Gut betrachtet werden.

Mit Blick auf ihre *internen Effekte* sind soziale Netzwerke, „[...] important in all our lives, often for finding jobs, more often for finding a helping hand, companionship, or a shoulder to cry on“ (Fischer 1977, zit. in Putnam 2000: 20). Dieser in der Netzwerkforschung vielfach belegte private Nutzen³ ist für Putnams Konzeption insbesondere von Bedeutung, weil sich daraus kollektiv bedeutsame Wirkungen ergeben.

Entscheidend sind für ihn demnach die aus dem Bestand dichter Netzwerke resultierenden *externen Effekte*. Diese Perspektive bildete

3 Vgl. hierzu im deutschsprachigen Raum aus klinisch-psychologischer und gemeindepsychologischer Sicht Röhrle/Stark (1985) und Keupp/Röhrle (1987). Einen sehr guten Einblick in die soziologische Netzwerk-Perspektive bietet Jansen (1998).

schon die Forschungsgrundlage für seine Italien-Studie „Making democracy work“ (1993), welche die Untersuchung des ökonomischen und administrativen Leistungsgefälles zwischen Nord- und Süditalien zum Gegenstand hatte. Das Ergebnis bestätigte seinen Eingangsverdacht, dass es Norditaliens dicht verwobene zivilgesellschaftliche Strukturen sind, die diese Region im Vergleich zum Mezzogiorno in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht um so vieles leistungsfähiger machen:

„We can summarize our discoveries so far in this chapter rather simply. Some regions of Italy have many choral societies and soccer teams and bird-watching clubs and Rotary clubs. Most citizens in those regions read eagerly about community affairs in the daily press. They are engaged by public issues, but not by personalistic or patron-client politics. Inhabitants trust one another to act fairly and to obey the law. Leaders in these regions are relatively honest. They believe in popular government, and they are predisposed to compromise with their political adversaries. Both citizens and leaders here find equality congenial. Social and political networks are organized horizontally, not hierarchically. The community values solidarity, civic engagement, cooperation, and honesty. Government works. Small wonder that people in these regions are content!“ (Putnam 1993: 115).

Es ist ein verflochtenes und nicht eben leicht zu entwirrendes⁴, handlungstheoretisch konzipiertes Wirkungsgefüge aus sozialem Vertrauen, Normen und Netzwerken, aus dem aus Putnams Sicht die externen positiven Aggregateffekte des Sozialkapitals resultieren (zum Folgenden Putnam 1993: 163-176; 2000: 20-22; 2000: 134-137; 2001: 21f.). Der Ausgangspunkt ist, dass Reziprozitätsnormen, die entstehen, weil sie Transaktionskosten senken und Kooperation ermöglichen, in sozialen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Verbindungen stabilisiert werden. Wenn sich solche Interaktionsgeflechte durch Vertrauen in die Einhaltung etwa der „Tit for Tat“-Norm auszeichnen, werden eben dieses Vertrauen und die Erwartungssicherheit bestärkt und die Interaktionshäufigkeit gesteigert. Mit dieser wiederum erhöht sich die Fähigkeit, die Handlungen der Anderen voraussagen zu können und dieses Wissen wiederum wird bekräftigt, weil die prognostizierten Ereignisse auch tatsächlich eintreten. Dichte soziale Netzwerke garantieren einen hohen Informationsfluss über die Vertrauenswürdigkeit der Interaktionsteilnehmer und stellen „geronnene“ Erfolge erfolgreicher Kooperationsakte dar, die gleichsam als „Anstiftungen“ für zukünftige Kooperationen dienen können. Die interaktionelle Befestigung von Reziprozitätsnormen in so-

4 Der Verfasser ist im Folgenden deshalb darum bemüht, in diese Konzeption nicht mehr Stringenz hineinzulesen als herausgelesen werden kann.

zialen Netzwerken ist damit eine der produktiv wirksamen Komponenten des Sozialkapitals.

Der Dreh- und Angelpunkt der externen Effekte ist die Generalisierung dieser stabilisierten Reziprozitätsnormen nach dem Motto: „I'll do this for you now, without expecting anything immediately in return and perhaps without even knowing you, confident that down the road you or someone else will return the favour“ (2000: 136). Ein solches „dünnnes Vertrauen“ ist im Vergleich mit „dicken Freundschaften“ besser für die Sozialkapitalbildung, denn es stellt eine Erweiterung des Vertrauensradius⁵ unter Leuten dar, die sich nicht persönlich kennen. Über diesen Mechanismus entstehen „trusting communities“ (ebd.), die in vielfacher Hinsicht Effizienzvorteile aufweisen: „A society that relies on generalized reciprocity is more efficient than a distrustful society, for the same reason that money is more efficient than barter. Honesty and trust lubricate the inevitable frictions of social life.“ (2000: 135).

Gemeinden mit hohem Vertrauenskapital „[...] can more efficiently restrain opportunism and resolve problems of collective action.“ (Putnam 1993: 172). Dichte soziale Interaktionszusammenhänge helfen bei der Lösung von Dilemmata des kollektiven Handelns, zumal „[...] sie die Menschen (ermutigen), sich selbst dann vertrauensvoll zu verhalten, wenn sie sich sonst nicht so verhalten würden. Wenn wir nicht für jeden Austausch sofort eine Gegenleistung erbringen müssen, können wir viel mehr erreichen.“ (Putnam 2001: 21). Herrschen solche Verbindungen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man wieder einmal aufeinander trifft oder voneinander hört, höher. Und so ist es auch rational, auf Vorteile, die man etwa aus einem momentanen Betrug ziehen könnte, zu verzichten (2000: 136). Sind wirtschaftliche und politische Systeme in ein solches Klima generalisierten Vertrauens⁵ eingebettet, dann reduzieren sich für die Interaktionsteilnehmer die Anreize für Opportunismus und Fehlverhalten und das Interesse am kooperativen Zusammenwirken steigt.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke haben damit eine zweifache Funktion: Sie stellen einerseits prominente Interaktionsrahmen zur Verfügung, innerhalb derer Vertrauen als gesellschaftliche Ressource gestärkt wird und sie sind andererseits Multiplikatoren. Sie entfalten eine sozial-integrative Funktionen auf der Mikroebene, in dem sie die einzelnen Gesellschaftsmitglieder einbinden und generieren in kollektiver Hinsicht ein Milieu, das die Leistungsfähigkeit des kollektiven Systems beför-

5 Und eigentlich müsste man auch sagen: der Kontrolle, aber auf diesen Aspekt hebt Putnam explizit nicht ab.

dert. Dem „Sozialkapital“ wird aus der handlungstheoretischen Perspektive Putnams mithin ein erhebliches Integrationspotential zugeordnet.

Diese Theorie eines ausschließlich optimistisch zu bewertenden „outcome“ von Sozialkapital scheint zunächst einmal ziemlich überraschend. Denn wie sind dann zum Beispiel die kriminellen Machenschaften der Mafia, die ja ein hoch organisiertes Beziehungsnetzwerk unterhält, die exklusiven Strukturen von „old boy networks“ oder der Kampf einer Bürgerinitiative gegen den Bau eines Behindertenheims in der Nachbarschaft einzustufen? Putnam blieb der Vorwurf einer einäugigen Perspektive nicht erspart, zumal weder in der Italien-Studie von 1993 noch in seinem Aufsatz von 1995 mögliche negative Effekte des Sozialkapitals in bemerkenswertem Umfang thematisiert werden.

Dass Sozialkapital nicht nur ein Prädiktor für individuelles und kollektives Glück ist und eine „Kumbaya“-Interpretation des Sozialkapitals (Putnam 2000: 21), die nur die kuscheligen Seiten der Gemeinschaft betont, möglicherweise zu kurz greift, gesteht Putnam nach einer vielschichtigen Kritik später durchaus zu. Angesichts der „dunklen Seiten“ des Sozialkapitals müssten deshalb weitere Unterscheidungen nach seinen Zwecken und Effekten getroffen werden (Putnam 2001: 24). Die Fragen bleiben indes schwierig: Welche Normen und Werte transportieren jeweils unterschiedliche Formen des Sozialkapitals? Welche Art von Politik und Ökonomie wird eigentlich gefördert? Welches Sozialkapital ist repressiv, welches förderungswürdig? Welches „prosozial“ und welches „antisozial“?

Antworten hierauf verspricht sich Putnam aus der Unterscheidung zwischen „innenorientiertem“ und „außenorientiertem“, „brückenbildendem“ (bridging) und „bindendem“ (bonding) Sozialkapital gewinnen zu können (vgl. Putnam 2001: 27-30). Eine „innenorientierte“ Form des Sozialkapitals, wie sie etwa Handelskammern, Herrenclubs oder Kreditvereinigungen verkörpern, sind stärker darauf gerichtet, die materiellen, sozialen oder politischen Interessen von Mitgliedern zu befriedigen. Dergestalt organisiert sich „Sozialkapital“ auf der Basis von gemeinsamen Merkmalen der Mitglieder wie zum Beispiel Klassenzugehörigkeit, Geschlecht oder ethnischen Beziehungen. „Außenorientiertes“ Sozialkapital hingegen befasst sich stärker mit öffentlichen Gütern. Beispiele stellen für Putnam die wohltätigen Aktivitäten der Lions Clubs, die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, Jugendinitiativen und die sozialen Bewegungen der Grünen in Europa dar. Den nahe liegenden Schluss, „außenorientiertes“ Sozialkapital als das normativ überlegene auszuweisen, weist Putnam mit dem Argument zurück, dass man die jeweiligen Effekte nicht genau messen könne:

„[...] Sozialkapital widersteht jeder Quantifizierung, und aus genau diesem Grund können wir nicht behaupten, eine Jugendinitiative, die einen städtischen Kinderspielfeld säubert, trage mehr zum Bestand an Sozialkapital bei als eine ‚innenorientierte‘ Kreditgemeinschaft, die daran mitwirkt, eine neue Einwanderergemeinde wirtschaftlich erfolgreich zu machen.“ (ebd. 28).

Eng verwandt mit dieser Unterscheidung erscheint die Frage danach, ob Sozialkapital „brückenbildende“ oder „bindende“ Effekte entfaltet. Unter „bridging social capital“ können nach Putnam Netzwerke verstanden werden, die unterschiedliche Menschen zusammenkommen lässt, während „bonding social capital“ ähnliche Menschen verbindet.⁶

In Bezug auf die oben aufgeworfene Frage nach der normativen Qualität unterschiedlicher Formen des Sozialkapitals ist insbesondere die letzte Unterscheidung relevant, denn Putnam hält die Außenwirkungen von „brückenbildenden“ Gruppen eher für positiv, während „bonding social capital“ mit größerer Wahrscheinlichkeit negative Außenwirkungen erzeuge (Putnam 2001: 29). Der Grund hierfür sei in dem unterschiedlichen Ausmaß der sozialen Verflechtung, der Gruppenloyalität und damit einhergehender sozialer Kontrolle zu sehen: Durch Homogenität werde eine „soziale Vernischung“ gefördert und so sei es sehr viel leichter, sich „dunklen“ Zielsetzungen“ (ebd.) zuzuwenden als in Gruppen, in denen Mitglieder mit unterschiedlichen Interessen und sich überkreuzenden Verbindungen organisiert sind. Darüber hinaus kann „bindendes“ Sozialkapital aufgrund der Erzeugung von internem Loyalitäts-Zwang dazu beitragen, dass sich externe Gruppenantagonismen entwickeln (Putnam 2000: 23).

Eine weitere heuristische Qualität erzeugt für Putnam die Perspektive auf die „Dichte“ der sozialen Netzwerke. Manche Formen von Sozialkapital sind „multistranded networks“ (Putnam 2000: 22), mit dicht verwobenen, vielschichtigen Interaktionsgeflechten. Als Beispiel nennt Putnam hier eine Gruppe von Stahlarbeitern, die tagsüber in der Firma kooperieren, sich am Samstag zum Kegeln treffen und sich am Sonntag in der katholischen Messe begegnen. Demgegenüber stellen „single-stranded networks“ (ebd.) eher episodische Interaktionsereignisse und Kooperationszusammenhänge dar, etwa das gelegentliche Gespräch mit

6 Putnam insistiert bei der Unterscheidung innenorientiert/außenorientiert einerseits und brückenbildend/bindend andererseits darauf, dass es einen konzeptionellen Unterschied gäbe (Putnam 2001: 28). Worin dieser Unterschied im Eigentlichen bestehen könnte, erschließt sich aus dem Text jedoch nicht eindeutig, zumal die Gruppensolidarität bei „innenorientiertem“ wie „bindendem“ Sozialkapital maßgeblich von der Homogenität der sozialen Merkmale der Gruppenmitglieder und der Ähnlichkeit der Interessen bestimmt wird.

Nachbarn beim Schlangestehen im Supermarkt oder eine zufällige Begegnung im Fahrstuhl.

Diese unterschiedlich starken Sozialbindungen entfalten je eigene Leistungspotentiale. Mit Bezugnahme auf Granovett's Unterscheidung der unterschiedlichen Leistungsqualitäten „schwacher“ und „starker“ Bindungen (Granovetter 1973) verweist auch Putnam auf die „strength of weak ties“: „Schwache“ Bindungen erbrächten im Vergleich zu starken nicht nur eine höhere individuelle Nutzenwahrscheinlichkeit zum Beispiel bei der Jobsuche, sondern könnten auch eher geeignet sein, das Reziprozitätsprinzip als verallgemeinerte Norm zu verbreiten (Putnam 2001: 27).

Schließlich stellt Putnam noch den augenfälligen Unterschied zwischen formellem und informellem Sozialkapital heraus. Formal organisiert sind zum Beispiel Gewerkschaften oder eine „Parent-Teacher-Association“. Jene haben reguläre Treffen, verschriftete Statuten und sind ggf. landesweit verbreitet. Demgegenüber sind andere Formen von Sozialkapital informeller Natur. Hierzu zählt Putnam zum Beispiel ein spontanes Basketballspiel genau so wie den wöchentlichen Kneipenstammtisch und „bowling leagues“⁷ (Putnam 2000: 27; 2001: 25). Auch wenn seine eigenen Arbeiten sich sehr stark auf formelles Sozialkapital konzentriert hätten, seien informellen Gruppen gewisse Leistungsvorteile bei der Erreichung gewisser Zwecke zu konzедieren (2001: 25). Diesem, Putnam zunächst kontraintuitiv erscheinenden, Sachverhalt müsse in der Sozialkapitalforschung allerdings verstärkt nachgegangen werden (ebd.: 26).

2.2 Die Verfallsdiagnose Putnams für die Vereinigten Staaten

In der nachfolgenden Darstellung der Verfallsdiagnose wird nach den „empirischen Dimensionen der Erosion“, den „Effekten der Erosion“, der „Ursachenforschung“ und der „Therapie des Verfalls“ unterschieden.

7 In der Einordnung der „bowling leagues“, die ja eine prominente, sogar titelbildende Funktion haben, ist Putnam bemerkenswert unentschieden, denn einmal ordnet er sie dem „informellem“ Sozialkapital (also „Gruppen“), an anderer Stelle dann wieder „secondary associations“ zu.

2.2.1 Empirische Dimensionen der Erosion

Putnam ist aufgrund der sozialwissenschaftlichen Forschungsperspektiven und -traditionen in den Vereinigten Staaten in der Lage, aus einem großen Fundus an empirischen Daten zur Verfassung der „civic community“ schöpfen zu können.⁸ Je schon implizierten die großen nationalen Meinungsumfragen, „Social Surveys“ und zahlreiche universitäre Forschungsprojekte die Untersuchung von Einstellungs- und Verhaltensdimensionen, die Putnam ex post dem „Sozialkapital“ zurechnen kann. Die Zusammenschau dieser Daten ergibt, dass die Geschichte der modernen Gesellschaft der Vereinigten Staaten sich eben keineswegs durchgängig als Verfallsgeschichte der Gemeinschaft darstellen lässt. Vielmehr gibt nach einer konstanten Aufwärtsbewegung im 20. Jahrhundert eine plötzliche, stabil bleibende Abwärtsentwicklung des „Sozialkapitals“ in den letzten drei Jahrzehnten erst Anlass zur Besorgnis:

„The dominant theme is simple: For the first two-thirds of the twentieth century a powerful tide bore Americans into ever deeper engagement in the life of their communities, but a few decades ago – silently, without warning – that tide reversed and we were overtaken by a treacherous rip current. Without at first noticing, we have been pulled apart from one another and from our communities over the last third of the century.“ (Putnam 2000: 27)

Im Folgenden kann nur ein kleiner Extrakt exemplarischer Befunde aus der überwältigenden Fülle des von Putnam referierten Materials abgebildet werden, um zu plausibilisieren, dass man die Erosionsthese nicht ohne weiteres von der Hand weisen kann. Eine Auswahl der von Putnam rezipierten Daten zur rasanten Veränderung der Teilhabe(bereitschaft) der Gesellschaftsmitglieder sollen im Einzelnen für folgende Bereiche dargestellt werden:

- 8 Die deutsche Politikwissenschaft und politische Soziologie waren demgegenüber lange Zeit weitgehend auf eine etatzentrierte und politökonomische Perspektive eingestimmt. Verbände, Vereine und vergleichbare Erscheinungsformen zwischen privaten Haushalten, dem politischem und dem ökonomischen System galten als eher vernachlässigenswerte kulturelle oder folkloristische Überbau-Phänomene. Erst in den letzten 15 Jahren etwa ist u.a. mit der Entwicklung einer Verbände- und Vereinsforschung, den Ansätzen der Dritten-Sektor-Forschung und der politischen Netzwerkforschung die Bedeutung intermediärer und korporativer Akteure jenseits des ökonomischen Systems stärker in den Aufmerksamkeitsfokus getreten. Erst im Jahr 2000 lag mit den Ergebnissen des „Freiwilligen-Survey 1999“ ein repräsentatives Datenmaterial zur Situation des freiwilligen Engagements in Deutschland vor (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000).

- für den Grad der politischen Partizipation (political participation);
- für das Engagementniveau in „sekundären Vereinigungen“ (civic participation);
- für die Ausprägung des religiösen Interesses (religious participation);
- für die Entwicklung der Beziehungen am Arbeitsplatz (connections in the workplace);
- für die Investitionsbereitschaft in informelle soziale Kontakte (informal social connections);
- für die Spendenbereitschaft, den Gestaltwandel des freiwilligen Engagements (altruism, volunteering and philanthropy);
- für das gesellschaftliche Reziprozitätsniveau und das generalisierte Vertrauen (reciprocity, honesty, and trust);
- für die Teilhabe der Bevölkerung in kleinen Gruppen, Sozialbewegungen und an der Internet-Kommunikation.

Abnahme der politischen Partizipation

Putnams Beobachtungen in diesem Bereich (1995; 2000: 31-47; 2002) lassen sich wiederum auf vier Beobachtungsdimensionen beziehen: „The most common act of democratic citizenship – voting“ (Putnam 2000: 32), Mitgliedschaft und Aktivität in politischen Parteien, Aufmerksamkeit für öffentliche Belange und Vertrauen in die Regierung. Sein generelles Fazit lautet: Die Entfremdung und Abkoppelung der Bürger von politischen Vorgängen hat in den letzten drei Jahrzehnten drastische Ausmaße angenommen. So fiel nicht nur die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen von einem vergleichsweise hohen Stand von 63 Prozent in den frühen 1960er Jahren bis 1990 um fast ein Viertel. Auch die Teilnahme an einzelstaatlichen und kommunalen Wahlen ist in einem ähnlichen Ausmaß zurückgegangen. Wohl hat sich die Anzahl jener, die finanzielle Unterstützung für Parteien leisten, von 1967 bis 1987 nahezu verdoppelt, im selben Zeitraum hat sich aber auch ihre Mitgliedschaftsrate um die Hälfte reduziert. Einen deutlichen Rückgang der Engagementbereitschaft für Parteien macht Putnam auch an der immer spärlicher werdenden Teilnahme an „Kampagnen-Meetings“ und der Unterstützung im Wahlkampf fest. Die Bürger schreiben immer weniger an ihre Kongressabgeordneten und besuchen immer seltener öffentliche Veranstaltungen und politische Ortsversammlungen.

Damit einher geht das zunehmende Desinteresse für öffentliche Vorgänge, das sich an der um ein Viertel gesunkenen Zahl der Tageszeitungsleser zwischen 1970 und 1993 zeigt. Die Unzufriedenheit mit der Politik (political unhappiness) hat sich seit Mitte der 1960er Jahre wie ein Pilz ausgebreitet: Während damals die Amerikaner noch reichlich

überzeugt waren von der Leistungsfähigkeit ihrer politischen Institutionen, trauten in den 1990er Jahren drei von vier Amerikanern der Regierung nicht zu, überwiegend die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Und das vor dem Hintergrund eines steigenden durchschnittlichen Bildungsniveaus in den Vereinigten Staaten, das an sich ein zuverlässiger Faktor sei, um auf individueller Ebene politische Partizipationsbereitschaft vorherzusagen. Putnams Fazit lautet: „We remain, in short, reasonably well-informed spectators of public affairs, but many fewer of us actually partake in the game.“ (2000: 46).

Abnahme des Engagements in „sekundären Assoziationen“

Zwar nehmen die US-Amerikaner auf der internationalen ranking-Liste der „joiners“ immer noch einen der vordersten Plätze ein, dennoch hat schleichend und konstant seit den 1960er Jahren die Bereitschaft zur Mitgliedschaft und zum Engagement in formalen Organisationen nachgelassen (zum Folgenden vgl. Putnam 1995; 1999; 2000: 48-64; 2002). Für alle drei Kategorien von „voluntary organizations“ – „community based“, „church based“ und „work based“ – lässt sich dieser Wandel auf der Basis der Befunde der General Social Surveys in den letzten Jahrzehnten nachweisen. Die „Bowling-Vereine“ leiden unter Mitgliederschwind, obwohl heutzutage mehr denn je Amerikaner zum Bowlen gehen. Die Pfadfinder und das Rote-Kreuz, die Männerdomänen der Bruderschaftsverbände (Lions, Elks, Shriners, Freimaurer etc.) und die „National Federation of Women’s Clubs“ – sie alle sind betroffen von Mitgliederrückgang und einer insgesamt seltener werdenden Bereitschaft, einer „regulären Ehrenamtlichkeit“ (1999: 48) nachzugehen. Insgesamt ist laut Putnam die „ernsthafte Form der freiwilligen Arbeit“ (ebd.) zwischen 1974 und 1989 von 24 Prozent auf 20 Prozent gefallen – das bedeutet, dass acht Millionen weniger Bürger aktiv sind.

Seit vierzig Jahren schon ist die Mitgliedschaft in Gewerkschaften rückläufig: Zwischen 1975 und 1991 fiel sie um nochmals 40 Prozent und wird damit immer mehr zu einer langsam schwindenden Erinnerung alter Männer (vgl.: 2000: 81). Zwar haben die Gewerkschaften ihren Charakter geändert und sind zu „bargaining agents“ (2000: 81) geworden. Das Problem der Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern ist für Putnam allerdings weniger die Skepsis in Bezug auf die Funktion von Gewerkschaften, als vielmehr ein Problem der Mitgliedschaftsbereitschaft im Allgemeinen.

Auch in den „Parent-Teacher-Associations“, eine durch die Einbindung von Eltern ins Bildungssystem für Putnam besonders ergiebige Form des Sozialkapitals, fiel die Mitgliedschaftsrate während der 1960er

und 70er Jahre um mehr als die Hälfte, ohne sich bis heute davon erholen zu können.

Dagegen hat sich die insgesamt Zahl der Nonprofit-Organizations (NPO) seit Ende der 60er Jahre nahezu verdoppelt. Aus der Bürgerrechts-, der Frauen- und der Umweltschutzbewegung sind große und einflussreiche Organisationen, wie etwa „Greenpeace“ oder der „Environmental Defense Fund“ entstanden. Allerdings gibt Putnam zu bedenken, dass – abgesehen von einigen großen NPOs – die durchschnittliche Mitgliederzahl bei den neu gegründeten Organisationen nur ein Zehntel der durchschnittlichen Mitgliedergröße der NPOs im Jahr 1962 umfasst. Viele dieser Neugründungen sind „Washington-based organizations“ (2000: 52) – mit Postfächern und Lobbyisten in der Nähe der Machtzentralen. Gewiss, das seien machtvollen, „professionally staffed advocacy organizations“ (ebd.: 51). Ein verlässlicher Indikator für die Bestimmung des Trends des Sozialkapitals sind sie genau aufgrund dieses Charakters nicht: „The organizational eruption between the 1960s and the 1990s represented a proliferation of letterheads, not a boom of grass-roots participation.“ (ebd.: 49).

Religiöse Partizipation

Ohne Zweifel sind die Vereinigten Staaten nach wie vor in hohem Maße eine „churched society“⁹. Und religiöse Orientierung kann als international verlässlicher Prädiktor sozialen Engagements gelten.¹⁰ So ist die Hälfte des sozialen Kapitals in den USA, so Putnam, religiöser Art (2000: 264). Deshalb stimmt es Putnam ziemlich nachdenklich, dass der Kirchenbesuch seit 1960 konstant zurückgeht, in den letzten drei bis vier Jahrzehnten die Mitgliedschaftsrate in den Kirchen um 10 Prozent gesunken und die tatsächliche Beteiligung an religiösen Aktivitäten um 25 bis 50 Prozent zurückgegangen ist. Diese Tendenz entspricht ganz dem Muster der Entwicklung in den „secular community-based organizations“ und der politischen Partizipationsbereitschaft. Nicht der Rückgang der Frömmigkeit etwa ist dabei das Problem für Putnam, sondern der Verlust von Netzwerken, sozialen Kompetenzen und von gesellschaftlichem Engagement:

9 Das zeigt sich nicht nur an der hohen Zahl von Organisationen, die dem Religionssystem zuzurechnen sind, sondern auch zum Beispiel an der Selbstverständlichkeit, mit der der gegenwärtige Präsident George W. Bush seine politischen Entscheidungen mit Eingebungen religiöser Natur legitimiert. Zur Bedeutung der Religion und dem Wandel der organisierten Religiosität in der Gesellschaft der Vereinigten Staaten vgl. nur Wuthnow (1996).

10 Vgl. für Deutschland u.a. Offe/Fuchs (2001: 445-446).

„Religiously active men and women learn to give speeches, run meetings, manage disagreements, and bear administrative responsibility. They also befriend others who are in turn likely to recruit them into other forms of community activity. In part for these reasons, churchgoers are substantially more likely to be involved in secular organizations, to vote and participate politically in other ways, and to have deeper informal social connections.“ (2000: 66).

Entwicklung von arbeitsplatzbezogenen Assoziationsmustern

Von den Organisationsproblemen der Gewerkschaften war eben schon die Rede. Anders gestalten sich allerdings die Mitgliedschaftsverläufe bei Berufsverbänden (professional associations). Es ist für Putnam eine absolut singuläre Erscheinung in der Verbandslandschaft in den USA, dass sich die absolute Zahl der organisierten „professionals“ in den letzten Jahren signifikant erhöht hat und damit quer steht zum generellen Muster der Mitgliedschaftsabnahme. Die „American Medical Association“, die „American Society of Mechanical Engineers“, das „Institute of Electrical Engineers“ oder die „American Bar Association“, um nur einige zu nennen, haben nämlich einen sprunghaften Mitgliederzuwachs erlebt.

Auch wenn eine ganze Reihe von Studien um den günstigen Nährboden weiß, den der Arbeitsplatz für die Entstehung von sozialen Netzwerken darstellt – zum Optimismus, dass möglicherweise eine Verschiebung von „locational communities zu vocational communities“ (2000: 85) stattgefunden haben könnte, gibt es wenig Anlass. Denn aufgrund der Kontingenz moderner Beschäftigungsverhältnisse werden die Beziehungen am Arbeitsplatz fragiler, die bedrohten Arbeitsplatzbesitzer ziehen sich zurück aus Arbeitsbeziehungen zurück oder fixieren sich auf eine höhere Leistung in ihrem Job. Gerade die „white-collar-workers“, die traditionell einen hohen Beitrag zum zivilen Leben leisten, unterliegen stärkeren Mobilitäts- und Flexibilitätswängen.¹¹ Mithin könne man von nennenswerten Kompensationspotentialen arbeitsplatzbezogener Netzwerke vernünftigerweise nicht ausgehen. Auch mit Blick auf den überwiegend „instrumentellen Charakter“ der Arbeitsplatzbeziehungen kann man schlussfolgern, „the workplace is not the salvation for our frying civil society.“ (2000: 92).

¹¹ vgl. die zu den Effekten der veränderten Rahmenbedingungen moderner Arbeitsorganisationen auf die Solidaritätsbereitschaft und das moralische Vermögen des Einzelnen die – allerdings weitaus eindringlichere – Analyse von Sennett (1998).

Informelle Sozialkontakte

Auch wenn für Putnam gilt: „Human nature being what it is, we are unlikely to become hermits“ (2000: 115) – es hat sich trotzdem anscheinend die Geselligsbereitschaft der Amerikaner seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wesentlich abgekühlt (2000: 93-115; 2002: 264-265). Die Amerikaner pokern weniger, spielen weniger Bridge und wenn es so weitergehe, dann werde „in Amerika im Jahre 2013 die letzte Karte ausgespielt.“ (2002: 265). Die Bereitschaft, Freunde zu sich nach Hause einzuladen, sank von durchschnittlich 14 Einladungen pro Jahr im Jahr 1975 auf 8 Einladungen in der Gegenwart (2002: 265). Die Amerikaner betreiben zunehmend häusliches „cocooning“, gehen seltener miteinander picknicken, besuchen weniger häufig Bars und Restaurants, sitzen seltener abends mit Freunden gemeinsam vor dem Fernsehapparat, treffen sich seltener mit ihren Nachbarn und versenden weniger Grußkarten (greeting cards). Ganz diesem Trend entsprechend, hat sich die Zahl der Fast-Food-Restaurants verdoppelt; die kommunikationsfördernden Restaurants, coffeeshops, Bars und Tavernen¹² hingegen werden verdrängt. In der Summe investierten die Amerikaner in das „informal socializing“ am Ende des Jahrhunderts nur noch zwei Drittel der Zeit wie drei Jahrzehnte zuvor.

Nun könnte man vermuten, dass womöglich eine Umschichtung der Freizeitaktivitäten in den Sportbereich stattgefunden hat. Einerseits gibt es eine geringfügige Zunahme der Mitgliedschaften in Sportclubs in den beiden letzten Jahrzehnten. Andererseits ist die Beteiligungsrate in den meisten Sportarten in den jüngsten Dekaden gefallen: Softball, Tennis, Volleyball, Football, Radfahren, Skifahren, Fischen, Jagen, Laufen und Schwimmen haben 10 bis 20 Prozent Aktive verloren. Die neu hinzugekommenen „treadmills“ und „workout equipments“ für den Heimbedarf können zur Bildung von Sozialkapital freilich nicht beitragen. Gestiegen ist indessen die Rate der Sportzuschauer – ein Phänomen, das den generellen Trend: „observing up, doing down“, wie er in Politik und auch für den Kulturbereich nachweisbar ist, bestätigt. „We certainly have not lost our taste for *listening* to music, any more than for watching sports, but fewer and fewer of us play together.“ (2000: 115).

12 In einer schönen Formulierung von Oldenburg (zit. in Putnam 2000: 102) „the great good places, those hangouts that get you through the day.“

Spendenbereitschaft, Altruismus und freiwilliges Sozialengagement

Von dem Umstand, dass Spendenbereitschaft (philanthropy) und freiwilliges Engagement (volunteering) in den USA fast doppelt so hoch sind wie in anderen Ländern, darf man sich laut Putnam nicht täuschen lassen (zum folgenden vgl. Putnam 2000: 116-133). Auch widerspricht das Wachstum des absoluten Finanzvolumens der Spenden und die stetig steigende Zahl der „public charities“ nicht dem allgemeinen Niedergang des Gemeinsinns. Denn ein Blick auf das gleichzeitige Wachstum der privaten Einkommen etwa stellt klar, dass die Amerikaner in den 90er Jahren weit weniger freigiebig waren, als noch in den vorangegangenen Jahrzehnten. Die weniger große Mildtätigkeit lässt sich laut Putnam nicht etwa mit den durchaus beobachtbaren Problemen von Wohltätigkeitsorganisationen alleine erklären (z.B. zunehmende Partikularität, männliche Hegemonie in den Organisationen, Verwaltungsmentalität, Spendenskandale), sondern nur mit einem tiefer greifenden Wandel, der die Amerikaner nicht nur zum Rückzug aus dem sozialen Leben in der Gemeinschaft veranlasste, sondern eben auch geiziger werden ließ.

Die Untersuchungsergebnisse zur Bereitschaft, *Zeit* in Gestalt des „volunteering“ zu spenden, sich also im Rahmen eines freiwilligen, sozialen Engagements für die Unterstützung Hilfsbedürftiger einzusetzen, ergeben ein widersprüchliches Bild. Denn einerseits kann man einen seit den 1970er Jahren beobachtbaren Rückzug aus „community projects“, das heißt institutionell gerahmten Engagementzusammenhängen, beobachten. Andererseits bejahen immer mehr Gesellschaftsmitglieder, dass sie beteiligt sind „[...] in any charity or social service activities, such as helping the poor, the sick, or the elderly.“¹³ Die Lösung des Rätsels liegt Putnam zufolge in einer Zunahme des „one-on-one-volunteering“ (2000: 12), einer stärker informisierten Hilfsbereitschaft für einzelne Personen also. Dieser sich abzeichnende „Gestaltwandel“ des Engagements ließe sich optimistisch so interpretieren, dass sich „volunteering“ eben nun auch außerhalb der traditionellen Hilfsorganisationen verbreitet und breitere Kreise erfasst hat. Eine weniger positive Lesart ist allerdings – und jener ist Putnam weit aus mehr zugeneigt –, dass diese Engagementform sehr viel sporadischer und fragiler ist, weil sie eben nur auf eindimensionalen Verpflichtungszusammenhängen (single-stranded obligations) beruht und zudem nicht bestärkt wird von den stark geflochtenen Verbindungen in Freiwilligenorganisationen (2000: 129) und mithin weniger sozialkapitalbildend ist.

13 So die Operationalisierung des freiwilligen Engagements in den Umfragen des Gallup-Instituts (zit. in Putnam 2000: 128).

Eine zentrale Schwierigkeit für die Stabilität der Freiwilligenorganisationen in der Gegenwart ist, dass sich die „Baby-Boomer-Generation“ aus solchen offiziellen „volunteering“-Kontexten herausgezogen hat und auch nicht erwartet werden könne, dass sich die zwischen 1950 und 1965 Geborenen im höheren Alter in jenem Umfang engagieren, wie das die zeitgenössischen „senior citizen“ tun. Diese ältere Generation, die das „goldene Zeitalter“ des „good citizenship“ in den 1950er Jahren mitgetragen hatte, erwies sich nämlich noch am wenigsten anfechtbar von dem allgemeinen Schwund der sozialen Verantwortungsbereitschaft und verzeichnete Zuwachsraten im freiwilligen Engagement.

Es fehlt den Freiwilligenorganisationen immer mehr an tatkräftigen jungen Leuten und das wirkt sich gerade auf jene Organisationen negativ aus, die auf eine gute körperliche Konstitution ihrer freiwilligen Mitarbeiter angewiesen sind. Ein Effekt ist, dass trotz des Umstandes, dass 40 Prozent der US-Bevölkerung auf die zumeist ehrenamtlich organisierten Leistungen der Feuerwehr angewiesen sind, das zahlenmäßige Verhältnis der „volunteers“ zu den „professionals“ in den letzten beiden Jahrzehnten um ein Viertel gefallen ist. Die Kommunen seien aufgrund des Rückgangs der Engagementbereitschaft gezwungen gewesen, Hauptamtliche anzustellen.

Einen Lichtblick bietet dagegen nur die Engagementbereitschaft der jüngsten Generation. Bei den heute etwa 20jährigen kündigt sich – ganz im Gegensatz zu ihren Eltern – eine positive Gestimmtheit gegenüber gemeinschaftlichen Aufgaben an. Die Partizipationsbereitschaft der „millenium generation“ ist für Putnam das einzige Anzeichen für eine Erneuerungsfähigkeit der Gemeinschaft. Ihre Wirkungsmächtigkeit dürfe man indessen angesichts der Lücken, die die Boomer-Generation hinterlassen hat und jener Ausfälle, die der Abgang der noch immer aktiven „golden generation“ erzeugen wird, nicht überschätzen: „At century’s end we were enjoying not a springtime of volunteerism, but an Indian summer.“ (2000: 132).

Gesellschaftliches Reziprozitätsniveau und generalisiertes Vertrauen

Die Ausprägung sozialen Vertrauens wird in den USA schon seit vielen Jahrzehnten in diversen Meinungsuntersuchungen untersucht¹⁴. Trotz der methodischen Einwände, die sich gegen ein solches Vorgehen erhe-

14 Eine Standardfrage lautet: „Would you say that most people can be trusted, or that you can’t be too careful in dealing with people?“ (vgl. Putnam 2000: 137).

ben lassen¹⁵, geht Putnam davon aus, dass sich mit den Ergebnissen der Meinungsbefragung aktuelle soziale Erfahrungen durchaus abbilden lassen (2000: 138). Während nun Mitte der sechziger Jahre fast 60 Prozent der Amerikaner erklärten, den meisten Menschen könne man trauen, ist dieser Prozentsatz auf knapp 30 Prozent zurückgefallen. Die meisten Amerikaner heute glauben, dass sie in einer weniger vertrauenswürdigen Gesellschaft leben als ihre Eltern (2000: 139). Dieser Abwärtstrend im sozialen Vertrauen setzt sich anscheinend bei der jüngeren amerikanischen Generation fort, denn dort liegt der Quotient – nach einer Befragung von High-School-Studenten – nur mehr bei etwa 25 Prozent.

Eine solche Ausdünnung des „thin trust“ muss sich Putnams Theorie entsprechend nachweisen lassen in einer zunehmenden Anomie und in einem Anstieg der Transaktionskosten. Erwartungsgemäß verweist Putnam in diesem Zusammenhang auf der einen Seite auf einen starken Anstieg der Kriminalitätsrate seit der Mitte der 60er Jahre¹⁶. Auf der anderen Seite zeigt er auf die explosionsartige Zuwachsrates der „legal professions“: Weit über dem Durchschnitt des allgemeinen Professionalisierungstrends wuchs die Anzahl der Richter und Anwälte. Das sei als ein Indikator dafür zu werten, dass informelle Konfliktregelungen einfach nicht mehr so gut funktionieren und informelles Ausgleichsverhalten immer stärker durch formale Institutionen und das Recht ersetzt wird.

Teilhabe der Bevölkerung an Gruppen, an den Sozialen Bewegungen und der Internet-Kommunikation

Putnam sieht durchaus, dass sich die Organisationslandschaft seit der „golden era“ des Sozialkapitals in den 50er und 60er Jahren verändert hat (zum Folgenden vgl. 2000: 148-180). Die von dem Religionssoziologen Wuthnow diagnostizierte „quiet revolution“ (Wuthnow zit. in Putnam 2000: 149) des „small group movement“, das Entstehen von „self help groups“, „support groups“ etwa, stellt für Putnam allerdings keine ernstzunehmende Kompensation für das Verschwinden des Sozialkapitals dar. Erstens hält er den Zuwachs in diesem Bereich zahlenmäßig für wenig beeindruckend und zweitens führen solche Gruppen tendenziell eine solitäre Existenz und seien weniger produktiv bei der Bildung von Sozialkapital: Im Vergleich mit traditionellen Assoziationsformen gehe

15 Die Frage ist z.B., ob die Antworten nicht eher Auskunft geben über die Fähigkeit des Befragten, die erwarteten Antworten zu antizipieren oder über soziale Ängste, die nicht notwendigerweise etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben.

16 In dieser Zeit habe ja auch der langsame Rückzug aus den Freiwilligenorganisationen begonnen.

das Engagement in Selbsthilfegruppen sehr viel seltener einher mit einer Einbindung der Mitglieder in größere gemeinschaftliche Verantwortungszusammenhänge, wie es z.B. freiwilliges Engagement, Spendenbereitschaft oder Kontakte mit der Nachbarschaft leisten würden.

Auch das beeindruckende Wachstum der Neuen Sozialen Bewegungen sei kein ernst zu nehmendes Argument gegen den Niedergang. Dort sieht Putnam hauptsächlich „social entrepreneurs“ am Werk, die sich auf die Manipulierung von Massenmedien zur Beeinflussung der Meinung der politischen Eliten und öffentlicher Meinung spezialisiert haben (2000: 153). Die Identifikationsbereitschaft der Mitglieder mit ihren Organisationen sei gering, die übliche „direct-mail-membership“ fragil und zwischen den Mitgliedern finde kein Austausch im zivilgesellschaftlichen Geben und Nehmen statt. Im Unterschied hierzu treten in den traditionellen Organisationen Menschen aufgrund realer Verbindungen mit realen Menschen in Verbindung (2000: 158). In der Gesamtschau hält es Putnam für nicht evident, dass die Partizipation in „Graswurzelbewegungen“ in den vergangenen Jahrzehnten den massiven Rückgang in den konventionelleren Formen der sozialen und politischen Partizipation ausgleichen konnte (2000: 166).

Schließlich stellt sich noch die Frage nach den das Sozialkapital destruktuierenden bzw. aufbauenden Potentialen der Internetkommunikation. Als Ursache für den Niedergang kommt es kaum in Frage, denn der Beginn der Abwärtsbewegung datiert in eine Zeit, als Bill Gates noch in der Grundschule war (2000: 170). Unbestritten hat das Internet das Potential, Menschen zusammenzuführen. Massen-„cyberweddings“, cyber-Selbsthilfegruppen, Cyber-Liebschaften, Hunderttausende Chat-Gruppen stellen eine neue Form virtuellen Sozialkapitals dar. Die Begegnung und Kommunikation im Netz ist für Putnam einerseits gewiss egalitärer als die reale Kommunikation, bestimmt auch heterogener mit Blick auf „physische Faktoren“ wie Rasse, Geschlecht und Alter. Allerdings führt „computermediated communication“ kaum zu einem vertieften deliberativen Kommunikationsprozess. Die Möglichkeit, sich in Meinungsfragen und news-groups einzuloggen, Entscheidungsträger mit E-mails zu traktieren – alles das ist möglich: „But is anyone listening?“ (2000: 174).

Die Frage, ob virtuelles Sozialkapital nicht im Eigentlichen eine „*contradictio in adjecto*“ ist, bleibt für Putnam bislang ungelöst. Er führt vier Gründe an gegen die Hoffnung auf eine sozialkapitalbildende Kraft des Cyberspace:

Das cyberspace erzeugt einen „digital divide“: Es sind in erster Linie junge, höher gebildete, mit höherem Einkommen ausgestattete Männer, die das Internet nutzen. Dagegen droht ländlichen Armutsgruppen,

innerstädtischen ethnischen Minoritäten und jungen „female-headed“ Haushalten die soziale Ausgrenzung aus dem Netz (2000: 174).

Es herrscht Kommunikationsarmut im cyberspace: Computerbasierte Gruppen sind schneller bei der Entwicklung eines intellektuellen Verständnisses eines gemeinsamen Problems, weil sie möglicherweise von sozialen Faktoren weniger abgelenkt sind. Aber sie sind kaum geeignet, das Vertrauen und die Reziprozität zu schaffen, die notwendig sind, um dieses Verständnis sozial zu implementieren. Cyberspace-Netzwerke bringen – im Unterschied zur vis-a-vis-Kommunikation – nur dünne und ungebundene Beziehungen hervor. Verpflichtung, Vertrauenswürdigkeit und Reziprozität können so kaum entstehen.

Es droht eine „Cyberbalkanization“: Aufgrund der schier unendlichen Möglichkeiten, sich zu vernetzen, entwickeln sich im Netz immer höher spezialisierte Austauschgruppen. „[...] not just BMW owners, but owners of BMW 2002s and perhaps even owners of turbocharged 973 2002s, regardless of where they live and what other interests they and we have. That powerful specialization is one of the medium's great attractions, but also one of its subtler threats to bridging social capital.“ (2000: 177f.) Die „reale“ Welt zwingt uns dazu, mit Diversität umzugehen, in der virtuellen Welt entstehen „single stranded“-Netzwerke, die sich solitär um Spezialinteressen gruppieren.

Soziale Isolierung durch Internet-Nutzung: Die entscheidende Frage ist für Putnam, ob das Internet sich in erster Linie zu einem raffinierteren Telefon oder einem raffinierteren Fernsehgerät entwickeln wird. Unterstützt das Internet also in erster Linie die aktive soziale Kommunikation wie das Telefon oder die soziale Einsiedelei wie das Fernsehen?

Insgesamt ist der Ausgang noch offen: „The most important question is not what the Internet will do to us, but what we will do with it“ (2000: 180). Es liegen wohl eine Reihe von Gefahren und Potentialen gleichzeitig in der Nutzung dieses neuen Mediums. Allerdings sei es kaum vorstellbar, dass wir unsere zeitgenössischen zivilgesellschaftlichen Schwierigkeiten ohne computer-mediatisierte Kommunikation lösen werden.

2.2.2 Effekte der Erosion

„Community connectedness is not just about warm fuzzy tales of civic triumph“, so Putnam (2000: 290). Die Vorteile ließen sich nicht nur

theoretisch begründen, sondern empirisch nachweisen. In Anlehnung an seine Italien-Studie begibt sich Putnam auf eine erste Spurensuche, welche Effekte sich angesichts einer unterschiedlichen Sozialkapitalausstattung auf der Ebene von Bundesstaaten ausmachen lassen. Zur Bestimmung der durchschnittlichen Rate des Sozialkapitals der Bundesstaaten entwickelt er einen „Sozialkapital“-Index, der die folgenden 14 verschiedenen Indikatoren enthält:

Components of Comprehensive Social Capital Index

- Measures of community organizational life
- Served on committee of local organization in last year
- Served as officer of some club or organization in last year
- Civic and social organizations per 1,000 population
- Mean number of club meetings attended in last year
- Mean number of group memberships

Measures of engagement in public affairs

- Turnout in presidential elections, 1988 and 1992
- Attended public meeting on town or school affairs in last year

Measures of community volunteerism

- Number of non-profit organizations per 1,000 population
- Mean number of times worked on community project in last year
- Mean number of times did volunteer work in last year

Measures of informal sociability

- Agree that „I spend a lot of time visiting friends“
- Mean number of times entertained at home in last year

Measures of social trust

- Agree that „Most people can be trusted“
- Agree that „Most people are honest“ (vgl. Putnam 2000: 291).

Das Sozialkapital-Niveau einzelner Bundesstaaten wird im Weiteren korreliert mit Indices und Daten für die Bereiche:

- Kindeswohl und Erziehung (Kids Count Index);
- Gesundheit und Produktivität von Nachbarschaften;
- Ökonomischer Wohlstand;
- Gesundheit und Glück (Healthy State Index);
- Effektivität der Administration.

Als Ergebnis werden Streudiagramme präsentiert, die positive Korrelationen des Sozialkapitals in den Bundesstaaten mit einem Index zur

Wohlfahrt von Kindern, dem Bildungserfolg, dem „Healthy State Index“ sowie negative Korrelationen unter anderem mit dem Umfang des Fernsehkonsums von Schulkindern, der Mordrate, der Gewaltbereitschaft und der alterskontrollierten Sterberate in den Bundesstaaten illustrieren.

Im Weiteren stellt Putnam dann die folgenden kausalen und korrelativen Zusammenhänge vor:

Kindeswohl und Erziehung

„Social capital keeps bad things from happening to good kids.“ (Putnam 2000: 296), ist die Losung für den positiven Zusammenhang zwischen einem hohen Kindeswohl und einer hohen Sozialkapitalausstattung. Bundesstaaten mit hohen Punktzahlen auf dem Sozialkapital-Index und dem „Kids Count Index of Child Welfare“¹⁷ sind u.a. North Dakota, Vermont, Minnesota, Nebraska oder Iowa. Dort gibt es gesunde „civic adults“ und „healthy well-adjusted kids“. Dagegen schneiden insbesondere die Südstaaten in beiden Belangen schlecht ab (2000: 297).

Sichere und produktive Nachbarschaften

Eine positive Korrelation zwischen sozialer Desorganisation im urbanen Raum und der Höhe des Vandalismus, Kriminalitätsraten, Bandenschlägereien und Graffitis gehört zu den zentralen Einsichten der Stadt- und Kriminalsoziologie. Warum aber etwa in Nachbarschaften, in denen eine hohe Fluktuation herrscht, das Risiko ein Opfer von Gewalt zu werden, zweimal höher ist, als in einer stabileren Wohnumwelt, hält Putnam zwar für noch nicht vollends erklärt. Doch für die Lösung auch dieses Rätsels könne man das Sozialkapital-Konzept heranziehen. Bundesstaaten mit höherer Sozialkapital-Rate weisen nämlich niedrigere Kriminalitätsraten, weniger Morde und eine geringere Streitsucht¹⁸ auf. Die Höhe

17 Dieser Index enthält folgende Indikatoren: Percent low-birth-weight babies, Infant mortality rate, Child death rate, Deaths per 100,000 teens ages 15-19 by accident, homicide, and suicide, Teen birth rate; percent of teens who are high school dropouts; Juvenile violent crime arrest rate; percent of teens not attending school and not working; percent of children in poverty, percent of families with children headed by a single parent. (Putnam 2000: 297).

18 Die „DDB Needham Life Style Surveys“ beinhalten eine Frage nach der Kampflust (pugnacity) der Befragten. Gefragt wurde nach der Zustimmung bzw. Ablehnung des folgenden Satzes: „I'd do better than average in a fist fight.“ Im Durchschnitt bejahen 38 Prozent der Amerikaner die kämpferische Variante. Es gibt aber ein signifikantes Nord-Süd-Gefälle: Fast 50 Prozent der Südstaaten-Bewohner und weniger als ein Drittel der Nordstaatler stimmen dem Satz zu (vgl. Putnam 2000: 310).

des Sozialkapitals scheint als Determinante von Tötungsdelikten ein ebenso bedeutsamer Faktor zu sein wie Armutssituationen, Verstädterungsprozesse und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung (2000: 308). Insbesondere den Zusammenhang zwischen nachbarschaftlichen Beziehungen und dem individuellen Sozialverhalten hält Putnam für evident: „My fate depends on not only whether I [im Original kursiv; d. Verf.] study, stay off drugs, go to church, but also on whether my neighbors do these things.“ (2000: 312).

Ökonomische Effekte

Wenn Regionen ein hohes Sozialkapital haben und damit lebenswerte Lebensräume schaffen, dann kommen sie kollektiv in ökonomischer Hinsicht besser voran. Das Problem, das sich aus ungleichheitstheoretischer Sicht in diesem Zusammenhang stellt, darauf kommt Putnam zumindest kurz zu sprechen (2000: 320-322), ist, dass solche Netzwerke möglicherweise gerade an jenen Stellen nicht vorhanden sind, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

Auf der Nachbarschaftsebene (2000: 322-333) ist das Vorhandensein von Sozialkapital eine wichtige Ressource für Hausbesitzer, denn Gemeinwesen mit hohem Sozialkapital scheinen sicherer zu sein, die Verbundenheit der Nachbarn ist größer, das steigert die Attraktivität des Wohngebietes, damit die Nachfrage und darüber auch den Preis für das eigene Grundstück.

Als Beispiel für einen positiven Zusammenhang auf regionaler Ebene zieht Putnam das „ökonomische Wunder“ von Silicon Valley/Californien heran. Die Potentiale des (ehemaligen) „shooting stars“ der High-tech-Industrie macht er an den informellen und formellen Netzwerken der Kooperation, die sich schnell zwischen den entstandenen Firmen entwickelten, ein Vertrauensklima schafften, den know-how-Transfer und das Wachstum begünstigten und pull-Effekte auf weitere Wachstumsbranchen erzeugten, fest.¹⁹ Putnam ist davon überzeugt, dass solchen Kooperations-Modellen, die im dichten Klima hohen Sozialkapitals entstehen, die ökonomische Zukunft gehört. Einen Vergleich der Bundesstaaten auf der Aggregatebene ökonomischer Leistungsfähigkeit nimmt Putnam allerdings nicht vor.

19 Es wäre interessant zu erfahren, wie Putnam mit Blick auf das Sozialkapital den zwischenzeitlich rapiden Verfall von Silicon Valley erklären würde.

Gesundheit und Glück

In keinem anderen Feld ist die Bedeutung von sozialer Verbundenheit so offensichtlich wie im Falle von individueller und kollektiver Gesundheit und Wohlbefinden (2000: 326-335). Je mehr wir integriert sind, so Putnam, desto weniger häufig leiden wir an Erkältungen, Herzinfarkten, Krebs, Depressionen und desto weniger häufiger lässt sich ein vorzeitiger Tod registrieren. Soziale Netzwerke bestärken Gesundheitsnormen – sozial isolierte Personen trinken, rauchen und ernähren sich häufiger falsch – und ermöglichen den Aufbau eines guten lokalen Gesundheits-service. Mit einem vieldimensionalen „Healthy State Index“²⁰ aus der Public Health-Forschung korreliert Putnam seinen Sozialkapital-Index und kommt zu dem Befund, dass es auch in dieser Frage eine enge positive Korrelation zwischen Sozialkapital und Gesundheitszustand und eine negative Korrelation mit der Sterblichkeitsrate gibt. „Vitamin B“ ersetzt im günstigen Fall also „Vitamin C“, könnte man in Putnams lakonischer Diktion vielleicht formulieren. Nachdem der Zusammenhang so eindeutig erscheint, könnte man leicht überprüfen, ob sich auch der Gesundheitszustand mit der Erosion des Sozialkapitals verschlechtert hat. Man würde, angesichts der Fortschritte der Medizin und des gegenwärtig überbordenden Gesundheitsbewusstseins der US-Amerikaner seit dem letzten Jahrzehnt ja anderes vermuten. Hier nimmt Putnam Bezug auf „self-reports“ des eigenen Gesundheitszustandes in der Bevölkerung. Und jenen Befragungen nach ist die Anzahl derer, die sich in gutem physischem Zustand wähnen, von 75 Prozent im Jahr 1975 auf 55 Prozent im Jahr 1998 zurückgegangen.

Demokratie

Um den Nachweis auf die positiven Rückwirkungen von „civic communities“ auf die Leistungsfähigkeit der politischen Administration zu erbringen, argumentiert Putnam über weite Strecken hinweg theoretisch (2000: 336-349). Außerdem bedient er sich der Erkenntnisse seiner Italien-Studie aus dem Jahr 1993. Allein die Korrelationen mit der Steuerflucht-rate in unterschiedlichen Bundesstaaten in den USA dienen ihm jedoch als empirischer Beleg dafür, dass es einen engen Zusammenhang

20 Dieser enthält insgesamt 23 Indikatoren zur Bestimmung des regionalen Gesundheitszustandes und der Gesundheitsversorgung, wie „Frühgeburtenrate“, „Rate von Teenager-Müttern“, „Sterberate“, „Säuglingssterblichkeit“, „Suizidrate“, Rate Nicht-Versicherter“, „AIDS-Rate“, „Sucht-krankenrate“, „Rate der Tage, in denen sich die Befragten ‚nicht gut‘ fühlten“, „Rate der Krankenhausbetten pro 100.000 Einwohner“, „Rate der Nutzung von Sicherheitsgurten“ etc. (Putnam 2000: 328).

gibt zwischen hohem Sozialkapital und der Feststellung: „Here democracy works.“ (2000: 345).

2.2.3 Ursachenforschung

In Beantwortung seiner emphatischen Frage: „What killed civic engagement?“ (2000: 277) diskutiert Putnam im Wesentlichen fünf Ursachenkonstellationen (zum Folgenden vgl. Putnam: 1995; 1999: 60-64; 2000: 183-276; 2002: 268-269):

- die Veränderung der Konstellationen in primären Netzwerken;
- Zeit- und Geldknappheit (pressure of time and money)
- Mobilität, Verstädterung und Ausdehnung städtischer Randgebiete;
- das Aufkommen elektronischer Unterhaltungsmedien;
- der Generationen-Wechsel.

Veränderungen der Konstellationen in primären Netzwerken

Zunächst einmal ist zu beobachten, dass der Niedergang des zivilen Engagements zeitlich zusammentrifft mit dem Niedergang der traditionellen Familienform („mom, dad, and the kids“) (2000: 277; zum Folgenden 2000: 277-279). Zunehmende Scheidungsraten, der Anstieg von Alleinerziehenden-Familien, die Zunahme von Einpersonen-Haushalten, der sinkende Anteil verheirateter Amerikaner an der Gesamtbevölkerung und der Rückgang der Elternschaft – all dies seien Faktoren, die zwar weit reichende soziale Folgen hätten, aber laut Putnam wahrscheinlich keine einschneidende Wirkung auf den Rückgang des zivilen Engagements ausübten (2000: 278). Man könne sogar eher davon ausgehen, dass Verheiratete eher dazu neigen „homebodies“ zu sein (ebd.) und weniger häufig in Sport-, Politik- und Kulturgruppen anzutreffen sind, insbesondere wenn im Haushalt Kinder wohnen. Dafür laden sie andererseits häufiger zu Dinner-Parties ein und übernehmen häufiger als Singles aktive Rollen in den Gremien der lokalen Organisationen. Einzig die religiöse Partizipation wäre vermutlich höher, wenn die traditionelle Familienform noch im gleichen Umfang Bestand hätte.

Zeit- und Geldknappheit

Den nahe liegenden Gedanken, dass eine zunehmende Knappheit der Ressource „Zeit“ für den Rückgang an sozialen „Zeitspenden“ verantwortlich sein könnte, verwirft Putnam nicht völlig, relativiert ihn aber. Denn die Zeitbudget-Relationen von Lohnarbeit und Freizeit insgesamt scheinen sich, so Putnam, in den letzten Jahrzehnten nicht entscheidend

verändert zu haben (2000: 190). Möglicherweise aber hat sich die Konvertierbarkeit der Freizeit in „Engagementzeit“ verändert: die freie Zeit wird zunehmend in viele Momente zerschlagen und bruchstückhaft in einen beschleunigten Alltagszeitplan eingepasst; die gemeinsame kollektive Zeit, die sich für bürgergesellschaftliches Engagement koordinieren ließe, nimmt ab (Putnam 2000: 191). Einen gewissen negativen Einfluss allerdings hat die Zunahme der Doppelverdiener-Haushalte: Berufstätige Frauen haben weniger Zeit für informelles und formelles Engagement, „und wir Männer (haben) es unterlassen, unseren Teil des bürgerschaftlichen Engagements zu übernehmen“, so Putnam vor der Enquetekommission des Deutschen Bundestags (2002: 268). Ein das Zivilengagement sehr begünstigender Faktor scheint indessen die frei gewählte Teilzeitberufstätigkeit von Frauen zu sein. In dieser Konstellation findet man das größte „community involvement“. Und hier sieht Putnam auch eine Möglichkeit das Engagement zu erhöhen: Frauen (und auch Männer) sollten verstärkt Möglichkeit haben, halbtags zu arbeiten, wenn sie das wollen (2000: 201).

Die Verknappung der Ressource „Geld“ als Erklärungsfaktor hält Putnam – im Unterschied zu einer ganzen Reihe von Kritikern, die von einem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Engagement insbesondere der marginalisierten Bevölkerungsgruppen ausgehen²¹ – für unerheblich. Gegen eine primär ökonomisch bedingte Verursachung dieses Rückgangs sprechen für Putnam zwei Evidenzen: Erstens erlebte das Sozialkapital durch alle wirtschaftlichen Tiefen und Höhen hindurch einen konstanten Rückgang (2000: 193) und zweitens ist der Rückgang des Engagements bei reichen wie armen Bevölkerungsschichten gleichermaßen nachweisbar (ebd.). Mangelsituationen in Bezug auf verfügbare Zeit und ökonomische Ressourcen können aus seiner Sicht wohl als fördernde Faktoren (supporting actors), nicht aber als hauptverantwortliche Ursachen für die Erosion des Sozialkapitals angesehen werden.

Mobilität, Verstädterung und Ausdehnung städtischer Randgebiete

Während einflussreiche amerikanische Sozialforscher wie Michael Walzer (1995) und Richard Sennett (1998) eine zunehmende geografische Mobilisierung und moderne Nomadenexistenz der US-amerikanischen Bevölkerung für die Fragmentierung der Gesellschaft verantwortlich machen, lehnt Putnam diese zunächst einmal Evidenz heischende Ursachenerklärung ab (zum Folgenden vgl. 2000: 204–215). Wohl sieht er

21 Vgl. hierzu Kapitel 3.1.

einen theoretischen Zusammenhang zwischen dem Grad der „Sesshaftigkeit“ und der Involviertheit in Gemeinschaften sowohl auf individueller wie auf kollektiver Ebene: Je stärker die Verwurzelung, desto größer auch die Einbindung in Gemeinschaften und umgekehrt. Für die Erklärung des Partizipationsrückgangs sei diese These allerdings nicht brauchbar, denn laut Zensus-Berichten habe die Mobilität in den letzten fünf Jahrzehnten nicht zu, sondern eher abgenommen (Putnam 2000: 205).

Einflussreicher erscheint demgegenüber die ausufernde Ausdehnung städtischer Randgebiete (suburbanization). Die Vorstadtsiedlungen wachsen, entwickeln immer stärkere Segregationstendenzen und bilden „lifestyle enclaves“ (2000: 209) aus. In solchen homogenen Milieus in denen fehlen Konflikte und damit Anreize, sich in die öffentliche Sphäre zu begeben – in dieser Argumentation folgt Putnam dem Politikwissenschaftler Eric Oliver (ebd.: 210).²² Aufgrund mangelnder Heterogenität fehlen darüber hinaus Möglichkeiten zur Ausbildung von „brückenbildendem Kapital“ (bridging capital).²³

Die vormalige, radiale Anordnung der städtischen Struktur – infrastrukturell schwach ausgestattete Vororte und ein starkes Zentrum – verändert sich zugunsten einer polyzentrischen Gestalt: Es entstehen „edge cities“ mit eigener ökonomischer Infrastruktur und die Gesellschaftsmitglieder pendeln zum Arbeiten, zum Shoppen, zum Ausgehen von „Suburb“ zu „Suburb“. Das soziale Leben findet zunehmend in unpersönlichen Einkaufszentren statt, die ganz entgegen den Vorstellungen ihrer Erfinder nicht die Verbindungen zwischen den Menschen fördern, sondern ausschließlich das private „Surfen“ von Geschäft zu Geschäft. Das

-
- 22 Überraschenderweise unterstützt Putnam hier eine konflikttheoretische Perspektive auf die Entstehung von Sozialkapital – einen Ansatz, der sich nun gar nicht in die ansonsten entwickelte Argumentation einzufügen scheint.
- 23 Wie schon eingangs bemerkt, können in dieser Arbeit nicht alle Begründungslinien Putnams kritisch verfolgt werden. An einer Argumentationsfigur wie der eben dargestellten zeigt sich allerdings exemplarisch die bisweilen höchst widersprüchliche oder unentschiedene Beweisführung Putnams. Verfolgte man all die kleinen Ungenauigkeiten, dann würde ein anschwellender Fußnoten-Apparat den vorgegebenen Rahmen der Arbeit erheblich überschreiten. Es sei deshalb zum Widerspruch in diesem Fall nur so viel gesagt: Einerseits beklagt Putnam die Erweiterung des sozialräumlichen Aktionsradius der Gesellschaftsmitglieder, andererseits wird von einem engen Sozialraumbezug als Vorbedingung der Organisierbarkeit von Interessen ausgegangen. Einerseits werden Konflikte als notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Assoziationen gesehen, andererseits widerspricht eine solche Vereinseitigung von Interessen der Idee des „bridging capital“.

Pendeln zwischen Wohnort, Arbeitsstätte und Einkaufsstätte kostet vor allem Zeit: Der amerikanische Erwachsene verbringt durchschnittlich 72 Minuten jeden Tag hinter dem Steuer. Und das sei mehr als die Bürger täglich investieren für Kochen oder Essen und doppelt so viel Zeit wie Eltern durchschnittlich mit ihren Kindern verbringen (2000: 212). Das Pendeln sei denkbar schlecht für das Gemeinschaftsleben:

„Es gibt eine einfache Faustregel, dass sich mit jeweils zehn zusätzlichen Pendlerminuten alle Foren des sozialen Kapitals um zehn Prozent verringern, das heißt, ein zehn Minuten längerer Anfahrtsweg bedeutet zehn Prozent weniger Kirchgang, zehn Prozent weniger Partys, zehn Prozent weniger öffentliche Versammlungen.“ (Putnam 2002: 268).

Das Aufkommen elektronischer Unterhaltungsmedien

In den neuen elektronischen Unterhaltungsmedien und insbesondere mit dem kommerziellen Unterhaltungsfernsehen macht Putnam einen „Todfeind der sozialen Verbundenheit“ (Putnam 2002: 268) aus.

Mit einem durchschnittlichen Fernsehkonsum von vier Stunden pro Tag verzeichnen die Amerikaner die höchste TV-Konsumrate in der Welt. Während zwischen 1965 und 1995 die durchschnittliche Freizeit in den USA um sechs Stunden pro Woche zugenommen hat, habe all diese zusätzliche Zeit das Fernsehen vereinnahmt. Zeitbudget-Untersuchungen zeigen, dass verheiratete Paare im Schnitt drei- bis viermal mehr fernsehen, als sich miteinander zu unterhalten.

Auch das Rezeptionsverhalten hat sich über die Jahrzehnte hinweg entscheidend verändert. Zum einen sinkt der Anteil der selektiven Programmwahl und die Zahl jener, die das Fernsehen – ungeachtet eines speziellen Programms – einfach im Hintergrund laufen lassen, steigt. „TV becomes an American habit“, so der allgemeine Trend (Putnam 2000: 225). Zum anderen, und das ist entscheidender, nimmt der Anteil jener, die an täglichen öffentlichen „news“ über internationale und nationale öffentliche Vorkommnisse interessiert sind, zunehmend ab.

Die Intensität des Fernsehkonsums so die These Putnams, korreliert negativ mit der Engagementrate in öffentlichen und privaten Zusammenhängen:

„People who say that TV is their ‘primary form of entertainment’ volunteer and work on community projects less often, attend fewer dinner parties and fewer club meetings, spend less time visiting friends, entertain at home less, picnic less, are less interested in politics, give blood less often, write friends less regularly, make fewer long-distance calls, send fewer greeting cards and less e-mail, and express more road rage than demographically matched people

who differ only in saying that TV is *not* their primary form of entertainment.“ (Putnam 2000: 231).

Nun ist die Korrelation zwischen Nicht-Engagement und extensivem Fernsehkonsum gewiss erklärungsbedürftig. Putnam diskutiert folgende Ursachenstränge:

- Fernsehkonsum wirkt sich negativ auf das für „civic engagement“ zur Verfügung stehende Zeitbudget aus. Mehr Zeit für TV heißt, weniger Zeit für soziales Leben (2000: 238).
- Fernsehkonsum macht lethargisch. Exzessiver Fernsehkonsum geht einher mit emotionalen Schwierigkeiten, Einsamkeit und physischem Unbehagen.
- Fernsehkonsum täuscht soziale Kontakte nur vor. „Like junk food, TV, especially TV entertainment, satisfies cravings without real nourishment.“ (2000: 242).
- Spezifische Fernsehprogramme, „Action Dramas“, „Soap Operas“ und „Reality-TV“, entfalten antisoziale Effekte. Es gilt der empirische Zusammenhang: Je wichtiger einem die Nachrichten sind, desto stärker ist man im Regelfall in gemeinschaftlichen Angelegenheiten engagiert. Und umgekehrt: Je mehr game shows und soap operas man ansieht, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man auch prosozial aktiv ist.
- Die explosionsartige Zunahme der TV-Kanäle forciert die Zersplitterung der Zuschauergemeinschaft. Darüber hinaus erhöht Fernsehkonsum die Bedeutung von materiellen Werten.

Generationenunterschiede

Die gewichtigste Rolle bei der Erosion des Sozialkapitals nehmen in Putnams Einschätzung Generationenunterschiede in Bezug auf die Engagementbereitschaft ein. Es ist jene Generation, die zwischen 1930 und 1945 erwachsen wurde, die für Putnam den Maßstab liefert für die Gestaltung eines gedeihlichen Gemeinwesens. Diese „long civic generation“ (2000: 257) prägte die Muster bürgergesellschaftlicher Partizipation im Amerika des 20. Jahrhunderts und gestaltete Putnams Urteil nach unter dem Eindruck der „Great Depression“ und des II. Weltkrieges dichte Netzwerke der Kommunikation und der Solidarität. Diese Generation beteiligte sich mehr an Wahlen, las häufiger Zeitung, ging häufiger zu öffentlichen Veranstaltungen, engagierte sich häufiger für politische Parteien, stellte weitaus mehr Gewerkschaftsmitglieder, unterschrieb häufiger Petitionen usw. „Aus irgendeinem Grund“, so Putnam, „gelang es ihr aber nicht, diese Verhaltensmuster an ihre Kinder und

Enkel weiterzugeben.“ (2002: 269). Die „Baby Boomer-Generation“, jene also, die zwischen 1946 und 1964 geboren sind und die „X-Generation“ (geboren zwischen 1965 und 1980) unterscheiden sich fundamental in ihrer Engagementbereitschaft von ihrer Vater- und Großvatergeneration.

Die Erosion des Sozialkapitals fällt in eben jene Zeit der „Baby Boomer“, einer Generation, die ein Drittel der Bevölkerung der gegenwärtigen USA stellt, die die am besten ausgebildete Generation der US-amerikanischen Geschichte darstellt, die von der Ausbreitung des Fernsehens als erste lebenslang geprägt und unwiederbringlich durch die 60er Jahre, dem „Civil Rights Movement“, dem Trauma von Vietnam und Watergate, beeinflusst wurde. Angehörige dieser Generation sind es, die den Institutionen misstrauen, weniger involviert sind im zivilgesellschaftlichen Leben und sich dem politischen Leben entfremdet haben. Die „Boomers“, wie Putnam sie nennt, waren langsamer in der Eheschließung und schneller in der Scheidung (2000: 258), sie begrüßten emphatisch den Individualismus und die Toleranz für plurale Verhältnisse. Sie verweigern sich traditionellen sozialen Rollenanforderungen und respektieren weniger die Autoritäten, Religion und Patriotismus. Die „Boomers“ sind hochindividualisiert, fühlen sich behaglicher mit sich als im Team und kommen besser mit Werten als mit Regeln zurecht. Wohl sind sie eine ungewöhnlich tolerante Generation, offener gegenüber Minderheiten und weniger geneigt, ihre eigene Moral anderen überzustülpen. Aber ihre „laid-back“-Posen verursachen hohe soziale Kosten: Durch ihren Rückzug unterminieren sie die Vitalität der amerikanischen Gemeinschaft (2000: 257f.). In vielerlei Hinsicht beschleunigt die nachfolgende „X-Generation“ die individualistische Tendenz ihrer Eltern – sie ist die „consecutive generation of free agents“ (2000: 259) mit einer extrem personalistischen und individualistischen Perspektive auf Politik. Für sie sind kollektive Aktionen sogar noch fremdartiger als für die Vorgängergeneration.

Der entscheidende Grund für den Rückgang des Sozialkapitals in den USA ist demnach, dass eine Kohorte hoch engagierter Männer und Frauen, deren Werte und bürgergesellschaftlicher Habitus geprägt wurden durch einen starken Patriotismus und Zusammenhalt während des Krieges und kurz danach, von einer Generation abgelöst wurde, die individualistischen Tugenden frönt.

In der Zusammenschau misst Putnam den beschriebenen Faktoren folgenden Einfluss zu:

10 Prozent des Schwundes des Sozialkapitals sind seines Erachtens durch Zeitknappheit und ökonomischen Druck verursacht, weitere 10 Prozent sind der „suburbanization“ geschuldet. Auf das Konto der Priva-

tisierung der Freizeit, die insbesondere durch Fernsehkonsum verursacht ist, gehen weitere 25 Prozent. Der Löwenanteil von 50 Prozent ist durch den Generationswechsel von der „long civic generation“ zu den „baby-boomern“ verschuldet.

2.2.4 Therapie des Verfalls

Putnams „Agenda for Social Capitalists“ (2000: 402-414) ist ein leidenschaftlicher Appell an alle gesellschaftlichen Akteure, jenen Stoff, aus dem Gemeinschaft besteht, neu zu wirken.

An das Bildungssystem richtet sich sein Aufruf, bis 2010 auf ein Niveau des bürgergesellschaftlichen Engagements unter jungen Amerikanern hinzuarbeiten, das jenem der Großeltern entspricht. Er zählt auf die Veränderungspotentiale einer „civic education“ (2000: 405) in der Schule, die das Engagement im lokalen Umfeld fördert und „service learning programms“ offeriert (ebd.). Er fordert die Schaffung kleinerer Schulen und die Einrichtung kleinerer Gemeinschaften in Massen-Schulen.

An das Wirtschaftssystem ist die Forderung gerichtet, familien- und sozialkapitalfreundliche Arbeitsstrukturen zu schaffen. Insbesondere könnte über mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten das zivilgesellschaftliche Engagement gefördert werden. Aber auch in den Betrieben selbst sollte Raum und Zeit zur Verfügung gestellt werden für zivilgesellschaftliche Diskussionsgruppen und Service-Clubs.

An das administrative System ergeht der Appell, im Rahmen der Städteplanung Zonen mit Mischnutzung (mixed-use zoning), Fußgängerzonen und mehr Raum für die öffentliche Kommunikation zu schaffen und sich dabei weniger in Fragen der Gestaltung von Hausfassaden zu verbohren. Darüber hinaus sollte die politische Macht dezentralisiert und Entscheidungen an kleinere Einheiten delegiert werden.

Das Religionssystem wird aufgefordert, für ein „great awakening“ der Gesellschaft zu sorgen, so dass die Amerikaner spätestens im Jahr 2010 wieder tiefer in „spiritual communities of meaning“ miteinander verbunden sind. Dabei könne man sich etwa inspirieren lassen von der Settlement House Bewegung oder lernen von Sozialbewegungen wie etwa der Heilsarmee, die religiösen Fundamentalismus, liturgische Heterodoxie und progressive Hilfekonzepte für die Armen miteinander verband.

An die Massenmedien ergeht der Aufruf, einen zivilgesellschaftlichen Journalismus (civic journalism) zu institutionalisieren, der das Publikum von der Couch weg und in Gemeinschaftsaktivitäten lockt. Putnam fordert, das Internet sozialkapitalfreundlich zu gestalten und virtuelle Räume zu öffnen für demokratische Deliberationsprozesse.

An das Kunst- und Kultursystem richtet er die Forderung, kulturelle Aktivitäten von Tanzgruppen bis zu Liederfesten, von Rap-Festivals bis zu Theaterprogrammen in der Gemeinde anzubieten, um verschiedene Gruppen der Gesellschaft zusammenbringen.

Schließlich sollten sich alle amerikanischen Institutionen, private wie öffentliche, überlegen, wie sie ihre Strukturen so verändern können, dass sie zum Engagement einladen.

Der Therapieplan und die Steuerungsvorschläge Putnams enttäuschen und erstaunen zugleich. Denn man hat bei einzelnen Vorschlägen den Eindruck, dass Bühnen für das Bürgerengagement gezimmert werden sollen, die längst schon im Sinne Putnams bespielt werden. Und ist es nicht einigermaßen naiv, so könnte man sich fragen, vom Wirtschaftssystem eine Mikropolitik zu erwarten, die die Arbeitnehmer vom Arbeiten abhält oder von Fernsehstationen Programme zu fordern, die die Zuschauer zum Abschalten bewegen? Kommt es nicht einem „overload“ (Schimank 2002) von Akteuren und Organisationen gleich, wenn sie nun allesamt ihre primären Programmierungen (auf die Schönheit in der Kunst, auf den Leistungserfolg im Sport, auf den Glauben in der Religion usw.) umstellen sollen auf „Sozialkapitalförderung“?

Das Erstaunliche freilich ist, dass Putnam den Reformbedarf in eine Richtung adressiert, die er in seiner Ursachenanalyse weitgehend ausgespart hatte: an die *Strukturqualitäten der „civic community“* nämlich. Von Leistungsdefiziten jener Institutionen, die von der „golden generation“ des bürgergesellschaftlichen Engagements bis vor kurzem verwaltet wurden, war in der Ursachenanalyse jedenfalls nicht die Rede. Es fanden sich dort auch keine Hinweise auf eine partizipationsfeindliche Politik, die womöglich für die Abwanderung der Wähler verantwortlich sein könnte. Und ein etwaiger „closed shop“-Charakter der überkommenen community wurde nicht im Entferntesten diskutiert. Dafür rief Putnam gebetsmühlenartig in Erinnerung, dass die „baby boomer“ es sind, die der Zivilgesellschaft ihre Mitwirkungsbereitschaft verweigern. Putnam erhofft sich eine Erneuerung des Zivilengagements in den alten Strukturen – welche Generation wird sich wohl für so eine Hoffnung erwärmen lassen?

Mit diesen Anmerkungen kann die Diskussion um die empirischen, methodischen und theoretischen Probleme und Ungereimtheiten der Arbeit Putnams als eröffnet gelten.

3. Diskussion

Die Diskussion der Thesen Putnams erfolgt in drei Hauptschritten: Zunächst werden die empirischen Befunde einer kritischen Betrachtung unterzogen. In einem zweiten Schritt werden aus einer vorwiegend immanenten Perspektive einige zentrale Probleme des Sozialkapital-Konzepts beleuchtet. Drittens sollen die gewandelten „Solidaritätsbedingungen“ in modernen Gesellschaften unter Anknüpfung an klassische und gegenwartsbezogene soziologische Theoriebestände auf Makro-, Mikro- und Meso-Ebene skizzenhaft verdeutlicht werden.

3.1 Empirische Gegenbefunde und Bestätigungen

Ob die These vom Verfall des „Sozialkapitals“ als hinreichend begründet angesehen werden kann, ist davon abhängig, welche Untersuchung aus dem reichhaltigen Fundus der US-amerikanischen Forschungsarchive ausgewählt wird, welche methodische Qualität die herangezogenen Untersuchungen haben und wie die Forschungsergebnisse bewertet werden. Die evaluative Komponente verweist wiederum zurück auf die theoretische Grundkonstruktion. Und bekanntermaßen kann man im Ausgang von unterschiedlichen theoretischen und evaluativen Prämissen in Bezug auf dieselbe Datenbasis durchaus zu entgegengesetzten Wertungen kommen. Ich werde mich bei den folgenden Ausführungen darauf beschränken, das Rahmenkonzept und die Grundzüge der Forschungslogik Putnams zu diskutieren und Umschau zu halten, wo die US-amerikanische scientific community Bedenken anzumelden hatte. Auf dieser Basis lassen sich dann vorsichtige Thesen in Bezug auf die Plausibilität der Putnamschen Befunde ziehen.

Um mit dem Letztgenannten zu beginnen: In der US-amerikanischen scientific community gibt es keinen Konsens darüber (Paxton 1999: 88), ob Putnams generelle These nun wahr ist oder falsch. Und vermutlich wird man zu einem solchen Konsens – egal, in welche Richtung er zeigt – auch nie kommen können, denn dafür ist die Konzeption des „Sozialkapitals“ einfach zu unklar und zu ausladend. Die These, die in Kap. 3.2.1 noch zu begründen sein wird, könnte demnach lauten, dass Putnams Verfallsthese in toto nicht beweisbar ist und das hätte zur Konsequenz, dass man an sie glauben kann, oder eben auch nicht. Aber schließlich sollte auch der Glaube sich auf gute Gründe berufen können.

Dass man in jedem Fall mit vorschnellen Schlüssen zurückhaltend sein sollte, dafür gibt es nach Überzeugung der amerikanischen Soziologin Pamela Paxton (1999) einige Anlässe. In methodischer Hinsicht merkt sie an, dass das Sozialkapital häufig mit Einzelindikatoren gemessen wird, Befunde aus unterschiedlichen Forschungsquellen entliehen und mit unzureichenden statistischen Techniken analysiert werden (ebd.: 90-91). So entstehe ein von Uneinheitlichkeit, Inkompatibilität und Widersprüchlichkeit gekennzeichnetes Bild von Befunden zum „Sozialkapital“. In einem eigenen Forschungsprojekt ist Paxton selbst der Frage nachgegangen, ob das Sozialkapital in den Vereinigten Staaten grosso modo tatsächlich abnimmt. Nach einer Analyse der Veränderung zentraler Variablen des Sozialkapitals¹ im Zeitraum von 1975-1994 resümiert sie: „The results do not consistently support Putnam’s claim of a decline in social capital, showing instead some decline in a general measure of social capital, a decline in trust in individuals, not general in trust in institutions, and no decline in associations.“ (1999: 88). Wohl sei das soziale Vertrauen (trust in individuals) pro Jahr um ein halbes Prozent zurückgegangen. Dagegen ließ sich ein zurückgehendes Vertrauen in Institutionen (trust in institutions), trotz ihrer zeitweisen Skandalbelastung im Untersuchungszeitraum, nicht bestätigen. Auch ein Rückgang der Mitgliedschaft in Gruppen habe sich nicht bestätigen lassen und es gab nur wenig Hinweise darauf, dass die Befragten weniger Zeit mit Nachbarn und Freunden verbrachten. Dagegen gab es Indizien dafür, dass die Gesellschaftsmitglieder zunehmend ihre Freundschaften außerhalb von nachbarschaftlichen Zusammenhängen begründen.²

1 Sozialkapital wird von ihr modelliert mittels eines Index, der aus den Variablen „trust“ („trust in institutions“ and „trust in individuals“) und „associations“ („Evenings with neighbors“, „Evenings with a friend“, „group membership“) besteht.

2 Ein Befund, der übrigens angesichts der Ergebnisse von Untersuchungen der Netzwerkbeziehungen der Bewohner deutscher Großstädte durchaus nicht überrascht (vgl. z.B. Friedrichs 1993).

Doch nicht nur auf der Aggregatebene sind Übereinkünfte über die Höhe des Sozialkapital-Niveaus außerordentlich schwierig zu treffen. Die Probleme fangen schon auf der Messebene einzelner Dimensionen an. Robert Wuthnow, Religionssoziologe an der Universität Princeton und ein gewichtiger Antipode Putnams in der amerikanischen Sozialkapital-Debatte, macht zum Beispiel anhand eigener Forschungsergebnisse zur Dimension „soziales Vertrauen“, einem zentralen Bestandteil des Putnamschen Konzeptes, deutlich, dass nicht immer klar zu bestimmen sei, was die Befragten eigentlich assoziieren, wenn sie in Erhebungen Fragen beantworten³ (2001: 675). Bei einer von ihm 1997 durchgeführten nationalen Erhebung jedenfalls stimmten 62 Prozent der Befragten zu, dass man „den meisten Leuten vertrauen“ könne. Gleichzeitig erklärten aber auch 71 Prozent des gleichen Samples, dass man „im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein“ könne. Die Probleme der Vertrauensforschung, darauf verweist Claus Offe (2001b: 365), haben wohl damit zu tun, dass „Vertrauen“ ein emotional in ambivalenter Weise besetztes Phänomen darstellt: „Wir wünschen uns und legen Wert darauf, uns als vertrauenswürdig darzustellen, aber wir würden es gleichzeitig gern vermeiden, als vertrauensselig zu gelten“ (ebd.). Wenn man ein solches, von Ambivalenzen gekennzeichnetes, Phänomen wie „soziales Vertrauen“ nun auf einer trennscharfen Skala abbildet, dann opfert man die Graustufen der Empirie zugunsten der schwarz-weißen Kategorien der Statistik. Unbedingt zweckmäßig scheint es in solchen Fällen deshalb zu sein, sich nicht nur auf quantitative Umfrageergebnisse zu verlassen, sondern qualitative Untersuchungen beizuschalten, wie Wuthnow dies empfiehlt (2000: 675).

Wuthnow bestätigt nach einer Re-Analyse der Befunde des General Social Surveys⁴ (Wuthnow 2001: 666), die eine maßgebliche Referenz-

-
- 3 Und man müsste auch sagen: Nicht immer verstehen die Befragten, was die Forscher genau mit ihren Fragen meinen.
 - 4 Bei den „General Social Surveys“, die zwischen 1974 bis 2001 insgesamt fünfzehn Mal vom National Opinion Research Center der Universität von Chicago durchgeführt wurden, wurden den Befragten eine Liste von 15 Organisationsarten vorgelegt. Abgefragt werden dabei Mitgliedschaften in: „kirchliche Gruppen“, „Sportvereine“, „Berufs-/akademische Vereine“, „Gewerkschaften“, „Service Clubs“, „Schulische Service Clubs“, „Bruderschaften“, „Jugendgruppen“, „Hobby- oder Gärtnervereine“, „literarische, künstlerischer, Diskussionsgruppen“, „Veteranengruppen“, „Schulische Bruder-/Schwesternschaften“, „politische Clubs“, „Bauernorganisationen“, „Nationalitätsgruppen“, „andere Gruppen“. Die Frage, die dabei regelmäßig gestellt wird, lautet: „Wir würden gern etwas über die Gruppen oder Organisationen erfahren, denen Sie angehören. Können Sie mir sagen, welcher Art von Organisation Sie angehören?“ (vgl. Wuthnow: 2001: 667f.)

quelle Putnams darstellen, eines seiner Teilergebnisse, nämlich den Rückgang von Vereinsmitgliedschaften in manchen traditionellen Organisationen. Insbesondere kirchliche Gruppen, Gewerkschaften und schulische Service Clubs (insbes. die „parent teacher associations“) sowie Bruderschaften hätten einen Mitgliederschwind erlitten. Unklar bleibe allerdings, das zeigt sich auch bei Paxton, ob andere Typen von bestehenden Vereinigungen Rückgänge hinnehmen mussten. Für die Einschätzung der Mitgliederentwicklung bei „sekundären Assoziationen“ müsse man, so Wuthnow, Mitgliederwanderungsbewegungen beobachten. So könne man beispielsweise den drastischen Rückgang bei den Parent-Teacher-Associations (PTA), den Putnam heftig beklagt, mit dem gleichzeitigen Anwachsen der konkurrierenden Parent-Teacher-Organizations (PTO) und anderer Eltern-Lehrer-Vereinigungen erklären (Wuthnow 2001: 711). Sehr viel entschiedener als Putnam weist Wuthnow allerdings auf die Zuwachsraten neuer Vereinigungen, die zwischen 1980 und 1994 entstanden sind, hin: Laut der „Encyclopedia of Associations“ hat sich die Zahl der nationalen gemeinnützigen Vereinigungen aller Art von 14.726 auf 22.510 erhöht (vgl. Wuthnow 2001: 666).⁵

Folgt man Wuthnow, dann scheint es auch um die Lage des Ehrenamts nicht so dramatisch bestellt zu sein, wie Putnam dies nahe legt. Wohl habe es in den beiden letzten Jahrzehnten immer wieder kurzfristige Einbrüche gegeben – insgesamt aber

„[...] nahm der Anteil der Amerikaner zu, die ehrenamtliche Tätigkeiten in den Bereichen Künste, Bildung, Religion und in mit der Arbeitswelt zusammenhängenden Organisationen verrichteten, während der Anteil derjenigen abnahm, die sich ehrenamtlich an mit dem Gesundheitswesen zusammenhängenden sowie politischen Tätigkeiten beteiligten“ (Wuthnow 2001: 683f.).

Die nationalen Umfrager Reihen des Gallup-Instituts, die über einen längeren Zeitraum hinweg angestellt wurden, dokumentieren, dass der Anteil der Befragten, die sich in sozialen Unterstützungstätigkeiten engagierten, zwischen den späten 1970er und den frühen 1990er Jahren sogar sehr stark angestiegen sei (Wuthnow 2001: 684). Dies würde Putnam durchaus bestätigen, sofort aber mit dem Hinweis auf die Instabilität des Engagements und der damit verbundenen, geringeren Qualität versehen.

Auch die Befunde einer schwindenden „politischen Aufmerksamkeit“ zweifelt Wuthnow an: Der Technology and Online Use Survey der Princeton Survey Research Associates (1995) etwa erbrachte unter ande-

5 Putnam würde diese Entwicklung nicht in Zweifel ziehen, sondern sie anders als Wuthnow, eben nicht „sozialkapitalgenerierend“, bewerten (siehe hierzu noch das Kapitel 3.2.2).

rem, dass zwei Drittel der Amerikaner regelmäßig eine Tageszeitung lasen und 64 Prozent der Befragten am Tag vor der Befragung die Nachrichten im Fernsehen verfolgt hatten (Wuthnow 2001: 718). Das wären im zutreffenden Fall Werte, die kaum den Verdacht nähren könnten, die Amerikaner seien politisch desinteressierte Gesellschaftsmitglieder.

Für den Bereich „Institutionenvertrauen“ weist Wuthnow – wiederum im Unterschied zu Putnam – auf eine sehr unbeständige Entwicklung hin (Wuthnow 2001: 677f.): Das Vertrauen in die Bundesregierung etwa sei stark von politischen Vorgängen (z.B. Watergate-Skandal) beeinflusst worden. Insgesamt nehme es wohl ab, dagegen scheinen sich die Vertrauenswerte für gesellschaftliche Eliten (z.B. Führer großer Sozialorganisationen und religiöser Gruppen) trotz zeitweiliger Einbrüche wieder auf Niveaus der 70er Jahre und sogar darüber einzupendeln (ebd.). Wuthnow schlussfolgert deshalb:

„Aufgrund dieser Ergebnisse ist Vorsicht im Hinblick auf die Schlussfolgerung angebracht, es habe eine lineare Erosion des Vertrauens in wichtige amerikanischen Institutionen stattgefunden. Die Daten über eine Zunahme von Misstrauen scheinen mit spezifischen öffentlichen Ereignissen zusammenzuhängen; die Trends kehren sich häufig in späteren Jahren wieder um.“ (ebd.).

Als einzig stabiles Ergebnis könne man festhalten, dass das Misstrauen im politischen Bereich über einen langen Zeitraum hinweg zugenommen hat. Dies schlage sich insbesondere in der stetig zurückgehenden Wahlbeteiligung nieder.

Den Gründen für eine sinkende Wahlbeteiligung ist der deutsche Sozialwissenschaftler Jens Alber (2000) in einer differenzierten Analyse des Wählerverhaltens in den USA nachgegangen. Er weist auf einen konstanten Rückgang allerdings sogar schon für die letzten einhundert Jahre hin. Der zentrale beunruhigende Aspekt ist für ihn dabei die Wirkung von Ungleichheitsfaktoren, die die politische Partizipation beeinflussen: Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996 gingen nur ein Drittel der Bürger mit niedrigem Bildungsabschluss oder mit Niedrigeinkommen zur Wahl. Auch unter den nicht-weißen Amerikanern kümmere sich kaum jeder Zweite um die Präsidentschaftswahlen. Die starke Überrepräsentation höherschichtiger Wähler an den Urnen begünstige damit eine Politikproduktion, die sich vorrangig an den Interessen besser gestellter Gruppen orientiert und darüber wiederum das Wahlverhalten beeinflusst (Alber 2000: 340f.).

Schenkt man Wuthnows Einschätzung der religiösen Partizipation Glauben, dann rennt Putnam mit seinem Aufruf zum „great awakening“ offene Türen ein. Die Kirchenmitgliedschaft sei nach mäßigen Rück-

gängen seit den 60iger Jahren des 20. Jahrhunderts immer noch höher als zu irgendeinem Zeitpunkt während des 19. oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wuthnow interpretiert die Lage weniger als einen Bedeutungsverlust der Religion, sondern als Veränderung der Loyalitätsbereitschaft der Amerikaner: „Die überwältigende Mehrheit erklärt, die Menschen sollten die Entscheidung über ihre Religion selbst treffen; auch könne man ein guter Christ oder Jude sein, ohne einer bestimmten Kirchengemeinde anzugehören.“ (Wuthnow 2001: 703). Demgemäß müsse man von einer „Entterritorialisierung des Glaubensverhaltens“ (ebd.), einem stärkeren Glaubenseklektizismus und von einem geringeren Grad der Institutionenbindung des Glaubens ausgehen. Solche Veränderungen aber ließen sich freilich mit statistischen Daten kaum nachweisen (ebd.).

Eine ganze Reihe von Befunden, die sich von Putnams Verfallsthese kritisch absetzen, lassen sich mit folgendem Fazit Wuthnows (2001: 684f.) prägnant darstellen:

- Die Daten weisen auf einen gewissen Schwund des Sozialkapitals in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten hin. Sie zeugen jedoch nicht von einem drastischen Verfall oder von einem Sinken auf ein extrem niedriges Niveau. Außerdem zeigt sich, dass nicht jede Art von Sozialkapital abgenommen hat.
- Die Mitgliedschaft in Vereinigungen ist die Form des Sozialkapitals, die am deutlichsten rückläufig ist. Es ist offenkundig, dass heute ein kleinerer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit irgendeiner Organisation angehört als noch vor 20 Jahren.
- Das steigende Misstrauen gegenüber dem Staat scheint mit spezifischen politischen Ereignissen zusammenzuhängen.
- Außerdem gibt es wenige Belege für die Vermutung, dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten in einem signifikanten Umfang zurückgegangen sind. Vielmehr scheint es insgesamt eher eine leichte Zunahme ehrenamtlichen Engagements gegeben zu haben.

In Anbetracht des im internationalen Maßstab außergewöhnlich hohen Niveaus des gesellschaftlichen Engagements in den Vereinigten Staaten und mit Blick auf die referierten (Gegen-) Befunde kann man zu dem Schluss kommen, dass zu Alarmismus möglicherweise kein Grund besteht. Dennoch sollte man auch nicht gleich Entwarnung geben: Die übereinstimmenden Hinweise verschiedener Autoren auf die Mitglieder- auszehrung angestammter Freiwilligenorganisationen und die Veränderung des freiwilligen Engagements, sind bedenkenswert. Ob sie auch bedenklich sind, muss noch genauer geprüft werden.

3.2 Immanente konzeptionelle Probleme

3.2.1 „Sozialkapital“ – ein „Begriffshut“ mit Überweite

Die erstaunliche Karriere des Sozialkapital-Begriffs in der Putnamschen Lesart, die hohe Rezeptionsrate und seine Anschlussfähigkeit für unterschiedliche Diskurse (vgl. Kap. 1.1 und Kap. 2.1.1), hängen wohl maßgeblich damit zusammen, dass es sich hier um einen „Begriffshut“ handelt, der auf ziemlich viele Sachverhalte passt. Es mag einem ja kaum eine friedfertige Erscheinung des sozialen Lebens einfallen, die nicht unter „Sozialkapital“ subsummierbar wäre: Wenn man morgens ausführlich seine Tageszeitung liest, den freundlichen Nachbarn auf dem Weg zur Arbeit zuwinkt, mittags dann einen Plausch über dies und das mit den Kollegen hält, abends zu einem Geburtstagsfest einlädt oder die Tagesschau ansieht, am Sonntag zum Wählen geht, Gewerkschaftsmitgliedsbeiträge entrichtet und sich im Vorstand des Kindergartens engagiert – in jedem dieser Fälle ist man irgendwie als „Sozialkapitalist“ aktiv und alles hat mit jenen sozialen Netzwerken zu tun, die gesellschaftliche Wirkungen entfalten. Die sozialen Erscheinungen, die Putnam in das Prokrustesbett eines Begriffs zu zwingen versucht, machen im Gegenzug ihr Recht auf Selbständigkeit in einer Vielzahl synonymen Wendungen geltend, die Putnam als Hinweise auf oder für „Sozialkapital“ insgesamt gebraucht. Im Folgenden nur eine ausschnittsweise Dokumentation:

familiarity, tolerance, solidarity, trust, habits of cooperation, respect, civic interconnections, community connectedness, formal and informal community networks, social trust, social connectedness, trustworthiness, social networks, citizen engagement, moral cohesion, community monitoring, mentoring, social connectedness, civil society, voluntary associations, social networks of civil society, community, fraternity.

Man muss sich angesichts dieser durchaus noch um einiges verlängerbaren Liste schon fragen, ob es sich in Anbetracht seiner ausfransenden Begriffsränder tatsächlich noch um einen wissenschaftlichen Begriff handelt, der seiner Funktion nach auf kontrollierte Weise die Komplexität der Wirklichkeit reduzieren und Sachverhalte begreifbar machen soll. Haug (1997: 27) wirft zu Recht die Frage auf, „[...] ob die Einführung des Begriffs der Vereinfachung der Zusammenhänge dient oder nur alles verkompliziert.“ Man könne sich zum Beispiel fragen, warum Putnam argumentative Umwege über das „Sozialkapital“ nehmen müsse, wenn er einerseits z.B. als Ursache für den Partizipationsrückgang Frauenerwerbsbeteiligung verantwortlich macht und die daraus resultierenden Effekte für die Freiwilligenorganisationen beschreibt (ebd.).

In diesem Zusammenhang kann man auch die Frage aufwerfen, ob die oben genannten Phänomene ohne Sinnverförmung unter dem „Kapital“-Begriff eingeordnet werden können.

Offe (1999: 116-118) hat seine Zweifel daran in vier Gegenargumenten gebündelt: Erstens hat Sozialkapital im Gegensatz zum „ökonomischen Kapital“ keine individuellen oder kollektiven Eigentümer. Es handelt sich vielmehr um Eigenschaften von ganzen Gesellschaften oder Teilgesellschaften, die Bestandteil ihrer sozialen und kulturellen „Identität“ sind. Zweitens kann „Sozialkapital“ zwar positive wirtschaftliche und politische Funktionen erfüllen, aber bei diesen Funktionen handelt es sich nicht, wie bei der Kapitalrechnung, um monetär zurechenbare Erträge, sondern um mehr oder weniger unintendierte Begleiterscheinungen der kooperativen Dispositionen der Beteiligten. Diese befolgen soziale Normen, für deren Befolgung positive Resultate der Kooperation jedenfalls nicht das Hauptmotiv sind. Drittens kommt „Sozialkapital“ nicht durch Investitionsentscheidungen zustande, die intentional auf die Erzielung von Erträgen gerichtet sind. Vielmehr handelt es sich eher um eine sozialmoralische Grundausrüstung, die nicht durch Kauf erworben werden, sondern deren Bestand allenfalls durch Pflege und Förderung seitens der Beteiligten erhalten werden kann. Im Gegensatz zu Sachkapital (ähnlich auch bei den als Humankapital bezeichneten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten von Individuen) mindert sich der Wert der Ressource nicht durch ihren Gebrauch, sondern kann sich sogar im Prozess ihrer fortlaufenden Anwendung steigern. Offes Fazit lautet deshalb:

„Der einzige Gesichtspunkt, der die Redeweise von „sozialem Kapital“ rechtfertigen könnte, ist der, dass es sich hier wie dort um einen Beitrag zur (kollektiven) Wohlfahrt von Gesellschaften handelt. Wegen der genannten Differenzen empfiehlt es sich jedoch, von „Sozialvermögen“, also einer wohlfahrtssteigernden sozialen und moralischen Kompetenz zu sprechen, mit der Gesellschaften oder Teile derselben ausgerüstet sein können. Diese kollektiven Kompetenzen werden jedenfalls nach einer anderen Logik erzeugt, als wir sie von der Kapitalbildung durch Eigentumsrechte und Marktwettbewerb kennen.“ (ebd.: 118).

Auch wenn Offe hier Gefahr läuft zirkulär zu argumentieren, zumal er sich an den schon von ihm im Voraus unterlegten Begriffsimplikationen und ohne hermeneutische Bezugnahmen auf vorhandene Definitionen abarbeitet, veranlasst seine Kritik ein paar interessante Fragen: Wird man nicht durch die Analogie zum ökonomischen Kapital auf die Möglichkeit einer Ungleichverteilung gestoßen? Kann man von „Sozialkapital“ nur dann sprechen, wenn der homo sociologicus im Spiel ist? Inves-

tieren nicht Einzelne und Gruppen auch auf der Basis von Kosten-Nutzen-Erwägungen in „ihr“ Sozialkapital? Wird „Sozialkapital“ und auch „Sozialvermögen“ von Kollektiven nicht auch instrumentell dienstbar gemacht, insoweit es ja potentiell ökonomischen wie politischen Nutzen erzeugt? In inhaltlicher Sicht nähert man sich mit diesen Fragen der Sozialkapital-Auslegung von Pierre Bourdieu an und verlässt den Sinnhorizont der Putnamschen Auffassung. In methodischer Hinsicht eröffnet sich die Möglichkeit, „Sozialkapital“ zumindest als strategischen Begriff fruchtbar machen zu können, mit dem man Aspekte und Funktionen der gemeinschaftlichen Grundlagen moderner Gesellschaft anders oder neu in den Blick bekommt. Mit einem instrumentellen Begriffsverständnis wäre schon ein erster Schritt für die Begrenzung seiner Leistungsfähigkeit getan, weil er damit *eine* mögliche, mehr oder minder fruchtbare Perspektive (neben anderen) darstellen würde.

Auf welche nominalistische Bezeichnung man sich auch immer einigt, ob auf „Sozialvermögen“ oder als „Sozialkapital“, entscheidend ist, dass die Indikatoren dafür klar definiert werden. Aber das ist in Putnams Theoriearchitektur nachweislich nicht der Fall.

„In fact, the conceptions of social capital juggled about in these pages are breathtaking in their diversity. Even granting that many of the 30 plus synonyms we noted while reading *Bowling Alone* are in fact just different ways of saying the same thing, it is not at all clear that membership in voluntary associations, interpersonal solidarity, assuming that people are honest, entertaining friends in your home, and the willingness of neighbors to hector other people's children can readily be classified as all the same thing.“ (Edwards/Foley 2001: 227).

Die unklaren Begriffsgrenzen lassen in einer Reihe von Fälle nicht mit Sicherheit eine Entscheidung darüber zu, was nun „Sozialkapital“ ist und was seine Effekte (vgl. Wilson 2001: 225; Haug 1997: 26). So nimmt Putnam zum Beispiel „Vertrauen“ um Wahlbeteiligung vorherzusagen, später aber nimmt er „Wahlbeteiligung“, um einen Index von Sozialkapital zu bilden (vgl. Wilson; ebd.). „Toleranz“ wird das eine Mal als Bestandteil des Sozialkapitals bezeichnet, dann wieder wird darauf hingewiesen, dass „social capital and tolerance go together“ (Putnam 2000: 356) und nahe gelegt, dass Toleranz ein Effekt von Sozialkapital ist. Das Grundproblem ist, dass Putnam auf eine „substantive definition“ verzichtet, weil Sozialkapital „not a single thing“ (Putnam 2000: 21) sei und anstelle dessen eine funktionale Definition präferiert (Wilson 2001: 225). Die Konsequenz ist, dass unter Putnams Begriffsaggregat eine Vielzahl einzelner Indikatoren subsumiert werden, die in Ursache-Wir-

kungs-Zusammenhängen oder in Korrelationen – klar ist das oft nicht – miteinander stehend modelliert werden und in ihrer Verflechtung den Charakter von „Sozialkapital“ bezeichnen. Das Ganze wiederholt sich nochmals auf der Aggregatebene, wo „Sozialkapital“ als unabhängige Variable seinerseits wieder in relativ unklaren Beziehungszusammenhängen, korrelativen und/oder kausalen, mit anderen hoch aggregierten Phänomenen wie „Demokratie“ und „Ökonomie“ steht. Putnam weiß selbst um diese Verwicklungen, aber er hält ein besänftigendes Bild bereit:

„The causal arrows among civic involvement, reciprocity, honesty, and social trust are as tangled as well-tossed spaghetti. Only careful, even experimental, research will be able to sort them apart definitively. For present purposes, however, we need to recognize that they form a coherent syndrome.“ (2000: 137)

Behutsam zubereitete Spaghetti, so könnte man die Küchen-Metapher aufgreifen, zeichnen sich freilich schon dadurch aus, dass sie nicht zusammenkleben. In Putnams Theorieküche haften indessen die unabhängigen Variablen und deren Wirkungen so eng aneinander, dass sich in methodologischer Hinsicht eine tautologische Argumentation dabei ergibt.

Um ein Beispiel für problematische Operationen auf der Aggregatebene zu nennen: Zunächst werden in der Italien-Studie Effekte identifiziert, z.B. mehr oder weniger gut regierte Regionen, um dann retrospektiv anhand einer Reihe von Indikatoren Unterschiede zu analysieren, die alle auf eine Ursache zurückgeführt werden: das höhere oder niedrigere soziale Kapital, das laut Definition aber nur ein übergreifendes Label für die Indikatoren ist. „Damit entfällt nicht nur jede andere Erklärungsalternative, sondern wird letztlich auch zweimal das Gleiche gesagt: nach dem Motto: ‚If your town is ‚civic‘ it does civic things; if it is ‚uncivic‘, it does not.“ (Braun: 2001: 349).

Ungeklärt ist ein Herzstück der Theorie Putnams: Die Metamorphose der internen Vertrauensbildung⁶ in generalisiertes Vertrauen. Wie es zu diesem spill-over-Effekt von „dickem“ Vertrauen in face-to-face-Kontakten hin zu „thin trust“ eigentlich kommt, ist weder in der Italien-Studie noch in der USA-Studie hinreichend ausgearbeitet. Da an dieser Stelle eine Leerstelle klafft, entsteht die Gefahr einer „ökologischen Fehlschlüssigkeit“, weil kurzschlusslig interne Wirkungen auf externe

6 Man müsste besser sagen: Vertrauensbestärkung, denn Vertrauen dürfte erst die Zugangsvoraussetzung zur Mitwirkung in nicht-primären Netzwerken, etwa voluntary organizations, bilden.

Wirkungen projiziert werden. Diese Leerstelle deckt Putnam allerdings argumentationsstrategisch mit seiner unbeirrbaren Grundthese zu, dass man, in Anlehnung an ein Apercu Tönnies, in Gemeinschaften kaum in schlechter Gesellschaft sein kann, zumal – *ceterum censeo* – die Gemeinschaften im Regelfall positive Funktionen haben. Die Kritik in 3.2.4 wird sich mit diesem Aspekt noch näher befassen.

Was ist die Alternative angesichts dieser methodologischen Probleme? Sollte man auf die Verwendung eines übergreifenden Begriffs wie „Sozialkapital“ gleich ganz verzichten, wie etwa die Soziologin Jungbauer-Gans (2002: 192) in ihrer Kritik Putnams empfiehlt? Das scheint grundsätzlich keine gute Lösung zu sein, denn dann müsste überhaupt ein Teil des theoretischen Begriffsinstrumentariums aus dem soziologischen Vokabular gestrichen werden. Im speziellen Fall des „Sozialkapitals“ würde man die Chance preisgeben, mit einer spezifischen Perspektive der Frage nach der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Potentiale und Grenzen für die Integration von modernen Gesellschaften nachzugehen. Damit verlören meines Erachtens die Theorien der Sozial- und Systemintegration komplexer Gesellschaften eine Sichtweise aus den Augen, an der man sich, wenn man sie in ihrer Bedeutung schon nicht unterstreicht, zumindest theoretisch abarbeiten kann.

Sinnvoll erscheint indessen eine schärfere Operationalisierung und genauere Konzeptualisierung des Sozialkapital-Konzepts. Offe/Fuchs (2001) haben in ihrem Beitrag zum internationalen Vergleich des Sozialkapital-Niveaus (Putnam 2001) versucht, „feinkörnige konzeptionelle Komponenten“ (ebd.: 418) zu definieren. Sie fassen „Sozialkapital“ – oder wie Offe eigentlich bevorzugen würde: „Sozialvermögen“ – als „[...] alle Verhaltensdispositionen von Bürgern [...], die Beiträge zur Senkung der Transaktionskosten in Wirtschaft und Politik leisten.“ (ebd.: 417). Als weitaus eingeschränktere Indikatoren figurieren

- der Grad der Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Angelegenheiten,
- das soziale Vertrauen,
- das Engagement in „sekundären bürgergesellschaftlichen Vereinigungen“.

Ausgeschlossen bleiben primäre Assoziationsformen (wie Ehe, Familie, Verwandtschaft), die sich durch einen primordialen Mitgliedschaftstypus auszeichnen und tertiäre Assoziationen (wie Verbände und Firmen), die sich unter anderem durch feststehende Ziele und hierarchische Kontrolle kennzeichnen. Isoliert wird auf der Ebene der Vereinigungen damit ein Assoziationstyp, der weniger formalisiert, variabel und auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht.

„Sozialkapital“ wird weiterhin einerseits als abhängige Variable konzipiert, dessen Zustandekommen von einer ganzen Reihe von unabhängiger Variablen wie Einkommen, Konfession, Bildung, Alter, Ost/West, Stadt vs. Land/Größe der Gemeinde, Haushaltsgröße/Familienstand, Geschlecht und weibliche Erwerbstätigkeit beeinflusst wird. Andererseits wird es in einem Wechselverhältnis gesehen zu „gutem Staatshandeln“ und zur „Wirtschaftsleistung“, das von Sozialkapital beeinflusst wird und die ihrerseits in Gestalt von Politiken, welche die Bildung von Sozialkapital ermutigen und erleichtern, zurückwirken. Offe/Fuchs haben damit ein Theoriedesign vorgestellt, das die Vermengung empirischer, theoretischer und normativer Aussagen überwindet, sehr viel enger gefasst ist und mit weitaus strengeren Hypothesen arbeitet. In inhaltlicher Hinsicht stellen die Herausarbeitung der Effekte soziologischer Standardvariablenbildung auf die Komponenten des Sozialkapitals und das wechselseitige Bedingungsverhältnis von begünstigenden institutionellen Strukturen und den möglichen demokratie- und ökonomiefördernden Effekten des Sozialkapitals einen maßgeblichen Theoriefortschritt im Vergleich zu Putnams Ansatz dar. Dass aber auch hier wieder der Teufel im Detail steckt und etwa die Bestimmung des Niveaus des „bürgerschaftlichen Engagements“, das auf den ersten Blick als am unproblematischsten identifizierbar erscheint, schwer genug ist, konzidiert Offe als Koreferent Putnams vor der „Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestags“: „Was man als bürgerschaftliches Engagement verstehen und messen will, ist bemerkenswert unklar. Welchem Fragezweck die eine oder andere Frage dient, scheint mir oft unbestimmt zu sein – ich ermutige Sie daher zum Misstrauen gegenüber den Daten und Trenddaten“ (Offe 2002: 278f.).

Es sei abschließend nur notizenhaft vermerkt, dass auch der Entwurf von Offe/Fuchs nicht als der Weisheit letzter Schluss gelten kann. Denn wenn man „Sozialkapital“ resp. „Sozialvermögen“ nur auf den Transaktionskosten senkenden Effekt abstellt, gesteht man den „zivilgesellschaftlichen“ Ressourcen durch eine übertrieben harmonisierende Lesart nur eine affirmative Rolle bei der Gestaltung der demokratischen wie ökonomischen Grundlagen moderner Gesellschaften zu. Bilden sich, etwa aus Habermas'scher Perspektive geredet, in dieser Modellierung nicht wieder jene kolonialisierenden Rationalitäts- und Verfügungsansprüche der Systemwelt gegenüber den Eigensinnigkeiten der Lebenswelt ab, die nun als „Sozialkapital“ in Dienst genommen werden kann? Wie und wo aber erhalten hier Widerspruch und Konflikt als empirisches Faktum wie als Movens von gesellschaftlicher Entwicklung ihr Eigenrecht? Welche Akteure werden in diesem Sinne als legitime Träger

des „Sozialkapitals“ erachtet? Mit diesen Fragen eröffnet sich der Diskursraum zur politischen Theorie der „Zivilgesellschaft“ – eine weite und seit Jahrhunderten schon zugige Örtlichkeit, die im Rahmen dieser Arbeit freilich nicht angemessen durchmessen werden kann.⁷ Wenn die Ambivalenzen schon nicht aufgelöst werden können, dann lässt sich für den Weitergang der immanenten Prüfung der Putnamschen Thesen immerhin die Frage nach den eigentlichen Leistungsträgern des „Sozialkapitals“ mitführen. Wen Putnam da im Auge hat und wen nicht, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

3.2.2 Traditionalistisches Bias der Akteurperspektive

Man muss sich im Grunde genommen noch gar nicht in die Einzelheiten vertiefen, um zu argwöhnen, dass mit dem exemplarischen Befund des „Bowling alone“ irgend etwas nicht stimmen kann: Denn in welchem Sinnkontext soll das Bowlen eigentlich noch eingebettet sein, wenn es aufgrund des Wegfalls der sportkameradschaftlichen Konkurrenzgemeinschaft einem Entsportlichungs- wie einem Entgemeinschaftungsprozess gleichermaßen unterliegt?⁸ Hat man sich die Bowling-Center nunmehr als Versammlungsorte von autistischen Punktesammlern vorzustellen, die Schub um Schub einen stupiden Wettkampf gegen sich selbst zu gewinnen suchen? Mit Vereinsregistern und -statistiken ist diesen Fragen freilich nicht beizukommen. Man müsste als Forscher schon kegeln gehen und vor Ort in soziologisch „dichten Beschreibungen“ (Geertz 1987) einzufangen versuchen, was zum Teufel da eigentlich vor sich geht⁹. In jedem Fall ließe sich durch qualitative Fallstudien eine differenziertere Spurensuche des sozialen Wandels betreiben, als Putnam dies – in diesem Fall – mit seinen Quellen vermag. Die spätere, ziemlich kuriose Berufung Putnams auf eine „poetic license“ (2000: 113) für die phänomenologische Verwandlung des „Nicht-Vereins-Bowlers“ in den „Einzel-Bowler“ sollte den Blick darauf nicht trüben, dass Putnam mit einem titelgebenden Fehlschluss operiert. Neben forschungsethischen Bedenken, die sich dabei erheben, könnte der allerdings weit gewichtigere Verdacht aufkeimen, dass sich in diesem Bei-

7 Die politischen Dimensionen der Arbeiten Putnams und ihre Implikationen für die Modellierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft sind ein eigenes Thema und wären wohl eine eigene Arbeit wert. Über die unterschiedlichen Auffassungen des Konzepts „Zivilgesellschaft“ gibt Kneer (1997: 228-251) einen guten und kritischen Überblick.

8 Die Anregung zu dieser Frage verdanke ich einem Beitrag von Schimank (2002) zum Sport in der modernen Organisationsgesellschaft.

9 „What’s the hell is going on here?“ – die Ausgangsfrage Geertz’ in der teilnehmenden Beobachtung (zit. in: Amann/Hirschauer 1997: 20).

spiel eine grundsätzliche Eintrübung der empirischen und evaluativen Perspektive seiner Gesellschaftsdiagnose bemerkbar macht. Dass Putnam jene Bowling-Spieler, die sich nicht an einen Verein binden wollen, kurzerhand singularisiert, hängt mit seiner methodischen Fixierung auf und mit einer normativen Höherbewertung von traditionellen Gesellungs- und Vergemeinschaftungsformen zusammen.

In Putnams Perspektive wird die Blütezeit des „bürgerschaftlichen“ Engagements der „long civic generation“ in den 40er, 50er und dem Beginn der 60er Jahre zum „Normalniveau“ erklärt und als maßstabgebende Positivfolie benutzt. Natürlich ist Putnam der schlichte Umstand vertraut, dass gemeinsame Gegner und Bedrohung von außen eine konstitutive Bedingung für Solidarität (vgl. Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 20) sind. Dass die unterstellte interne „soziale Wärme“ eng mit der Kriegsmobilisierung der US-amerikanischen Bevölkerung und den außenpolitischen Frostzeiten in der Nachkriegsära zusammen hängen, deutet Putnam wohl mehrfach an (vgl. z.B. Putnam 2001: 38). Ob eine Zivilgesellschaft in Friedenszeiten – ohnehin ein „weißer Schimmel“ – indessen mit einem solchen Solidaritätsniveau überhaupt je mithalten kann, wird nicht bedacht. Schon aus einer solchen Überlegung heraus könnte man also auch durchaus geneigt sein, die Entwicklung des Sozialkapitals in der jüngeren Vergangenheit nicht als Verfall, sondern als gesellschaftlichen Normalisierungsprozess, gleichsam einer Entspannung der vormals überhitzten, überintegrierten Sozialverhältnisse in den Vereinigten Staaten zu interpretieren. Es gibt in diesem Sinne freilich durchaus Gründe, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in den 50er Jahren als „überintegriert“ qualifizieren zu können. Uwe Schimank fasst „Überintegration“ in der Dimension von Sozialintegration so: „Die moderne Gesellschaft tendiert in dem Maße zur Überintegration, wie sie einer Kasernierung fanatischer Sektenanhänger gleicht, also totale Kontrolle mit totalem Engagement kombiniert.“ (Schimank 2000: 465). Die polizeistaatliche Untersuchung „unamerikanischer Umtriebe“ in der McCarthy-Ära, die sich zu einer gesellschaftsweiten antikommunistischen, nationalistischen und antisemitischen Vorurteile mobilisierenden Hetzjagd ausweitete, wies schon solche Züge einer fanatischen, rigiden und mobilisierten Gesellschaft auf. Selbst Amitai Etzioni nimmt – dies sei gegen die Lesart mancher Kritiker gesagt – die 50er Jahre nicht zum Maßstab einer wohlbalancierten Gesellschaft: „Während einerseits die Gesellschaft verhältnismäßig geordnet war, [...] beschnitt sie andererseits den biographischen Entscheidungsspielraum, die Möglichkeiten kreativer Selbstdarstellung und die kulturellen Alternativen für die meisten Mitglieder der amerikanischen Gesellschaft“ (1997: 99). Wenn die gesellschaftliche Ordnung stark zu Lasten individueller Freiheit geht – und umgekehrt:

ein exzessiver Individualismus die Ordnung zerstört –, dann lässt sich im Sinne Etzionis von einer „guten Gesellschaft“ kaum sprechen. Putnam kann nicht anders, als die Demokratie zu jener Zeit für hoch leistungsfähig zu halten, weil ja das „Sozialkapital“ in voller Blüte stand. Würde er eine andere Position vertreten, müsste er sein „Sozialkapital“-Konzept in den Kernannahmen revidieren.

Nicht nur das quantitative Ausmaß des Engagements in den 50er Jahren gibt die Norm vor, mit der die gegenwärtigen Verhältnisse gemessen werden, sondern auch die Kartografie der damaligen „Engagementlandschaft“ bestimmt die Relevanzstrukturen der Wahrnehmung und Beurteilung der zeitgenössischen Situation. Wenn er über „Musterschüler“ des Sozialkapitals spricht, dann geht es um Gewerkschaften, Parteien, kulturelle und soziale Vereine, Bruderschaften, Kirchengemeinden. Diese „Gewächse“ im Soziotop der „civic communities“ sind für Putnam maßstabbildend und die legitimen Träger der Zivilgesellschaft. Den Umstand, dass den etwa 1,6 Millionen formellen Organisationen in den Vereinigten Staaten zwischenzeitlich mehrere Millionen informeller Gruppierungen gegenüberstehen, die möglicherweise den Kern des nachbarschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Lebens ausmachen (Smith 2000, zit. in: Anheier/Toepler 2003: 42) könnten¹⁰, übersieht Putnam freilich nicht. Aber er mag ihm keine größere Bedeutung beimessen, weil er über kein zureichendes Datenmaterial für diese Gruppen verfüge.¹¹ Zweitens streitet er den von ihm als „tertiäre Assoziationen“ bezeichneten sozialen Gebilden ab, vergleichbare positive externe Effekte erzeugen zu können. Gewiss tragen etwa Selbsthilfegruppen auch aus Putnams Sicht dazu bei, dass die Gruppenmitglieder ihre beschädigte Identität stabilisieren können. Ihre Stärke würde sich aber auf solche internen Effekten begrenzen. Ohne dass hiergegen schon externe Gegenargumente ins Feld geführt werden müssen, mutet eine solche Argumentation wenig überzeugend an. Denn immerhin stehen sol-

10 Nach einer Gallup-Erhebung von 1992 beteiligten sich in den USA 10 Prozent der Befragten an einer „Kleingruppe, die sich regelmäßig trifft und ihren Mitgliedern Fürsorge und Hilfestellung gewährt.“ (Wuthnow 2001: 715).

11 Natürlich ist es sehr viel schwieriger, an Datenmaterial über solche Entwicklungen heranzukommen. Darüber hinaus führt auch die Nichterfassung von neuen Gruppen in entsprechenden Kategorien der Umfrageforschung zu Verzerrungen der Einschätzung von Trends. Eine breitere – über die Kategorie „Sonstiges“ hinausgehende – Erfassung von neuen Assoziationsformen im Rahmen des World Value Surveys von 1981 und 1990 zeigte, dass offenbar ein größerer Anteil der amerikanischen Öffentlichkeit in mindestens einer Gruppierung ist – ganz im Unterschied zu den Ergebnissen der General-Social-Service Daten (Wuthnow 2001: 710).

che halböffentlichen Formen der Interessensorganisation der Möglichkeit sehr viel näher, „bridging capital“ und „thin trust“ zu erzeugen, als jene Ausdrucksformen der privaten Soziabilität, wie etwa „visiting friends“ und „entertaining at home“, die Putnam als hochwertige Komponenten des Sozialkapitals ansieht. Hier wird allem Anschein nach mit unterschiedlichem Maßstab gemessen, was durchaus einen Ideologieverdacht aufkeimen lässt.

In Bewertung der Putnamschen Maßstäbe kommt auch Graf (1999: 17) zu der Einschätzung, dass Putnam mit seiner Kultivierung „sozialromantischer Topoi gelungener Vergemeinschaftung“ (ebd.) auf Organisationsformen und Beispiele rekurriere, „die sein Sozialkapital-Konzept in eine irritierende Nähe zu den ‚heile Welt-Träumen‘ von Kleinbürgern in der Provinz bringen“ (ebd.). Dass sich ein zunehmender Komplexitätsgrad moderner Gesellschaft etwa in Gestalt von Transformationsprozessen auf der intermediären Ebene zwischen Gesellschaft und Individuen niederschlägt, muss Putnam aufgrund der unterkomplexen Entwicklung seiner Gesellschaftstheorie entgehen.

Wenn Putnam schon der Weg zu einer soziologischen Theorie versperrt scheint, weil er diese von vorneherein für ideologiehaltige „declensionist tales“ hält, ließen sich zumindest seine normativen Prämissen empirisch durch einen Aufenthalt im Bowling-Center irritieren: Vermutlich träfe man dort auch verbissen trainierende Einzelspieler an, welche sich bei näherem Hinsehen allerdings als Leistungssportler entpuppen könnten, die sich auf ihren nächsten Wettkampf in der Bowling-Liga vorbereiten. Möglicherweise wäre man einerseits umgeben von Vereinsgruppen, die sich seit Jahren schon regelmäßig in der gleichen Stammbesetzung treffen und gemeinsam älter werden wie andererseits von informellen Gruppen, die sich immer wieder mal zum Bowlen oder anderen Gelegenheiten locker verabreden und denen das Bowlen und die Trefferquoten nicht ganz so wichtig sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach könnte man eine empirische Ausdifferenzierung feststellen im Vergleich zu jener vergangenen monokulturellen Engagementlandschaft auf den Bowling-Bahnen, die Putnam für zukunftsfähig hält. Schlussendlich ließe sich vielleicht auch eine Ahnung davon gewinnen, welche Bedeutung jene Gespräche über „public affairs“, die Putnam für das eigentliche zivilgesellschaftliche Element des Bowlens hält, tatsächlich einnehmen und inwiefern sich die informellen von den organisierten Gruppen darin eigentlich voneinander unterscheiden. Ganz im Sinne dieser kritischen Perspektive urteilt Evers (2002: 70):

„[Man, Erg. der Verf.] könnte argumentieren, dass der Aufbau von Netzwerken und Gemeinschaften heute möglicherweise andere Formen annimmt und

dementsprechend bedeutend schwerer zu lokalisieren ist. Traditionelle Konzepte führen möglicherweise dazu, überzubewerten, was vertraut und deshalb auch gut beschreibbar ist und umgekehrt. Dies würde bedeuten, dass man, anstatt mit der These des Gemeinschaftsverlustes zu operieren, ebenso die These substantiell veränderter Gemeinschaftsformen überprüfen sollte. Genau dies ist jedoch ein Aspekt, der bei Putnam nicht systematisch berücksichtigt wird.“

3.2.3 Kulturalistisches Bias – ungleichheitstheoretische „Blindstellen“

Putnam eilt in seinen hastigen Stippvisiten bei vorangegangenen Sozialkapital-Konzeptionen an einer Lesart des Sozialkapitals vorbei, die in der europäischen Soziologie eine bedeutende Rolle spielt. In ihr wird die instrumentelle Funktion des Sozialkapitals jedoch um einiges anders modelliert als im demokratietheoretischen Optimismus Tocquevilles. Die Rede ist hier von der in den 1980er Jahren entwickelten Sozialkapital-Konzeption des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1983). Für Bourdieu stellt Sozialkapital jene

„Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen [dar; Erg. des Verf.], die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* (i. Orig. kursiv; d. Verf.) gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* [i. Orig. kursiv, d. Verf.] beruhen.“ (1983: 190f).

Wenn auch Putnams Begriff im Vergleich hierzu überdehnt erscheint, diese Grundauffassung Bourdieus dürfte er zunächst einmal teilen. Gemeinsam ist beiden zudem, dass das „Sozialkapital“ in instrumentellen Funktionszusammenhängen steht: Putnam verspricht sich auf Aggregatenebene einen „Profit“ aus den externen Wirkungen des Sozialkapitals für das politische und ökonomische System.¹² Bei Bourdieu ist „Sozialkapital“

12 Mit den „instrumentellen“ Zwecken des Sozialkapitals hat die kommunitaristische Argumentationslinie Putnams gewiss seine Schwierigkeiten. Aber diese Dimension ist aus der Putnamschen Konzeption nicht zu eskamotieren: In analytischer Hinsicht wird Sozialkapital von ihm maßgeblich mit Blick auf die Nutzenfunktion konzipiert. Auch wenn Sozialkapital als Ressource interpretiert wird, die allen zugute kommt, bleibt es eine „Ressource“ mit einer utilitaristischen Modellierung. In empirischer Hinsicht spielen bei der Begründung von Sozialkapital ohnehin instrumentelle, individuelle Ziele eine maßgebliche Rolle: Wer einem Sportverein beitrifft, möchte primär Sport treiben und nicht zwischenmenschli-

tal“ allgemein jenes „Beziehungsnetz [...] [als; Erg. des Verf.] Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (Bourdieu 1983: 192). Im Besonderen aber – und hier ist der entscheidende Unterschied – stellt es jenes Netz von Beziehungen dar, das zur Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit beiträgt. Im Gegensatz zur Putnamschen Grundüberzeugung, dass man es bei „Sozialkapital“ fast immer mit einem gemeinwohlverträglichen oder es sogar befördernden sozialen Phänomen zu tun hat, sind hier seine exklusiven Funktionen konstitutiver Bestandteil.

Die für unseren Zusammenhang relevanten Elemente der Hintergrundkonstruktion Bourdieus gestalten sich wie folgt: Der (Sozial-) Kapitalbegriff ist in eine „allgemeine Wissenschaft von der Ökonomie der Praxis“ eingebettet, die sich anschickt, „das Kapital und den Profit in allen ihren Erscheinungsformen zu erfassen und die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital gegenseitig ineinander transformiert werden“ (Bourdieu 1983: 184). Zu unterscheiden vom „Sozialkapital“ sind das „ökonomische Kapital“, das sich in Eigentumsrechten institutionalisiert und das „kulturelle Kapital“, das seine Ausdrucksform zum Beispiel in schulischen Titeln findet. Soziales und kulturelles Kapital können unter bestimmten Umständen in ökonomisches Kapital konvertiert werden, die letztgenannte Kapitalform unmittelbar in Geld. Der Umfang des Sozialkapitals, über das ein Einzelner verfügen kann, hängt zum einen ab von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen, die er tatsächlich mobilisieren kann, zum anderen vom Umfang des ökonomischen oder kulturellen Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht. Sozialkapital kann einen Multiplikatoreffekt auf tatsächlich verfügbares Kapital ausüben. „Die Profite, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe ergeben, sind zugleich Grundlage für die Solidarität, die diese Profite ermöglicht.“ (ebd.: 192). Wenn man aufgrund der Ausstattung mit sozialem, kulturellem oder ökonomischem Kapital sich Zugänge erschließen kann zu den „gewissen Kreisen“, dann lassen sich diese Beziehungen wiederum fruchtbar machen für individuelle oder netzwerkspezifische Zwecke. Der gesellschaftliche Aufstieg eines Einzelnen etwa wäre aus dieser Sicht also nicht nur über Leistungsvermögen, sondern über die Verfügbarkeit von befördernden Netzwerken und der Zugehörigkeit zu elitären

ches Vertrauen in der Gesellschaft schaffen oder die Funktionsfähigkeit der Demokratie steigern.

Kreisen zu erklären. Die Macht von Elite-Netzwerken resultiert aus den Einflusszonen, die sich solche „Seilschaften“ gesichert haben.

Wie das ökonomische und kulturelle, so ist auch das soziale Kapital gesellschaftlich ungleich verteilt. Was die einen „anschließt“, weil sie über die richtige oder zureichende Kapital-Ausstattung verfügen, schließt die anderen aus. So wie das Zusammenspiel der Kapital-Sorten im günstigen Fall positive Kumulationseffekte erzeugt, bewirkt es im weniger günstigen Fall negative Aufschaukelungswirkungen, mithin: soziale Exklusion.

Diese Überlegungen Bourdieus lassen sich in diesem Kontext in zwei Hinsichten fruchtbar machen. Erstens drängt sich die Frage auf, wie offen die Portale jener „Schulen und Werkstätten der Demokratie“, als welche man die „sekundären Assoziationen“ mit Putnam ansehen könnte, tatsächlich sind. Zweitens könnte man die Frage aufwerfen, welches Bild sich ergibt, wenn man die „exit“-Bewegungen aus Ungleichheitstheoretischer Perspektive beobachtet.

Man kann man davon ausgehen, dass insbesondere für die Übernahme von Leistungsrollen in „secondary associations“ ein beträchtliches kulturelles Kapital in Gestalt von Führungskompetenzen, rhetorischen Fähigkeiten, Organisationstalenten und Vertrautheit mit Organisationsregeln vorausgesetzt wird (vgl. Wuthnow 2001: 693). Die höheren Bildungsqualifikationen der Führungsschichten von sekundären Assoziationen sedimentieren sich in der Folge in Ansprüchen und impliziten Normen, die in den sozialen Netzwerken herrschen. Sekundäre Assoziationen können sich in Ungleichheitstheoretischer Hinsicht damit durchaus zu „closed shops“ entwickeln, die alles andere als jenes „bridging capital“ ausbilden, das Putnam für das entscheidende Fluidum der generalisierten Vertrauensbildung hält.¹³

Für die deutschen Verhältnisse schließen Offe/Fuchs aus den vorhandenen Daten, dass

- es eine positive Korrelation zwischen hohem Einkommen und der Bereitschaft zum Engagement in Vereinigungen gibt (diess. 2001: 443);
- eine positive Korrelation von Bildungsabschluss und Engagementbereitschaft besteht und sich „Menschen mit niedrigem Bildungsniveau mit geringerer Wahrscheinlichkeit Vereinigungen an[schließen; Erg. der Verf.] als Menschen mit langjähriger Schulausbildung“ (ebd.: 448).

13 Aufgrund von Oligarchisierungs- und Professionalisierungsprozessen in Freiwilligenorganisationen werden die Exklusionseffekte noch verstärkt (vgl. hierzu Kap. 3.3.3).

Hypothetisch erklärbar wird erstgenanntes durch das Sozialkonzept Bourdieus: Bei der Erschließung von sozialen Netzwerken haben Beziehher höherer Einkommen weitaus mehr Optionen, um das vorhandene Kapital einbringen, konvertieren bzw. mehren zu können. Außerdem haben „diese Einkommensschichten einfach mehr zu verlieren als die Beziehher niedriger Einkommen und können solche Verluste durch Engagement in Vereinigungen verhindern.“ (Offe/Fuchs 2001: 442f.) Ferner sind sie mit den Vereinspraktiken besser vertraut und haben ihr eigenes hohes Einkommen nicht zuletzt auch ihren organisatorischen Fähigkeiten zu verdanken (ebd.).

Der Einfluss von Bildung auf die Engagementbereitschaft hängt nach Offe/Fuchs damit zusammen, dass „die Schule im Leben des Einzelnen den ersten ‚nicht-primordialen‘ Kontext darstellt, der sowohl durch seinen expliziten als auch durch seinen ‚unterschwelligten Lehrplan‘, seine moralischen und kognitiven, die Kooperation begünstigenden Fähigkeiten erzieherische Wirkung ausübt. Die Länge der Ausbildung korreliert auch mit dem sozioökonomischen Status des Auszubildenden, mit einem unabhängigen Effekt des Status auf das Engagement in Vereinigungen.“ (dies.: 447).

Es bleibt bei Putnam unbeachtet, dass der Partizipationsbereitschaft in sekundären Vereinigungen ein Mindestmaß an Vertrauen in andere Menschen voraus liegen muss. Ob man in andere Menschen vertraut, dürfte zunächst einmal ein Resultat der eigenen sozioökonomischen Situation, einer gelungenen persönlichen wie beruflichen Biographie und einer gelingenden selbstreflexiven Bezugnahme darauf sein. Wenn negative Selbsteinschätzungen, Versagensgefühle, mit einer Ausleihe aus der psychologischen Forschung: ein mangelndes „Kohärenzgefühl“ (Antonovsky 1997)¹⁴, dominieren, dann wird auch die Bereitschaft sinken, sich aktiv in einem Verein etc. zu beteiligen.¹⁵

14 Antonovsky untersucht mit seinem Konzept der Salutogenese jene Widerstandsressourcen, die ein Subjekt mobilisieren kann, um widrige und belastende Alltagserfahrungen produktiv zu verarbeiten und gegebene biopsychosoziale Spannungen zu bewältigen. Ein zentraler Schutzfaktor ist dabei das „Kohärenzgefühl“, das heißt ein positives, aktives Selbstbild der Handlungs- und Bewältigungsfähigkeit und das sichere Wissen um die Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens, die einhergehen mit der Gewißheit der Person, Biographie, Alltagsverhältnisse und soziale Umwelt steuern und gestalten zu können (vgl. hierzu die Beiträge in Wylder/Kolip/Abel 2000).

15 Von dem Umstand, dass ein gewisses Vertrauensniveau erforderlich ist, um ein Engagement auszulösen, geht auch Eva Cox (2001: 242f.) im Rahmen ihrer Untersuchung zur Sozialkapital-Entwicklung in Australien aus.

Nach Ansicht Wuthnows (2001: 695) lässt sich auch für die Vereinigten Staaten zeigen, dass sozioökonomische Variablen wie die Höhe des Familieneinkommens, das Bildungsniveau des Vaters und das Bildungsniveau der Befragten in positiver Korrelation stehen mit der abhängigen Variable „Zugehörigkeit zu einer Vereinigung“.

Seine ungleichheitstheoretisch angeleitete Analyse der „exit“-Seite von Sozialkapital ergibt, dass „der Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinigungen immer bei den sozial-ökonomisch geringer Privilegierten stärker ausgeprägt (war) als bei den Personen, die bereits über größere Privilegien verfügten“ (Wuthnow: ebd.)¹⁶. Im Zeitraum zwischen 1974 und 1991 sei der Anteil der Personen, die aus einkommensschwachen Familien stammen um 7 Prozent zurückgegangen (gegenüber 3 Prozent aus einkommensstarken Familien). 1991 zeigte sich bei Personen, die einem weniger gebildeten Hintergrund entstammten, eine geringere Wahrscheinlichkeit einer Vereinsmitgliedschaft als noch 25 Jahre davor. Das Engagementniveau von Afro-Amerikanern und weißen europäischen Amerikanern war 1974 in etwa gleich hoch, im Jahr 1991 hat sich zwischen beiden Gruppen eine erhebliche Differenz gebildet. Wuthnows Fazit lautet:

„Diese Muster lassen sich mit der Aussage interpretieren, dass buchstäblich der gesamte Rückgang der Vereinsmitgliedschaften zwischen 1974 und 1991 in den stärker marginalisierten Segmenten der Bevölkerung vor sich ging und nicht bei höher privilegierten Schichten.“ (2001: 697).¹⁷

Sowohl die Zugangsmöglichkeiten zu als auch Abwanderungen aus Engagementzusammenhängen müssen demnach mit einem ungleichheitstheoretischen Fokus beobachtet werden. Entsprechend theoretisch irritiert müssten darüber hinaus auch die auf der Aggregatebene vorgenommenen Zusammenhänge werden. Wenn Putnam beispielsweise einen Zusammenhang zwischen hohem Sozialkapital-Bestand und dem besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung herstellt, dann liegt der Einfluss der sozioökonomischen Situation als versteckte Drittvariable auf der Hand. Mit Blick auf den „Healthy State Index“ drängt sich ein solcher Gedanke jedenfalls auf: Die Qualität der ärztlichen Versorgung einer Region, die Quote der Inklusion der Bevölkerung in die Krankenversicherung, die Quote der „Teenager-Mütter“, die Aids-Rate, der Anteil der staatlichen Ausgaben für Gesundheitspolitik am Bruttosozial-

16 Ein Befund, dem Putnam widerspricht (vgl. hierzu Kap. 2.2.3).

17 Diesen schichtspezifischen Rückgang der Organisationsmitgliedschaft zeigt Wuthnow auch für die Organisationsmitgliedschaft in Gewerkschaften auf. (Wuthnow 2001: 700).

produkt etc. hängen eng mit der ökonomischen Situation einer politischen Region und der individuellen Ausstattung mit materiellen Ressourcen zusammen. Eine Erklärung (!) mit der Variablen „Sozialkapital“ greift hier zu kurz, unbestritten aber kann es durchaus zu Korrelationen kommen.

Angesichts solcher ungleichheitstheoretischer Blindstellen Putnams tragen Edwards/Foley (2001) ein weiteres Argument zur Erklärung der Erfolgsstory des Sozialkapital-Konzepts bei:

„Clearly, the argument presented in *Bowling Alone* strikes a chord among an overwhelmingly neoliberal elit. The source of our discontent, the argument tells us, lies neither in restructuring, nor in globalization, nor in increasing inequality, nor in anything else related to the go-go economy of the 1990s. If social capital is America's elixir for the twenty-first century, conservatives of all stripes can take heart that its source lays in civil society, in private initiative and individual dispositions, not in public action and governmental regulation. A national remedy of civil society and social capital is clearly consistent with a policy agenda of privatization and devolution. Whether these prescriptions can hold up to genuine social analysis is another question.“ (Edwards/Foley 2001: 230).

3.2.4 Leistungsgrenzen des Sozialkapitals

„Social Capital“, so urteilen Edwards/Foley (2001: 230) kritisch, „comes in just three flavors: good, better, and best.“ Auch wenn Putnam seine Euphorie bezüglich der Segnungen des Sozialkapitals seit seiner Italienstudie deutlich gemäßigt hat – er traut sozialen Netzwerken in positiver Hinsicht nach wie vor fast alles zu.¹⁸ Man könnte nun natürlich eine Vielzahl, im Detail ansetzender Prüfungen der behaupteten „outcomes“ des Sozialkapitals durchführen. Alleine mit der Diskussion möglicher interner Effekte könnte man gut und gerne eine weitere Arbeit bestreiten. Ich will mich deshalb auf einige bedeutsamere Aspekte beschränken.

Mit Bourdieus ungleichheitstheoretisch genährter Perspektive wurde ja schon eine erste Begründung ins Spiel gebracht, die das Vertrauen in die Inklusions- bzw. bridging-Qualitäten von sozialen Netzwerken relativiert und realistischer beurteilen lässt. Das zweite Argument entstammt dem kommunitaristischen Argumentationshaushalt und stellt auf die Leerstelle der moralischen Integrationskapazitäten traditioneller Asso-

18 Wohl ist ein ganzes Kapitel in der Studie „*Bowling alone*“ der „Schattenseite“ des Sozialkapitals (dark side of social capital) (2001: 350-366) gewidmet – letztes Endes laufen die Überlegungen aber wieder auf eine Beschreibung der positiven Seiten des Sozialkapitals hinaus.

ziationen von Gesellschaft in Putnams Konzeption ab. Das dritte Argument kritisiert die Leistungsfähigkeit des „Sozialkapitals“ in ökonomischer Hinsicht. Mit der vierten Überlegung werden unter Bezugnahme auf eine ausgewählte „Dritte-Sektor-Theorie“ Leistungsgrenzen und Dilemmata der Philanthropie namhaft gemacht.

Überraschenderweise formuliert einer der maßgeblichen Vertreter der kommunitaristischen Bewegung, Amitai Etzioni, eine ziemlich harsche Kritik am Ansatz Putnams. Überraschend deshalb, weil auch für Etzioni die Schwächung der Gemeinschaften, von Familien über Nachbarschaften und Kirchengemeinden bis hin zu Interessengruppen und Nationen eine zentrale Ursache der schwindenden gesellschaftlichen Sozialintegration ist (vgl. Lange 2000). Und wie für Putnam stehen Gemeinschaften und kollektive Akteure im Aufmerksamkeitsfokus seiner Theorie. Etzioni (2001) wirft Putnam in seiner Rezension von „Bowling alone“ vor, er vermeide den Begriff „community“¹⁹ und ersetze ihn durch den Begriff „Social Capital“, um durch die Nähe zur ökonomischen Theorie wissenschaftlichen Glanz zu erheischen. Mit der Perspektive auf „Sozialkapital“ als Netz sozialer Bindungen und Reziprozitätsnormen indes erfasse Putnam nur eine Seite der Medaille. Das zweite und sehr viel wichtigere Merkmal für die gesellschaftliche Kohäsion sei ein zureichendes Maß an Übereinstimmung in einem Set geteilter Werte, Normen und Bedeutungen. Ohne Kernbestand einer solchen gemeinsamen moralischen Kultur können Gemeinschaften zentrifugalen Kräften nicht standhalten, das ist Etzionis neofunktionalistisches Argument. Solche sozial-moralischen Grundlagen von Gemeinschaft könnten aber im Begriff „social capital“ nicht vorkommen, weil hier die Akteure implizit als „homo oeconomici“ konstruiert würden. Etzioni stellt deshalb Putnams Vorstellung in Frage, dass Bowling-Ligas, Vogelbeobachtungsgruppen oder Schachclubs einen maßgeblichen Beitrag zur Sozialintegration einer Gesellschaft leisten können. Mithin reiche es nicht, nur auf „social bonds“ zu schauen: Man müsse die Mechanismen analysieren, die zu einer neuen moralischen Kultur führen und klären, was jene präventiv vor Entwicklungen schützt, die mit einer freien und fairen Gesellschaft nicht vereinbar sind. Aus Sicht Etzionis eskamotiert Putnam darüber hinaus die Spannungen, die zwischen Freiheit und Gemeinschaft bestehen. Insgesamt hält er Putnams Entwurf deshalb für „sociologically lite“ (ebd.: 223).

Weil hier Etzionis Gesellschaftsanalyse im Einzelnen nicht vorgestellt werden kann, müssen einige Hinweise genügen, um diese Kritik

19 Was allerdings so nicht stimmt. Putnam hält, wie schon gezeigt, viele Synonyme parat, darunter auch „community“.

kontextualisieren zu können: Etzionis Entwurf einer „Verantwortungsgesellschaft“ (Etzioni 1997; vgl. hierzu Lange 2000) grenzt sich nach mindestens drei Seiten hin von konkurrierenden Modellen der Sozialintegration ab: Zum ersten von der liberalen Vorstellung, autonome Individuen könnten als die neuen Triebkräfte gesellschaftlicher Integration gesehen werden; zum zweiten von einem diskurstheoretischen Konzept der „civil society“, wie es etwa von Jürgen Habermas vertreten wird; zum dritten von sozialkonservativen kommunitaristischen Konzepten, in welchem Zwangsordnungsmaßnahmen befürwortet werden. Die „gute kommunitaristische Gesellschaft“ im Sinne Etzionis muss demgegenüber die Balance zwischen den Freiheitsansprüchen der Individuen und den Ordnungsansprüchen der Gemeinschaft im Auge behalten. Sie „stützt sich [...] maßgeblich auf normative Mittel (Erziehung, Führungskraft, Konsens, Gruppendruck, Verweis auf Rollenmodelle, Ermahnung, und vor allem die moralische Stimme der Gemeinschaften)“ (Etzioni 1997: 37). Jene „moralische Stimme“ aber wird „durch Intellektuelle, Geistliche und andere Persönlichkeiten laut [...]“ (ebd.: 58). Und diese sind, vereint in der kommunitaristischen Bewegung, die Motoren für jene gesellschaftlich dringend notwendigen „substantiellen Überzeugungsdialoge“, in denen unverzichtbare universalistische Prinzipien (z.B. Menschenrechte) mit partikularen Geltungsansprüchen verschmolzen werden. Nur dieser gemeinsame Wertekosmos sei es, der moderne Gesellschaften fundamental integrieren könne. Die zivilgesellschaftliche Generalsegnung jedweder „intermediärer Instanzen“ durch Putnam muss Etzioni für heillos übertrieben halten. „Ecksteine der Zivilgesellschaft“ (Etzioni 1997: 54) und Produzenten moralischer Leiterorientierungen können nur Gemeinschaften mit intensiverem zwischenmenschlichen Beziehungsgefüge und hoher moralischer Kompetenz sein, nicht aber jene zweckrationalen, gruppenegoistisch orientierten Vereinigungen, denen Putnam huldigen würde.

Etzionis Kritik sensibilisiert noch einmal dafür, dass die intermediären Scharniere, die die Verbindung zwischen einzelnen Gruppen und der Gesamtgesellschaft bzw. zentraler Teilsysteme herstellen, theoretisch noch unzureichend ausgearbeitet sind und der Integrationsmechanismus bei Putnam unklar ist. Legt man mit Etzioni die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Integration von moderner Gesellschaft über einen Kernbestand moralischer Überzeugungen zugrunde, dann erweisen sich nicht alle Elemente des „Sozialkapitals“ als gleich leistungsfähig. Aber auch wenn man diese Prämisse nicht teilt, ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Engagementlandschaft differenzierter zu analysieren und Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit der intermediären Instanzen zu entwickeln, wichtig. Putnam versucht mit seinen Unterscheidungen etwa

von „bridging social capital“ und „bonding social capital“ zwar, eine erste Heuristik vorzulegen. Für eine differenziertere Analyse, das zeigt sich in den Anwendungsbezügen in „Bowling Alone“, können sie aufgrund ihres „Baustellen-Charakters“ analytisch noch kaum fruchtbar gemacht werden.

Die These, dass ein funktionsfähiges Netz intermediärer Organisationen und ein hohes Kooperationsniveau der Gesellschaftsmitglieder ein „Schmiermittel“ für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt, ist in dieser Allgemeinheit durchaus problematisierbar (vgl. hierzu Kunz 2000: S. 207–211). Denn immerhin gehören weit gespannte, aber sektoral bezogene Kooperationen und Kooperationsabsprachen zwischen politisch aktiven, insbesondere aber wirtschaftsnahen Verbänden zur Wirklichkeit der Sozialwelt genau deshalb, weil sie die Chancen zur konfliktorischen Interessensdurchsetzung der verbündeten Parteien zulasten einer Gegenpartei verbessern. Solche Allianzen können auch negative Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben, wenn man nicht von vorneherein unterstellt, dass sich solche Verbindungen per se übergeordneten Interessen verpflichtet (zu) fühlen (haben) und man nicht Putnams Konzept gewissermaßen mit Etzionis Integrationsvorstellungen anreichert. Im Sinne der Public Choice Perspektive wäre es jedoch völlig irrational davon auszugehen, dass spezifische Gruppen einen Anreiz für sich sehen, die wirtschaftliche Entwicklung, die ein Kollektivgut darstellt, in besonderem Maße fördern zu wollen. Die Interessensgruppen würden sich vielmehr darauf konzentrieren, ihr beschränktes Eigeninteresse ohne Rücksichtnahme auf die ökonomische Effizienz durchzusetzen und sektoralistische Politik betreiben.

Dieses Dilemma kollektiven Handelns erzeugt in der politischen Wirklichkeit erhebliche Steuerungs- und Koordinationsprobleme. Aus diesem Grund institutionalisieren politisch verantwortliche Akteure außerparlamentarische Abstimmungsarrangements, im Rahmen derer Verbandseliten mit politischen Eliten Entscheidungen verhandeln und Gelegenheitsstrukturen für die Selbstkoordination zentraler Akteure schaffen.

Solche Mechanismen der politischen Koordination sind in theoretischer, empirischer wie normativer Hinsicht natürlich weit entfernt von Putnams Vorstellung einer face-to-face-basierten gesellschaftlichen Vertrauensbildung, die in den horizontalen Beziehungsgeflechten traditioneller lokaler Vereine wurzelt. Man kann mit Bourdieu bestreiten, dass diese Mikrokosmen der Vertrauensbildung tatsächlich generell so vertrauenswürdig sind, wie Putnam annimmt. Und mit so gegensätzlichen Perspektiven wie der Sozialtheorie Etzionis und der Public Choice Schule kann man begründete Bedenken anmelden, ob das als „Vertrauens-

Mikroklima“ ausgewiesene Exportgut nicht bisweilen auch für Turbulenzen in den überregionalen Großwetterlagen zu sorgen in der Lage ist.

Mit den „Dritte-Sektor-Theorien“ (einen Überblick bieten Anheier et. al. 1998; Priller/Zimmer 2001) wird ein gesellschaftstheoretisches Modell entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Handlungs- und Organisationssphäre jener Assoziationen, die weder dem staatlichen Bereich (non-governmental organizations) noch dem privatwirtschaftlichen Sektor (nonprofit organizations) zugehören wie auch jenseits privater Haushalte anzusiedeln sind und folglich einem „Dritten Sektor“²⁰ zugerechnet werden. Typische Gebilde sind unter anderem gemeinnützige Vereine, Geselligkeitsvereine, Stiftungen, Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen. Ohne dass auch dies hier im Detail weiter ausgeführt werden könnte, teilen die Dritte-Sektor-Assoziationen aus dieser Theorieperspektive in analytischer wie empirischer Hinsicht eine Reihe von Ziel- und Organisationsmerkmalen, sodass es gerechtfertigt erscheint, sie unter spezifischen Fragestellungen gemeinsam zu behandeln. Zweifellos sind die „secondary associations“ Putnams diesem „Dritten Sektor“ zuzurechnen. Mithin erscheint eine Applikation dieser Theorieperspektive auch zulässig.

Dritte-Sektor-Theorien beschäftigen sich unter anderem mit der Frage, warum es überhaupt Dritte-Sektor-Organisationen als Anbieter von Dienstleistungen neben erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen gibt bzw. warum marktwirtschaftlich organisierte wie staatliche Organisationen mit der Produktion von öffentlichen und Vertrauens-Gütern Schwierigkeiten haben.

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Lester M. Salamon (1996) folgt der traditionellen Theorie des Staats- und Marktversagens²¹ und der daraus abgeleiteten Kompensationsleistung des Dritten Sektors bei der Bereitstellung kollektiver Güter allerdings nicht. Für ihn stellen

20 Man müsste demnach richtigerweise eigentlich „Vierter Sektor“ sagen.

21 Zu nennen sind hier unter anderem etwa Weisbrods (1978) Theorie des Markt- und Staatsversagens bei der Bereitstellung kollektiver Güter durch den Markt aufgrund der „free-riding“-Problematik und der Leistungsschwäche des Staates bei der Produktion kollektiver Güter aufgrund der Orientierung am „median voter“ und der daraus resultierenden Vernachlässigung von Minderheiten. Hansmanns Theorie des „Vertragsversagens“ (1981), der die Problematik der Nicht-Identität von Käufer und Konsument in weiten Bereichen der sozialen Dienstleistungen zugrunde liegt, verweist auf den Vorsprung an „Vertrauenswürdigkeit“ von Non-Profit-Organisationen gegenüber privatwirtschaftlichen Anbietern aufgrund ihrer Orientierung an gemeinwohlorientierten Zielen (vgl. die Darstellungen in Salamon 1996: 79-85; Salamon/Anheier 1998: 211-244).

die staatlich organisierten Kooperationsarrangements zwischen Sozialstaat und den Wohlfahrtsorganisationen zur Organisation von sozialer Fürsorge und Versorgung nicht ein Zeichen der zwangsläufigen staatlichen Schwäche dar, sondern – umgekehrt – eine kompensatorische Leistung des Staates angesichts des „Versagens der freiwilligen Aktion“ (Salamon 1996: 89). Salamon macht vier solcher Varianten des Versagens des Freiwilligensektors und des Freiwilligkeitsprinzips bei der Produktion öffentlicher Güter aus:

1. Unzulänglichkeiten des philanthropischen Handelns

Der Freiwilligensektor könne nicht zuverlässig und in ausreichenden Mengen Ressourcen mobilisieren, um kollektive Güter in zureichendem Umfang zu produzieren. Hintergrund ist auch hier das „Trittbrettfahrer-Problem“. Wenn jedes Mitglied der Gesellschaft, gleichgültig, ob es durch freiwillige Zeit- oder Finanzspenden dazu beigetragen hat, davon profitiert, dass Menschen in Schwierigkeiten versorgt werden, gibt es für jeden einzelnen einen Anreiz, die Kosten für die Fürsorge den jeweils anderen aufzubürden. Zum anderen sind die private Wohltätigkeit und die finanzielle Ausstattung der Wohltäter dann am schwächsten, wenn die ökonomische Konjunktur schwach, aber die Not am größten ist. Immer dann, wenn man die Wohltätigkeit am meisten bräuchte, versagt sie. Das gelte auch für schwach entwickelte Regionen, in denen freiwillig erbrachte Ressourcen und Beiträge mit geringerer Wahrscheinlichkeit in zureichendem Maße zur Verfügung stünden.

„Trotz seiner Vorteile, wie die Reduzierung der Transaktionskosten und die Schaffung von Gefühlen der sozialen Verpflichtung und Anteilnahme hat das System der Freiwilligenfürsorge im Hinblick auf die Mobilisierung einer ausreichenden Menge und eines stetigen Zuflusses von Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse in einer Gesellschaft schwerwiegende Nachteile.“ (Salamon 1996: 91)

2. Der Partikularismus philanthropischen Handelns

Eine zweite Funktionsschwäche des „voluntary sectors“ ist die partikularistische Orientierung von Freiwilligenorganisationen, das heißt deren Tendenz, sich in den Leistungen auf besondere Gruppen in der Bevölkerung zu konzentrieren. Die Folge ist, dass einige gesellschaftliche Gruppen in der Landschaft der Freiwilligenorganisationen nicht adäquat re-präsentiert werden.²² Die Ursache hierfür ist, dass nicht alle Freiwilli-

22 In der deutschen Debatte wird in letzter Zeit wieder verstärkt darauf verwiesen, dass nicht alle Interessen gleichermaßen organisationsfähig sind. Thomas von Winter (2000) entwickelt mit einem Grundriss einer

genorganisationen von der spendenbereiten Bevölkerung gleichermaßen mit Ressourcen versorgt werden. Beispielsweise ist es auch hierzulande weitaus schwieriger sein, Spenden für die Arbeit mit ehemaligen Strafgefangenen zu erhalten als etwa für behinderte Kindern. „Es gibt auch im Nonprofit-Sektor seit langem eine Tendenz, die ‚Elite‘ der Armen bevorzugt zu bedienen und den öffentlichen Institutionen die schwierigsten Fälle und Problemgruppen zu überlassen.“ (Salamon 1996: 92). Partikularismus und die Privilegierung bestimmter Adressatengruppen können zu Versorgungslücken und zur Überversorgung in anderen Bereichen führen. Viele Gruppen wollen ihre eigenen Dienste organisieren und es kommt zu Zersplitterungen im Freiwilligensektor.²³ Zersplitterung und Gruppenegoismen wiederum führen zu Effizienzeinbußen und Kostensteigerungen im System sozialer Dienste.

3. *Paternalismus im System der Wohlfahrtspflege*

Das Problem des Freiwilligensektors ist für Salamon, dass hier die Definitionsmacht über Wohlfahrt und Bedürftigkeit in den Händen derjenigen liegt, die über die umfangreichsten Mittel verfügen können. Die Allokation von Unterstützungsleistungen für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen werden nicht etwa über Gerechtigkeitsabwägungen gesteuert (wie man dem Staat unterstellen könnte), sondern von den wohlhabenden Mitgliedern der Gesellschaft.²⁴ Aus diesem Grunde spielt das Mäzenatentum im Kultur und Kunstbereich, die von den Reichen bevorzugt werden, eine größere Rolle als Bereiche, die von den unteren Schichten präferiert werden. Die private Wohltätigkeit kann der Tradition bürgerlicher Wohltätigkeit nicht entkommen. Sie begründet keinen

„Theorie schwacher Interessen“ eine Gegenposition zu den älteren Theorien kollektiven Handelns Offes (1972) oder Olsons (1968), wonach sich generelle Aussagen über die Nicht-Organisierbarkeit randständiger Gruppierungen (z.B. mit Blick auf die Ressourcenausstattung als zentraler Variablen) treffen ließen. Stattdessen scheinen die Ausprägung des „Interessenbewusstseins“ der (potentiellen) Mitglieder, die Rolle „politischer Bewegungsunternehmer“ in sozialen Bewegungen und die jeweilige politische Kultur im Umfeld der Organisationsgründung Faktoren zu sein, die eine je spezifische Variationsbreite für die Organisation randständiger Gruppierungen zur Verfügung stellen.

- 23 Einen eindrucksvollen Einblick in die Zersplitterung der Philanthropie und die Gefährdung der Idee der neu erwachten „Miloserdie“ (Barmherzigkeit) in der jungen Zivilgesellschaft Russlands durch die Entwicklung von Gruppenegoismen vermittelt der russische Schriftsteller Daniel Granin in seiner autobiografischen Erzählung „Die verlorene Barmherzigkeit – Eine russische Erfahrung“ (1993).
- 24 Zu der mächtigen Rolle der Stiftungen, die sich in den USA entlang der normativen Konfliktlinie des „Kulturkriegs“ zwischen progressiver und konservativer Mittelschicht entlang organisieren, vgl. Hunter (1997).

Rechtsanspruch auf Hilfe in Notlagen, sondern eine entwürdigende Dankbarkeitspflicht aufseiten der Unterstützten, die neben der ohnehin bestehenden Ausgrenzung ein zweites Mal gedemütigt werden²⁵.

4. Die Laienhaftigkeit der Philanthropie

Ehrenamtlich Tätige sind auf dem Gebiet der Hilfeleistung im Regelfall Laienhandelnde. Die Probleme von Armut und sozialer Not wurden in Zeiten einer ausschließlichen laienhaften Bearbeitung sehr stark dem moralischen Verfall des Klientels zugeschrieben. Mit der zunehmenden Professionalisierung der Hilfe und der Herausbildung helfender Berufe konnte moralisierenden und belehrenden Unterstützungsformen der Boden entzogen werden. Einrichtungen und Dienste des Freiwilligensektors, die ausschließlich auf Spenden angewiesen sind und unentgeltliches Engagement setzen müssen, können keine professionals einstellen und bleiben in ihrem Handeln amateurhaft.^{26/27}

Den referierten Perspektiven auf die Leistungsfähigkeit des „Sozialkapitals“ ist gemeinsam, dass man begründete Bedenken an der Unterstellung eines Potentials für eine universalistische Moralproduktion und ein daran orientiertes Handeln bei Freiwilligenorganisationen und Gemeinschaften anmelden kann. Sozialkapital erscheint weder in moralischer noch funktionaler Hinsicht als von „Natur aus gut“. In den Blick kommen neben Effizienznachteilen die partikulare Interessensausrichtung und patriarchalische bis repressive Elemente, die gemäßig bzw. überwunden werden müssen.

Bei Etzioni geschieht das im Rahmen der Gesellschaft als „Gemeinschaft der Gemeinschaften“, in der die kompromissbasierte Einheit in

- 25 Zu der potentiell entwürdigenden Hilfeleistung von „Wohltätigkeitsgesellschaften“, die ihre Hilfeleistungen nicht über Rechtsansprüche, sondern über private Wohltätigkeit organisieren, vergleiche auch den philosophischen Diskurs des Sozialphilosophen Avishai Margalit (1996/1997: 256-284).
- 26 Die These der Amateurhaftigkeit der Philanthropie liegt quer zur gegenwärtigen Inthronisierung des Ehrenamts als altem und neuem Leistungsträger der sozialen Fürsorge. Gewiss gibt es auch eine ganze Reihe interessanter Befunde, die auf spezifische Eigenarten der Laienkompetenz hinweisen, welche durch professionelle Tätigkeit nicht zu ersetzen ist (vgl. hierzu die bei Müller-Kohlenberg 1996 referierten Befunde für die Effizienz im Mikrobereich helfenden Handelns). Sehr viel angemessener, als professionelles und ehrenamtliches Handeln gegeneinander auszuspielen, erscheint mir für die Modellierung von Makro- und Mikroarrangements der sozialpolitischen Problembearbeitung eine fallbezogene Kombinierung der Handlungstypen.
- 27 Vgl. hierzu auch Luhmanns Überlegungen zur Herausbildung von Organisationen, die sich im Zuge funktionaler Differenzierung auf „Hilfe“ leistungsspezialisiert haben (Luhmann 1973: 31 - 36).

der Vielheit der pluralistischen Sozialwelt gewahrt wird (1997: 248-325). In der Public Choice Perspektive und bei Salamon ist es das „Third Party Government“ (Salamon 1996), bei dem staatliche Instanzen Entscheidungsspielräume und Machtbefugnisse mit nicht-staatlichen Akteuren teilen und darüber nicht nur spezifische Leistungsvorteile in der sozialstaatlichen Problembearbeitung erzielen, sondern auch den Partikularismus und die Naivität der Freiwilligenorganisationen zähmen. Solche Bergungsaktionen, Mäßigungsversuche oder auch mit guten Absichten verbundenen Instrumentalisierungsprojekte produzieren wiederum Risiken, von denen im Zusammenhang mit den „Transformationsprozessen intermediärer Akteure“ (vgl. Kap. 3.3.3) noch die Rede sein wird.

3.3 „Wandel“ des Sozialkapitals und nicht: „Verfall“ – eine soziologische Gegenaufklärung

Der deutsche Sozialwissenschaftler Adalbert Evers (2002) hat in seiner Kritik festgestellt, das Konzept Putnams sei soziologisch überdeterminiert und enthalte in der Folge eine politische Leerstelle. Richtig an dieser Kritik ist, dass Putnam die institutionell-politischen Voraussetzungen der Bildung von „Sozialkapital“²⁸ nicht analysiert und es auf „eine Art Unterbau für einen politischen Überbau“ (Evers 2002: 67) reduziert. Der Vorwurf Evers allerdings, Putnam erzeuge einen soziologischen „Überhang“ in seiner Sozialkapital-Analyse (ebd.: 70), adelt ihn unbeabsichtigt an der falschen Stelle. Demgegenüber ist zu behaupten, dass eine unzureichende soziologische Fundierung die fehlschlüssige Generalisierung der Verlustthese begünstigt.

Die Begründung hierfür soll in diesem Schlusskapitel in Umrissen erbracht werden. Unter Bezugnahme auf Durkheim soll dargestellt werden, dass gesellschaftliche Differenzierung neue Sozialintegrationsmechanismen hervorbringt, die sich in Gestalt von „Solidarität“ als neuem Typus der freien „Verbundenheit trotz Differenzen“ niederschlägt. Die Identifizierung unterschiedlicher Konstitutionsbedingungen von Solidarität macht deutlich, dass soziale Verbundenheit in modernen Gesell-

28 Solche Faktoren sind u.a. die Gewährung von Freiheitsrechten und eine verlässliche Judikative und Exekutive. Gerade in osteuropäischen Staaten wie der Ukraine, Russland oder Weißrussland zeigt sich meines Erachtens gegenwärtig sehr deutlich, wie die Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Sektors durch den Mangel an solchen begünstigenden Bedingungen deformiert wird.

schaften auf unterschiedlichen und sich verändernden Grundlagen basieren kann. Die Überantwortung sozialer Verbundenheit in das Reich der Freiheit ruft das Individuum auf den Spielplan der Solidarität. Mit Bezugnahme auf Georg Simmel und Ulrich Beck soll gezeigt werden, dass „Individualisierung“ einen Gestaltwandel des „civic engagements“ gefördert hat, Selbstbezüglichkeit und die Moralität von Handlungen aber nicht notwendigerweise einen Widerspruch darstellen. Schließlich soll dargelegt werden, dass interne wie externe Faktoren zu Transformationsprozessen auf der Ebene der intermediären Akteure geführt haben, welche „push-Effekte“ auf die Mitglieder ausüben und die „pull-Effekte“ inszenierter Gemeinschaften verstärken. Die Überlegungen bestärken die in der bisherigen Auseinandersetzung gewonnene Vermutung, dass die Veränderung des Niveaus des „Sozialkapitals“ nicht als „Verfall“, sondern als „Wandel“ interpretiert werden muss.

3.3.1 Konstituierungsfaktoren von Solidarität in der Moderne

„Sozialkapital“ steht bei Putnam in zwei Relationsverhältnissen: Die zentrale Perspektive erfolgt auf „Sozialkapital“ als unabhängiger Variabler, welche in kollektiver Hinsicht zahlreiche positive Externalitäten erzeugt. Als abhängige Variable ist es für Putnam nur insofern von Interesse, als es zu verfallen scheint. Für seinen Verfall wird maßgeblich ein Generationeneffekt verantwortlich gemacht, dem wiederum – das ist theoretisch kaum ausgearbeitet und wird empirisch nur an den Effekten festgemacht – die gewandelte Mentalität der „Baby Boomer-Generation“ zugrunde liegt.

Uwe Schimank hat in einer Einteilung vier Abstraktionsstufen gesellschaftstheoretischer Analysen unterschieden (1996: 17-25): Auf der untersten Stufe geht es um die soziologische Analyse spezifischer historischer Vorgänge in spezifischen Gesellschaften. Auf einer zweiten Ebene kann man soziologische Theorien bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungsphasen, z.B. „Risikogesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“ etc. ansiedeln. Auf einer dritten Abstraktionsebene operieren soziologische Analysen, die die generelle Merkmale einer oder der großen Entwicklungsstufen menschlicher Gesellschaften konturieren. Schließlich finden sich auf der vierten Stufe die abstraktesten soziologische Gesellschaftstheorien, welche universell verwendbare Konzepte und Modelle für die Analyse jedweder Art gesellschaftlicher Strukturen entwickeln. Putnams Analyse von „Sozialkapital“ als *abhängiger Variabler* bildet, gemessen an diesem Maßstab, ein relativ geringes Abstraktionsniveau aus. Im Unterschied zu den universellen Ansprüchen seiner Überlegun-

gen zu den outputs von Sozialkapital, operiert sie fast ausschließlich auf der ersten Ebene. Wenn etwa, wie in der Italien-Studie (1993), die Leistungsfähigkeit des italienischen Nordens mit der bis ins Mittelalter reichenden Assoziationsstruktur erklärt oder das gegenwärtige niedrige Engagement in den USA in Verbindung mit dem Generationenwechsel gebracht wird, dann betreibt Putnam „historical sociology“ (Abrams 1982; zit. in Schimank 1996: 17). Was von manchen wohlmeinenden Kritikern Putnams als innovative Leistung markiert wird, weil historische Analyse und Politik- und Kulturforschung in gelingender Weise zusammengebracht worden seien (vgl. hierzu die Darstellung in Haug 1997: 32), erweist sich bei näherem Hinsehen als problematisch. Hätte Putnam nämlich den Konstitutionsbedingungen von Sozialkapital in modernen Gesellschaften ein vergleichbares theoretisches Niveau zugrunde gelegt wie seiner Analyse insbesondere der internen Effekte, wären konstitutive Bedingungen für Solidarität in modernen Gesellschaften stärker in den Blick geraten. Der empirische, normative und evaluative Fokus auf den gegenwärtigen Wandel des „Sozialkapitals“ hätte sich darüber erweitern lassen und damit wäre die Entwicklung nicht nur als „Verlust“ lesbar geworden.

Putnams Vorwurf an die europäischen Klassiker der Soziologie im 19. Jahrhundert lautet, dass ihre Modernisierungstheorien in einer übertriebenen „Vereinfachung der Sachverhalte“ (Putnam 2001: 32) durchgängig in „community lost“-Thesen münden würden. Die Hauptangeklagten heißen Ferdinand Tönnies, Emile Durkheim und Georg Simmel. Nachdem aber ihre Sicht auf den Fall der Gemeinschaft nicht zur Sprache gebracht, sondern Putnam – bildlich gesprochen – nur eine kurze Anklageschrift verliest, muss der „Tatvorwurf“ aus anwaltschaftlicher Sicht kurz geprüft werden (zum folgenden vgl. Bickel 1999; Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 9-29; Schimank 1996: 26-79; Nassehi 2001: 208-245).

Gemeinsam ist den Genannten ein bestimmtes Verständnis von „Gemeinschaft“: Sie stellt eine besondere Form der Solidarität als „Inbegriff gefühlhaltiger Bindekräfte“ (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 9) dar. Diese gefühlsmäßig empfundenen Bindungen, ob nun in Primärgruppen oder größeren Kollektiven, basieren auf der Ähnlichkeit der Orientierungsmuster der Gemeinschaftsmitglieder. Es ist eine lebensweltliche, als „organisch“ (bei Tönnies) oder „mechanisch“ (bei Durkheim) bezeichnete, gleichsam naturwüchsige „Solidarität unter Freunden“, welche der individuellen Existenz wie auch dem großen Ganzen Halt und Orientierung vermittelt. Sowohl Tönnies als auch Durkheim ordnen diese Verbindungsform als vorherrschenden Solidaritätstypus der vormodernen Gesellschaft zu. Der Erstgenannte sieht in der Tat eine

Verdrängung der „Gemeinschaft“ durch die moderne „Gesellschaft“; eine Destruktion der organischen Gemeinschaft der Brüder und Schwestern durch die mechanischen Kalküle der Kaufmänner (vgl. Nassehi 2001: 222). Tönnies Beobachtungen, das scheint in der vorangegangenen Formulierung auf, haben eine ausgesprochen sozialetische Prägung. Er bedauert den seiner Ansicht nach nicht mehr umkehrbaren Fortgang von der „Kultur des Volkstums“ zur „Zivilisation des Staatsstums“ (Tönnies zit. in Hillmann 1994), von der – in seiner Begriffsfassung – „organischen“ zur „mechanischen“ Gesellschaft. Insofern schätzt Putnam zumindest Tönnies richtig ein.

Anders aber verhält es sich mit Durkheim. Durkheim modelliert moderne Gesellschaft in Abgrenzung zu der ihr vorangegangenen „segmentär“ differenzierten, aus gleichartigen Segmenten von Familien, Clans oder Stämmen bestehenden Gesellschaft als eine „höhere“, sich durch ein weitaus komplexeres Differenzierungsniveau auszeichnende Gesellschaftsformation. Was die „segmentäre“ von der modernen Gesellschaft unterscheidet, ist das Ausmaß an gesellschaftlicher Arbeitsteilung (vgl. Schimank 1996: 32). Der Differenzierungsvorgang als maßgebliches Kennzeichen der Moderne wird hier also im Anschluss an Adam Smith – und im Unterschied etwa zu Max Webers Konzeption der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher „Wertsphären“ – auf der Rollenebene verortet. Wie den „einfacheren“ Gesellschaften mit Durkheim ein eigener Modus der Solidarität zugeordnet werden kann, nämlich eine „mechanische Solidarität“ als Niederschlag jenes vollständig kollektiven Bewusstseins, das den Reziprozitätsbeziehungen vorindividueller Mitglieder entspringt, so bringt die moderne Gesellschaft einen eigenen Typus der Solidarität hervor: die von Durkheim so genannte „organische Solidarität“. Wie kann aber eigentlich überhaupt noch Solidarität herrschen, wenn Spezialisierung die Einheit des gesellschaftlichen Organismus zerbricht und plurale „Bewußtseine“, womöglich dahin treibenden Strandgütern gleich, vom Ende einer gemeinsamen Reise künden?

Die Pointe in der Durkheimschen Differenzierungstheorie ist, dass die Arbeitsteilung nicht notwendigerweise zur Dissoziation führt, zumal in dieser Spezialisierung selbst die Lösung des Problems liegt: Der Zusammenhalt der Alten war Schicksal, die Übereinkunft der Künftigen entsteht aufgrund von Interessensinterdependenzen und wechselseitigen Rücksichtnahmen aufgrund der Abhängigkeiten der spezialisierten Akteure. „Wer auf die Leistungen anderer angewiesen ist, muss auch in gewissem Maße an deren Wohlergehen interessiert sein und sich selbst entsprechende Rücksichten auferlegen“ (Schimank 1994: 35f.). Auch wenn Durkheim dem von den Differenzierungsprozessen mit im Angebot geführten Modus der „sozialen Verkittung“ beileibe nicht gänzlich

vertraut und deswegen auf zusätzliche Integrationspotentiale, den Staat, intermediäre Organisationen und eine sich entwickelnde Kooperationsmoral setzt (vgl. Schimank 1994: 37-38) – entscheidend ist hier die zentrale Idee, dass die aus der „Gemeinschaft“ freigesetzten Individuen zurückkehren in Kooperationsbeziehungen und zu einer Verbundenheit, die trotz und gerade wegen Differenzen entstehen. Durkheims Konzeption ist wohl optimistisch, aber sie kann nicht die Fragilität des neuen gesellschaftlichen Zusammenhalts eskamotieren. Und es spiegeln sich in ihr die unaufhebbaren Ambivalenzen der Moderne: Einerseits resultiert aus der arbeitsteiligen Kooperation eine Produktivität und ein Fortschritt, der das bis dahin mögliche gesellschaftliche Leistungsvermögen weit in den Schatten stellt; andererseits ist die Gefahr anomischer Verhältnisse in den Strukturbedingungen eingelassen; einerseits werden die Individuen in die Freiheit entlassen, andererseits drohen ihnen dort Vereinsamung und Sinnverlust.

Wenn hier Durkheim rehabilitiert werden soll, dann aus zwei Gründen: Es soll erstens der Übermut des sich empirisch aufgeklärt wahnenden Politologen Putnam gegenüber soziologischer Theoriebildung argumentationspsychologisch gedämpft werden. Zweitens, und das ist das Entscheidende, gibt Durkheims Theorie einen zunächst kontraintuitiv anmutenden Hinweis auf Solidaritätsbedingungen, die außerhalb des Kosmos von „Gemeinschaft“ liegen. Dieser Hinweis indessen muss für weitere Analysezwecke noch fruchtbar gemacht werden.

Hondrich/Koch-Arzberger (1992: 9-29) halten es in diesem Sinne für notwendig, den Durkheimschen Solidaritätsbegriff von seiner evolutionstheoretischen Intention zu lösen. Darüber hinaus müssten die Solidaritätsgrundlagen – Gleichheit in der „mechanischen Solidarität“, arbeitsteilige Abhängigkeit in der „organischen Solidarität“ andererseits – weiter ausdifferenziert werden (1992: 17).

In Bezug auf das Erstgenannte machen sie geltend, dass es eine auf Gleichheit basierende Solidarität nicht nur früher gab und damit in der Gegenwart überwunden sei, sondern sich „[...] in modernen von Individualismus und Arbeitsteilung geprägten Gesellschaften ständig neu her [stellt; Erg. der Verf.], sei es die Solidarität von Arbeitern gegenüber dem Unternehmer, sei es die von Leuten, die am selben Ort wohnen, im Falle der Not, sei es die Gleichheit der Unterdrückten“ (ebd.).

Diese Form der Solidarität wird allerdings falsch verstanden, wenn man sie im Sinne der alten Gemeinschaften als „gefühlhaltige Bindekraft“ interpretiert. „Solidarität unter Gleichen“ heißt in modernen Gesellschaften vielmehr eine „wechselseitige Verbundenheit trotz Differenzen, trotz Ungleichheit (und setzt insofern soziale Differenzierung voraus)“ (ebd.: 13). Es ist dies ein neuer Bindungstypus, der im 19.

Jahrhundert erst als Antwort auf Fragen sozialer Integration und Ungleichheit entstanden ist; aus der Not der Freisetzungsschübe geboren, zu einer sozialen Ordnungsvorstellung von der Arbeiterbewegung erkorren und schließlich als universaler Bindungstyp neben die marktförmig induzierte Gegenseitigkeit und die gefühlsbasierte, schicksalshafte Liebesgemeinschaft tretend.²⁹ Der Eindruck, Gemeinschaft gehe in modernen Gesellschaften immer mehr verloren, sei nach Hondrich/Koch-Arzberger eine „sozio-optische Täuschung“ (ebd.: 11), weil jener neue Bindungstypus nicht in den Blick gerät. So entstehe das Paradox, dass „[...] die Konstitution von Solidarität vom Eindruck schwindender Solidarität begleitet (ist).“ (ebd.)

„Gleichheit“ und „Arbeitsteilung“ als jene solidaritätsstiftenden Faktoren, die Durkheim ausmachte, können indessen noch weiter ausdifferenziert und ergänzt werden. Hondrich/Koch-Arzberger (1994) stellen insgesamt sieben Konstitutionsbedingungen von Solidarität heraus (ebd.: 18-20):

Naturwüchsige Ähnlichkeit: Naturhafte Ähnlichkeiten (etwa: Hautfarbe, Gestalt) sind von sich aus noch nicht solidaritätsstiftend. Sie können aber höchst bedeutungsvoll sozial interpretiert und zur Basis von Konflikten bzw. der Solidarität werden.

Gemeinsam geteilte Überzeugungen bzw. Werthaltungen: Im Sinne Durkheims können das tief verwurzelte, unbefragt und autoritativ wirkende Überzeugungen religiöser Art oder verwandtschaftlicher Zusammengehörigkeit sein. Es kann sich dabei allerdings auch um „moderne“, universalistische und sozialphilosophisch hoch reflektierte Werthaltungen, etwa um die Menschenrechte, die Gleichheit von Mann und Frau oder die Legitimation politischer Herrschaft durch freie Wahlen handeln.

Arbeitsteilige Abhängigkeit: Sie begründet zwar einerseits Ungleichheit, auf einer höheren Abstraktionsstufe jedoch auch Gleichheit

29 „Von *Marktbeziehungen* unterscheidet sich Solidarität dadurch, dass eine persönliche, materielle oder symbolische Unterstützung zwar mit einer Erwidmung rechnet, also die Idee der Gegenseitigkeit enthält, aber nicht als eine genau ausgehandelte, berechnete, vertraglich gesicherte Gegenleistung[...]. Wie *Liebe* beruht auch Solidarität auf einem Gefühl der Gemeinschaftlichkeit. Aber anders als Liebe ist die Gefühlsgemeinschaft der Solidarität situativ und ihrem Inhalt nach eingeschränkt. Sie kann mehr Menschen umfassen, als es die Liebe kann, aber sie kann den Menschen nicht ganz umfassen wie die Liebe. Der entscheidende Unterschied ist der, dass Solidarität auf Intention zurückgeht, dass sie eine beabsichtigte, auf allgemeine Werte sich berufende oder bestimmte Interessen kalkulierende, kurz eine freie Art der sozialen Bindung ist, während Liebe in der modernen Gesellschaft der letzte Hort schicksalhafter Verbundenheit ist.“ (Hondrich/Koch-Arzberger 1994: 14–15)

von Interessen und Zielsetzungen im selben Zuge. Interessenübereinstimmung als solidaritätsbegründender Faktor unterscheidet sich von der Wertübereinstimmung, weil sie sozialstrukturell und nicht werthaft begründet ist.

Interaktionshäufigkeit, soziale Nähe: Solidarität kann in dem Vertrauen begründet werden, das sich aus der häufigeren Begegnung von Nachbarn etc. ergibt. Interaktionshäufigkeit bestärkt im günstigen Fall die Vertrautheit.

Gerechtigkeit: Das Engagement für und die Verbundenheit in Bezug auf eine gemeinsame Sache hängt davon ab, ob die Beteiligten den Eindruck haben, dass ihre Beiträge in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn es z.B. „free-riding“ gibt, wird Solidarität untergraben.

Spontaneität und Organisation: Der Anstoß zu Solidarität wird durch Vorleistungen, symbolische Taten und gute Beispiele gegeben. Bewegungsunternehmer können die fatale Logik kollektiven Handelns durch eine Organisation der Engagementbereitschaft überwinden. Durch Organisation kann Solidarität dauerhaft eingefordert und weitergeleitet werden, allerdings wieder mit dem paradoxen Effekt, dass die Wahrscheinlichkeit des „free-riding“ wächst, hierauf mit Zwangsmaßnahmen reagiert und darüber wieder der spontane Charakter frei gewählter Sozialbindungen untergraben wird. Durch interne Untergliederung großer Organisationen oder durch regionale oder sachliche Beschränkung der Reichweite der Solidarität kann dem wiederum begegnet werden.

Gemeinsame Gegner und Bedrohung von außen: Solidarität stellt sich ein, wenn sich ein äußerer Gegner, in Menschen- oder Sachgestalt, zeigt bzw. sozial konstruiert wird.

Wenn diese solidaritätsbegründenden Faktoren gewiss auch keine vollständige Darstellung darstellen – Schimank stellt z.B. aus handlungstheoretischer Sicht die übergeordneten „reflexiven Interessen“ der Kooperationsakteure an basaler Erwartungssicherheit (1994: 38) als einen Determinationsfaktor für die Kooperationsmoral heraus – so erhält man gewissermaßen eine „check-Liste“ für die Analyse sich verändernder Solidaritätsfaktoren im sozialen Wandel.

Putnam begründet die kohäsiven und nutzbringenden Faktoren des „Sozialkapitals“ schwerpunktmäßig auf das in „sozialer Nähe“ und in face-to-face-Kontakten entstehende Vertrauensklima. Die gemeinsame Gegnerschaft in den Kriegs- und Nachkriegszeiten der Vereinigten Staaten wird von ihm zwar als solidaritätsbegründender Faktor gesehen – dass bei ihrem Wegfall eine Destabilisierung erfolgt, wenn nicht gleich-

zeitig andere Faktoren einen Bedeutungszuwachs erfahren, liegt zwar in der Natur der Sache, jedoch außerhalb des Analysehorizonts Putnams. Außerhalb der Analyse (wenn auch nicht außerhalb der „Therapie“) liegen auch die Dynamiken, denen (Freiwilligen-)Organisationen in modernen Gesellschaften ausgesetzt sind und die die Begründung neuer Formen von Solidarität begünstigen bzw. notwendig machen. Unproblematisiert bleibt die Entwicklung neuer, hoch partikularer Gemeinschaften, die sich in der politisierten „ethnischen Konkurrenz um das Gleiche“ (Neckel 1997) herausbilden.³⁰ Gar nicht in Betracht kommt die Möglichkeit einer erweiterten Form der Solidarität als „Solidarität unter Fremden“ (Brunkhorst 1997), wie sie durch die arbeitsteilige Organisationsform moderner Gesellschaft grundgelegt wird.

Hondrich/Koch-Arzberger (1994) halten vor dem Hintergrund ihrer Überlegungen

„die Ansicht, Solidarität und Solidaritätspotentiale seien in modernen Gesellschaften im Schwinden begriffen, [...] nicht nur [für, Erg. der Verf.] fragwürdig, sondern in doppelter Hinsicht für falsch: zum einen entsteht Solidarität erst im Zuge der Ausdifferenzierung verschiedener Arten von sozialen Beziehungen, ist also ein Produkt der Moderne; zum anderen ist dieser Prozess schwerlich als Zu- oder Abnahme von Solidarität oder sozialen Bindekräften schlechthin zu begreifen, sondern als deren innere Verwandlung [...]. Was tatsächlich abgenommen hat, ist durch physische Gewalt, ökonomische Zwänge gewährleistete Stärke sozialer Beziehungen; zugenommen hat deren Freiheitsgrad.“ (dies.: 21).

Mit diesen Hinweisen auf die Enttraditionalisierung von „gemeinschaftlicher Verbundenheit“ und der Entstehung von „Solidarität“ als neuem Verbindungstypus und dessen Konstitutionsbedingungen ist ein Mehrfaches für den Fortgang der Diskussion geleistet:

„Solidarität“ ist ein Produkt moderner Gesellschaften: Interessensbasierte Zusammenschlüsse etwa „verdrängen“ in dieser Sichtweise nicht alte Sozialformen, sondern stellen „Vergemeinschaftungs“- bzw. Kooperationsformen neuer und eigener Art dar. Diese Sicht überwindet die bivalente Struktur der Verfallsrhetorik, in der nur zwischen pathoshaltiger „Gemeinschaft“ und egozentrierter Singularisierung unterschieden wird.

Mit einer differenzierteren Sicht auf Konstitutionsbedingungen von Solidarität lassen sich Sozialformen auf ihre Bindekräfte hin genauer befragen bzw. Wandlungsprozesse identifizieren.

30 Zur Frage gesellschaftlicher Integrationsmöglichkeiten vor dem Hintergrund ethnisch-kultureller Konflikte vgl. nur Heitmeyer (1997).

Mit der Herauslösung der sozialen Verbindungen aus dem Kosmos der Fraglosigkeit und ihrer größeren Überantwortung in das Reich der Freiheit und Wählbarkeit stößt man auf die Rolle des Individuums und des „Individualismus“ als Triebfeder von Solidarität. Überlegungen hierzu werden im folgenden Kapitel angestellt.

3.3.2 „Solidarische Individualisten“ als Kleinaktionäre des „Sozialkapitals“

„[Es] ist doch fast jedem sein Ich der Mittelpunkt des Lebens geworden; daher der Eigennutz, die Selbstsucht, [...] die ja wahrlich auch nur herrschen kann, wo das Bewusstsein einer höheren und deswegen freien Abhängigkeit in der Gemeinschaft, wo die Freude und gegenseitige Hilfsleistung und Handreichung im Geistigen wie im Leiblichen, selbst als Ahnung, verschwunden ist [...]“.³¹

Es wäre schon einen Versuch wert, politisch aufmerksame Zeitgenossen vor die Aufgabe zu stellen, das Geburtsjahr dieses Textausschnitts zu enträtseln. Die moralisierende und religiöse Diktion würde wohl die richtige Zuordnung zum 19. Jahrhundert ermöglichen. Dem Inhalt nach könnte man den Text indessen aber auch einem weit jüngeren Datum zuordnen – gewiss ohne große Abstriche auch der Putnamschen Verlustthese.

Die These von der Geißel der „Vereinzelungssucht“ (Wichern: ebd.) infolge des scheinbaren Verlustes überkommener Bindungen bildet den basso continuo der Selbstreflexionstätigkeit moderner Gesellschaft. Diesen chronischen Beunruhigungsherd in der Moderne: das von der Gemeinschaft getrennte, entpflichtete Individuum, hat Georg Simmel entgegen den Intuitionen des öffentlichen Ressentiments und im Anschluss an Durkheim nicht als gefährdendes und nicht nur als gefährdetes Element der Sozialverhältnisse ausgemacht, sondern vielmehr als archimedischen Punkt der modernen Sozialintegration bestimmt (zum Folgenden vgl. Schimank 1994: 44-53; Nassehi 2001: 224-227).

Die Begründung dafür gestaltet sich wie folgt: Eine zunehmende Rollendifferenzierung hat dazu geführt, dass die Anzahl und Verschiedenartigkeit unterschiedlicher Rollen immer größer geworden ist. Jede dieser Rollen ist auf einen bestimmten „sozialen Kreis“, eine soziale

31 Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einer Rede, die der junge Johann Hinrich Wichern, der spätere Begründer des Diakonischen Werks in Deutschland, im Jahr 1833 vor der Hamburger Bürgerschaft gehalten hatte. Die Zuhörerschaft sollte dabei für die Mitfinanzierung seiner ersten jugendfürsorgerischen Einrichtung, das „Rauhe Haus“ in Hamburg, gewonnen werden.

Gruppe, hingeordnet. Je größer der soziale Verkehrsradius ist, desto unwahrscheinlicher wird es, dass noch weitere Personen die gleiche Rollen- bzw. Gruppenzugehörigkeitskombination aufweisen. Aus dieser je spezifischen Schnittmenge ergibt sich die Einzigartigkeit der Person. Gleichzeitig geht damit eine Selbstbestimmung der Person einher, denn erstens sinkt über die Zugehörigkeit zu mannigfaltigen sozialen Kreisen die soziale Kontrolle³² und zweitens ergibt sich aufgrund abnehmender sozialer Vorgaben für bestimmte Rollenkombinationen eine größere Wahlfreiheit für spezifische Kombinationsmöglichkeiten. In dieser Anschauung stellt sich „the complexity of roles as a seedbed of individual autonomy [...]“ dar (Coser 1975 zit. in Schimank 1994: 49).

Mit Blick auf die „community-lost“-These scheint es angebracht darauf hinzuweisen, dass sich mit der Einbindung in eine Vielzahl „sozialer Kreise“ vielleicht die Einbindungsintensitäten der jeweiligen Kreise verändern, gleichzeitig aber auch mannigfaltigere Integrationsbezüge entstehen. Gemeinschaften und Gemeinschaftszugehörigkeiten werden demnach auch in dieser Konzeption nicht unterschlagen, sondern als konzeptionelles Gegenstück zur Individualisierung immer mitgedacht. Das Individuum kann seine „sozialen Kreise“ in Gänze nicht abwählen, sondern seine Bezüge je neu gestalten. Anders formuliert: Aus dem geschlossenen Kosmos einer umfangenden Gemeinschaft, wird das Individuum in den luftigeren Raum des Universums als einem Multi-Kosmos verbannt. Dort kann es in größerer Freiheit *von* den je Anderen sein, *von* dort kann und muss es aber auch sich neu in Bezug *zu* den je Anderen setzen.

Wie bei Simmel wird in Ulrich Becks soziologischer Gegenwartsdiagnose der „Risikogesellschaft“ (1986; zum folgenden vgl. Beck 1986: 121-219) „Individualisierung“ als Ergebnis des säkularen Prozesses der Moderne gefasst. Modernisierung führt nach dieser Konzeption nicht nur zur Herausbildung einer zentralisierten Staatsgewalt, zu Kapitalkonzentration und zu Arbeitsteilungen und Marktbeziehungen³³, sondern

32 Eine Verminderung sozialer Kontrolle durch die Zugehörigkeit zu mehreren „Sozialen Kreisen“ ist eine These, die in glattem Widerspruch zur Auffassung Putnams steht, die bürgergesellschaftliche Qualität des „bridging capital“ erkläre sich aus einer höheren Kontrolle der Gesellschaftsmitglieder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu mehreren sozialen Netzwerken. Im Sinne Simmels könnte man den Spieß umdrehen und sagen, dass der freiheitsverbürgende Charakter des „bridging capital“ in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht positive Wirkungen erzeugt.

33 Ohne dass dies im Einzelnen hier darstellbar wäre, knüpft Beck an differenzierungstheoretische Überlegungen an, die sich auf die funktionale Differenzierung der Makroebene beziehen, insbes. Max Webers Theorie der Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Zur differenzierungs-

„zu einer dreifachen ‚Individualisierung‘: *Herauslösung* aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge (‚Freisetzungsdimension‘), *Verlust von traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen (‚Entzauberungsdimension‘) und – womit die Bedeutung des Begriffes gleichsam in ihr Gegenteil verkehrt wird – eine *neue Art der sozialen Einbindung* (‚Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension‘)“ (ebd.: 206). Dieser Prozess erlebt nach Beck in den 1950er und -60er Jahren eine Beschleunigung: Die Gesellschaftsmitglieder werden mehr und mehr aus den Sozialformen der Industriegesellschaft herausgelöst, Klassen, Familien, Geschlechterrollen, Zugehörigkeiten mannigfaltiger sozialer Natur werden aufgelöst. Die Konturen der traditionellen Lebensformen und Sozialmilieus vergilben, die Individuen werden auf sich zurückgeworfen und werden zum kleinsten Planungsbüro des Sozialen. Dieser „Freisetzungsprozess“ ist maßgeblich veranlasst durch den industriellen Aufschwung in der Nachkriegszeit, der eine Steigerung der Einkommen, der Bildung, der Mobilität und des Massenkonsums bewirkte und einen sozialstrukturellen „‚Fahrstuhl-Effekt‘ nach oben: die Klassengesellschaft wird insgesamt eine Etage höher gefahren“ (ebd.: 122) im Gefolge hatte.

Die Individuen sehen sich verstärkt einer janusköpfigen Welt der „riskanten Freiheiten“ (vgl. Beck/Beck-Gernsheim 1994) gegenüber, die geprägt ist von der Möglichkeit und dem Zwang gleichermaßen, sich in einer „Bastelexistenz“ (Hitzler 1994) zu beheimaten. Einer größer werdenden Zahl an Optionen, steht der Zwang gegenüber, sich für eine oder mehrere dieser Möglichkeiten entscheiden zu müssen. Der Freiheit *von* vorgegebenen Formen der Sozialexistenz kontrastiert mit der Verpflichtung *zur* Gestaltung dieser Freiheit. Fast alles fällt unter eine Neuerfindungsmöglichkeit und Selbsterstellungszwang. In der Folge wird auch die Normalbiografie zur Wahlbiografie, zur „Bastelbiografie“ (Hitzler 1988 zit. in Beck 1993: 152). Individualismus wird zur kulturellen Leitorientierung und die Verhältnisse gebieten, sich „gefälligst als Individuum zu konstituieren“ (Beck 1993: 153).

„Ob Individualisierung als ‚institutionalisierte Verhaltenserwartung‘ oder ‚biografische Selbstausslegung‘, als ‚symbolische Selbstzuordnung‘ oder ‚intersubjektiver Selbstanspruch‘ akzentuiert wird, in allen Fällen werden den Individuen kognitive, soziale und affektive Kompetenzen abverlangt, die [...] zum Auf- und Ausbau reflexiver Selbstverhältnisse geradezu nötigen.“ (Berking 1996: 246).

theoretischen Sättigung der Beckschen Konzeption vgl. nur Schimank/Volkman (1999: 44-45).

Diese Selbstbezogenheit der kognitiven, normativen und evaluativen Orientierung des Individuums muss, so könnte man mutmaßen, in zunehmend strategisch geformte, an der Steigerung der Selbstverwirklichung interessierte Handlungsformen münden. Und damit wäre man bei jener „Verfallstheorie“ angelangt, die den Eingang zu diesem Kapitel bildete. Indessen zehrt diese „Ego-Zentrierung“³⁴ die moralischen Grundlagen von Solidarität nicht auf, sondern verändert sie: Die Integrationsdimension der Individualisierung verweist auf eine neue Form und Qualität der Einbindung von Individuen in die Gesellschaft. Denn „Individualisierung ist ein Zwang [...] zur Herstellung nicht nur der eigenen Biographie, auch ihrer Einbindungen und Netzwerke, und dies im Wechsel der Präferenzen der Entscheidungen und Lebensphasen, allerdings: unter sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben [...]“ (Beck 1993: 152).

Die „sozialen Lebenskreise“ sind – wie schon bei Simmel gesehen – nicht abwählbar, sondern wählbarer geworden. Die (Verpflichtungs-) Arbeit an der Selbst-Verwirklichung führt nicht zur Entpflichtung von Werten, sondern zu einer je spezifischen, selbstreflexiven Herstellung von Beziehungen zwischen moralischen Geboten und den biografischen Erfordernissen. „Ich tue etwas für andere und dabei etwas für mich“ und „wir tun eine gewisse Zeit lang etwas füreinander“ – mit dieser Motivik ließe sich ein unpathetischer, aus traditionellen Sozialmilieus entpflichteter, von Zwangsbindungen befreiter, auf den jeweiligen Akteur zurückweisender Sozialengagementtypus beschreiben, der in paradox erscheinenden Begriffskonstruktionen wie „solidarischer Individualismus“ (Berking 1996) „kommunitärer Individualismus“ (Keupp 1995), „altruistischer Individualismus“ (Beck 1997) seinen Niederschlag findet.

In empirischer Gestalt findet man ihn unter anderem in einem sachlich und zeitlich begrenzten, biografieabhängigen und selbstbezogenen Form des „civic engagement“.

Gisela Jakob (1993) hat in einer biografieanalytischen Studie von ehrenamtlich Engagierten den Strukturwandel des Ehrenamts vom „Dienst- zum Selbstbezug“ nachgezeichnet.³⁵ Die gesellschaftsweite Konstellation der Biografisierung der Lebensführung, so hat sie festgestellt, bildet sich auch im Ehrenamt ab:

34 Eine Formulierung, mit der ich die sozialstrukturell bedingten, ego-logischen Bezüge des Individuums bewusst von „Egoismus“ absetzen will.

35 Dieser Strukturwandel wird gegenwärtig in Deutschland in einer zwischenzeitlich unübersehbaren Vielzahl von Veröffentlichungen thematisiert. Vgl. stellvertretend nur Heinze/Olk (2001), Behr/Liebig/Rauschenbach (2000).

- Voraussetzung für ein Engagement scheint zunehmend eine „biografische Passung“ (Jakob 1993: 281) zu sein: „Die ehrenamtlichen Aktivitäten müssen für die Realisierung eigener biographischer Themen in der jeweiligen Lebensphase in Anspruch genommen werden können. Sinnhaftes ehrenamtliches Handeln wird erst dann möglich, wenn das Engagement mit eigenen biografischen Handlungsentwürfen und Planungen verbunden werden kann.“ (ebd.)
- Brüche und Wendepunkte in den Biografien haben Diskontinuitäten des Engagements zur Folge. Denn wenn eine Verschiebung der Relevanzsetzungen erfolgt, steht auch das ehrenamtliche Engagement zur Disposition (ebd.).
- Ehrenamtliches Engagement ist nicht mehr nur Fremdhilfe, die auf die Bearbeitung sozialer Probleme und auf die Unterstützung Hilfebedürftiger gerichtet ist, sondern das Engagement enthält unübersehbar Aspekte einer Selbst-Hilfe (ebd.: 282–283).

Auch wenn nach der Untersuchung Jakobs Varianten eines gemeinschaftsbezogenen, stärker von Dienst- und Pflichterfüllungsmotiven bestimmten Engagements nach wie vor anzutreffen sind – angesichts der kulturellen und sozialen Entwicklung im Modernisierungsprozess wird man mit zunehmend selbstbezogenen Typen sozialen Engagements rechnen müssen (ebd.: 284). Dass diese veränderten Engagementmuster vor dem Hintergrund von Individualisierungsprozessen keine singulären Erscheinungen in Deutschland darstellen, davon zeugen eine ganze Reihe der bereits referierten Befunde aus den USA: Die Zunahme des one-on-one-volunteerings, die „small group“-Bewegung, Ein-Themen-Organisationen und der Rückgang der Konstanz im Engagement.³⁶ Putnam allerdings scannt diese Phänomene nur in Bezug auf ihre Oberflächenstruktur ein und speichert sie unter „funktional unbrauchbar“ und – weniger offen – unter „moralisch verdächtig“ ab.

Aus der Perspektive der Individualisierungsthese verwirklicht das moderne Individuum als „Existenz-Bastler“ (vgl. Hitzler 1999: 241) mit der Inszenierung neuer Gemeinschaften neue sozialkapitalbildende Verbindungen. Mit der Begründung von „kleinen Lebenswelten“ (Berger/Luckmann 1998: 71) entstehen je vorläufige Sozial-Herbergen und Kristallisierungsorte der Identitätsbildung, in denen sich Gemeinschaft

36 Vgl. für entsprechende Befunde eines „organisierten Individualismus“ in Schweden Bo Rothstein (2001); für eine individualistischere Prägung des Engagements in Großbritannien Peter Hall (2001); für die Entwicklung mobilerer Mitgliedschaftsmuster in Australien Eva Cox (2001); für den Rückgang traditioneller Vereinigungsformen in Frankreich Jean-Pierre Worms (2001):

erfahren und Selbstsuche wie Sinngebungszwang gleichermaßen kommunikativ be- wie abarbeiten lassen. Die positiven Effekte von sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Selbsthilfegruppen auf die Gruppenmitglieder sind inzwischen vielfach belegt³⁷ und werden – wie gezeigt wurde – von Putnam auch nicht bestritten. Diese positiven Effekte indes resultieren maßgeblich aus den dichten Reziprozitäts- und Vertrauensverhältnissen, die zunächst sich Fremde auf der Basis gemeinsamer Betroffenheit oder gemeinsamen Interesses freiwillig herstellen. Durch die kleinräumigen, überschaubaren Interaktionsgefüge wird das „free-riding“-Problem unterlaufen und es entsteht ein sanfter Zwang zur Verantwortungsübernahme für sich selbst und für „Signifikante-Andere-auf-Zeit“. Im Unterschied zu traditionellen Vergemeinschaftungsformen nehmen diese Gruppen das Individuum nicht in toto in Beschlag, in zeitlicher Hinsicht nicht „von-der-Wiege-bis-zur-Bahre“, sondern über Teilstrecken der Biografie. In sozialer Hinsicht bilden sie – im gelingenden Fall – offene, durch eine solidarische Gestaltung erst ermöglichte Mikrokosmen gesellschaftlicher Teilhabe an unterschiedlichen sozialen Lebenskreisen. Die „solidarischen Individualisten“ sind in diesem Sinne gleichsam Kleinaktionäre unterschiedlicher Formen des „Sozialkapitals“ und seltener dauermobilisierte Patrioten oder interesselose „free agents“.

Die konzeptionelle Frage Putnams, wie es eigentlich zu jenen „spillover-Effekten“ von den Eigenarten sozialer Mikrokosmen hin zur Beflügelung der Demokratie kommt, kann hier nicht mit einer eigenen Konzeption abschließend beantwortet werden. Ulrich Becks Überlegungen zur „Subpolitik“ und Dieter Ruchts Einschätzung der demokratiefördernden Wirkung neuer intermediärer Akteure können allerdings hier hilfreiche Hinweise geben.

In krassem Gegensatz zu Putnam hält Ulrich Beck die Ausdrucksformen der Individualisierung für alles andere als privat. Individualisierung werde vielmehr „in einem bestimmten, neuen Sinne politisch“ (1993: 154). Man kann vor dem Hintergrund von Individualisierung vielleicht eine Institutionalisierung der Fragwürdigkeit dafür verantwortlich machen, die Distanzen erzeugt: zu angestammten Weltdeutungen und Religionen³⁸, zu überkommenen Lebensgewohnheiten und althergebrachten Institutionen. Die Bürger hinterlassen in der Folge eine Aktionsleere in den alten Institutionen, auf der anderen Seite entwickelt sich eine institutionenlose Renaissance des Politischen: „Die Individuen keh-

37 Vgl. hierzu für Deutschland: Braun (1996a/1996b); Balke (1999); Engelhardt/Simeth/Stark (1995); für die Vereinigten Staaten: Wuthnow (1996).

38 Vgl. hierzu Wuthnows Deutung der Veränderung der religiösen Orientierung; Kap. 3.1)

ren in die Gesellschaft zurück.“ (ebd.: 155). Allerdings, so Beck, dürfe man sie eben nicht in „den dafür ausgeschriebenen Arenen“ (ebd.) erwarten. Innerhalb der angestammten Institutionen erscheinen sie als „neue Ehrenamtliche“, außerhalb eingewurzelter Institutionen und unterhalb der traditionellen politischen Foren als aktive, aber schwieriger, unberechenbarer gewordene Bürger. Individualisierung findet seine Entsprechung in der „Subpolitik“, man müsse sich nur lösen von traditionellen Wahrnehmungsschemata:

„Wenn [im Parlament, den politischen Parteien, Gewerkschaften usw. Erg. der Verf.] die Uhren der Politik stillstehen, dann scheint es, als habe das Politische insgesamt zu ticken aufgehört. Dabei wird zweierlei übersehen: erstens, dass die Unbeweglichkeit des staatlichen Apparates und seiner Nebenagenturen durchaus einhergehen kann mit einer Beweglichkeit der vielen Akteure auf allen möglichen Ebenen der Gesellschaft – also das Versanden der Politik mit einer Aktivierung der Subpolitik. Wer auf die Politik von oben starrt und wartet, übersieht die Selbstorganisation des Politischen, die – zumindest der Möglichkeit nach – viele, alle Felder der Gesellschaft ‚subpolitisch‘ in Bewegung versetzen kann.“ (Beck 1993: 155f.).

Von einer leidenschaftlichen Staatsdienerschaft als Triebfeder des „civic engagements“, wie Putnam sich das möglicherweise erseht, ist der „solidarische Individualist“ freilich weit entfernt. Aber zeichnet nicht Demokratie gerade dies aus, so müsste man Putnam fragen: ein buntes, lebendiges Chaos vielfältiger Initiativen, die nicht dem Staat nach dem Mund reden, sondern von ihm unabhängig sind oder ihm ins Wort fallen? Ralf Dahrendorf sieht jedenfalls genau in diesen Eigenschaften eine „Bürgergesellschaft“ verwirklicht: In der Vielfalt ihrer Elemente, einer Fülle von Organisationen und Institutionen, in denen Menschen Dimensionen ihrer Lebensinteressen realisieren können; in der Autonomie der vielen Organisationen und Institutionen; und in Eigenschaften des menschlichen Verhaltens: Höflichkeit, Toleranz, Bürgersinn (vgl. Dahrendorf: 1992: 70). Mithin sei es „[...] ein subalternes Missverständnis, Bürgerinitiativen als Kampfgruppen gegen demokratische Regierungen zu sehen. Freiheit heißt auch, dass der Staat breite Bereiche des Lebens der Menschen allein lässt, so dass diese sich weder für noch gegen dessen Institutionen entfalten müssen, um am Ende gemeinsam mit diesen und mit der Marktwirtschaft Lebenschancen zu befördern.“ (ebd: 71)

Gewiss: In unübersichtlicheren gesellschaftlichen Verhältnissen steigen die Koordinationskosten, um Konsense und Kompromisse auszuhandeln. Aber fiel denn eine Bilanzierung der „demokratischen Qualität“ einer Nation oder einer Region günstiger aus, wenn sie nur von folgsamkeitsbereiten Bürgern bevölkert werden?

Dem deutschen Soziologen Dieter Rucht folgend, könnte man Putnam entgegenhalten, dass die hierzulande unter den „Neuen Sozialen Bewegungen“ subsumierten Assoziationen „geradezu ein Lebenselixier einer partizipatorischen, ‚starken‘ oder ‚assoziativen‘ Demokratie“ (ebd.: 330) bilden. Er hat fünf maßgebliche Funktionen Sozialer Bewegungen ausgemacht (vgl. Rucht 2001: 321-330):

- Sie sind „Problemindikatoren“, weil sie auf ungelöste Probleme der Vertretung und Durchsetzung von Interessen hinweisen. Sie seien damit „[...] ein instruktives Informations- und Warnsystem für die etablierte Politik.“ (ebd.: 327).
- Sie nehmen eine anwaltschaftliche Interessenvertretung für benachteiligte soziale Gruppen wahr. Die traditionelle Pluralismustheorie übersah, dass bestimmte Gruppen nicht in konkurrenzfähigem Umfang organisationsfähig und artikulationsfähig sind und im Rahmen der Parteien- und Verbändedemokratie nicht alle Interessen ihren angemessenen Niederschlag finden. Oft seien es soziale Bewegungen, die solche Interessen aufgreifen und für die Anerkennung ihrer Legitimität kämpfen.
- Sie stellen eine „countervailing power“ dar, eine kritische Gegenmacht gegenüber gesellschaftlichen und politischen Kräften, die Interessen- und Machtkartelle zur Legitimation von Entscheidungen zwingen.
- Sie bieten selbst Innovationen und kreative Lösungen für Probleme in modernen Gesellschaften an, auch wenn sie bisweilen utopischen Überschuss produzieren.
- Darüber hinaus bieten sie eben auch ein Übungs- und Lernfeld für praktizierte Demokratie.

Nun wäre tatsächlich wieder im Einzelnen zu prüfen, ob die hier vertretenen Funktionen tatsächlich auch so erfüllt werden. Theda Skocpol etwa weist in ihrer Untersuchung zur historischen Entwicklung des bürgergesellschaftlichen Amerikas (vgl. Skocpol 2001) mit Putnam übereinstimmend darauf hin, dass sich „diese Interessenvertretungen gewöhnlich auf Beitragszahler stützen, die den oberen Einkommensschichten angehören.“ (ebd.: 641). Dieses Argument, dem ein Schluss von der sozioökonomischen Mitgliedschaftsstruktur auf die (nicht weiter geprüften) vertretenen Interessen zugrunde liegt, ist natürlich problematisch. Denn selbstverständlich ist vorstellbar und empirisch auch nachweisbar, dass ressourcenstarke, zivilcouragierte Bürger stellvertretend Interessen Dritter artikulieren (können).

Doch „Subpolitik“, davor warnt Ulrich Beck durchaus, „steht nicht nur einer Seite offen“ (1993: 159). Aus den kleinen Lebenswelten kön-

nen „[...] kleine Machtbereiche und Einflusszonen (werden), aus privaten Existenzen werden individuelle Strategiezentralen, aus stilisierten Milieubindungen und Gruppenzugehörigkeiten werden neotribalistische Distinktionskämpfe“, darauf weist auch Ronald Hitzler (1997: 180) zu recht hin.

Partikularismus zieht identitätsstiftende Grenzen, die sich für das Individuum stabilisierend, nach außen hin jedoch in konflikthaften Abgrenzungspolitiken zeigen können. Gerade angesichts der gegenwärtig wachsenden Spannungen entlang religiöser und ethnischer cleavages gibt es beileibe keinen Grund, sich mit Berufung auf „Subpolitik“ entspannt zurücklehnen zu können. Wenn dann zugleich ökonomische Verteilungskonflikte sich verschärfen, können explosive Konflikt dynamiken entstehen: „Die sozialintegrativ problematischsten Fälle sind [...] diejenigen, in denen Kultur- und Verteilungskonflikte korrelieren und einander gegenseitig begründen und anheizen“ (Schimank 2000: 463).

Es sollte in diesem Kapitel darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die Vergemeinschaftungs- bzw. Vergesellschaftungsmuster im Zuge eines säkularen Modernisierungsprozesses unaufhaltsam verändert haben. Wenn damit moralisierendes Raisonement in seine Schranken verwiesen werden kann und die „Baby Boomer“ im Licht dieser Überlegungen aus der Täterrolle („What killed civic engagement?“) entlassen werden können, dann wäre schon einiges erreicht. Es sollte hier allerdings auch nicht der Versuch unternommen werden, Putnams Melancholie mit Becks Hoffnung auf die „Subpolitik“ kurieren zu wollen. Denn dafür bilden sich auch in dieser Entwicklung wieder unausrottbar Ambivalenzen, eben: riskante Chancen, ab.

Im letzten Kapitel soll von Transformationsprozessen der Freiwilligen-Organisationen aus organisationssoziologischer Sicht die Rede sein, insbesondere Veränderungsprozessen, die spezifische „push-Effekte“ erzeugen und zumindest zu einem Teil den Auszug der Individuen aus den Organisationen und die „pull-Effekte“ neuer Gruppen erklären helfen.

3.3.3 Transformationsprozesse intermediärer Akteure³⁹

Nicht nur die individuellen Voraussetzungen für die Mitwirkung in der „Bürgergesellschaft“, auch ihre Organisationskerne, die Freiwilligenorganisationen, haben sich in den letzten Jahrzehnten jenseits und diesseits des Atlantiks erheblich gewandelt. Wie sollte das auch anders zugehen, wenn weder die externen Umwelten und die Umwelteinbindungen stabil

39 Diese Überlegungen sind inspiriert von Uwe Schimanks Thesen zum Vereinssport in der Organisationsgesellschaft (Schimank 2002).

geblieben sind? Im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse unterlagen und unterliegen sie einem Veränderungsdruck, der aus internen, eigendynamischen Konstellationen und aus der Wirkungsmächtigkeit externer Faktoren entsteht. Solche Dynamiken können – zumindest zum Teil – den „Auszug“ der Individuen und ihre Widerwilligkeit gegenüber einer Rückkehr erklären.

Zunächst muss man sich vor Augen halten, dass jene „secondary associations“, deren Verfall Putnam beklagt, nicht anders als neue Formen der Interessensorganisation, durch die „Ressourcenzusammenlegung“ individueller Akteure entstanden sind. Über viele Jahrzehnte hinweg haben sie sich – zumindest ein Teil von ihnen – zu mächtigen Verbänden ausgewachsen. Ein solches Wachstum allein begünstigt jedoch schon *Oligarchisierungstendenzen*. Die Vereins- und Verbandsführungen müssen aufgrund einer mit dem Wachstum verbundenen steigenden Innenkomplexität und anspruchsvollerer Steuerungsaufgaben, die sich mit ansteigenden Koordinationsaufgaben einstellen, zunehmend Effektivitäts- und Effizienzrationalitäten ausbilden, die in Widerspruch treten können zu den Mitgliedschaftslogiken. Das zeigt sich etwa, wenn die Bewerber um Leistungsrollen in Verbänden nicht mehr nur auf ihren „Stallgeruch“, d.h. ihrer sozialmoralischen Verpflichtetheit auf ein bestimmtes Milieu, das der Verein repräsentiert, hin „beschnuppert“ werden, sondern die Selektion der Führungsschicht nach bestimmten Kompetenzprinzipien erfolgt. Je stärker die Interessensorganisation nach außen gerichtet ist, desto eher unterliegt sie der Versuchung, oligarchische Führungsstrukturen zu stabilisieren, zumal dadurch die Koordinationskosten für die Herbeiführung notwendiger Entscheidungen gesenkt und die Möglichkeit erhöht wird, sich als Organisation strategisch verhalten zu können. Dies wiederum erzeugt eine Eskalationsdynamik: „Weil der ‚Basis‘ die Mitentscheidungsmöglichkeiten entzogen werden, wird sie apathisch; weil sie apathisch ist, reißt die Führung die Entscheidungen oligarchisch an sich.“ (Schimank 2002: 17). Es fundamentiert sich – in den Worten Schimanks – eine „Oligarchie wider Willen“ (ebd.). In der Konsequenz droht das demokratische Erbe der Organisation zu erodieren.

Gesteigert wird diese Dynamik, wenn ein Verband, wie dies durchaus nicht selten geschieht, in enge Kooperationsverhältnisse mit Staat und Politik eintritt. Solche Austauschbeziehungen sind nahe liegend, weil es mindestens in zwei Hinsichten Interessensentsprechungen gibt: Erstens im Hinblick auf den Austausch von „Macht“ und zweitens im Hinblick auf den Austausch der Ressource „Leistung“. „Macht“ offeriert der Verband politischen Akteuren insofern, als sich aus einer Verbandsmitgliedschaft symbolische Macht gewinnen lässt, sich politische

Karrieren vorbereiten und Verbandsmitglieder als Wähler rekrutieren lassen.⁴⁰ Mit der Einbindung von „Leistungspotentialen“ des Vereins durch Staat und Politik im Rahmen von korporatistischen Problembearbeitungsarrangements lässt sich die Effektivität und Effizienz in der Abarbeitung von gesellschaftlichen Aufgaben steigern und als Gegenleistung zum Verband hin ein ökonomischer Ressourcenfluss sicher stellen. „Macht“ und „Leistungspotential“ bestärken sich wechselseitig, sodass ein Verband aus geschickt genutzten Austauschbeziehungen mit Staat und Politik seine Angebotspalette und seine Einflusszonen erheblich erweitern kann. Diese Entwicklung „verführt“ dazu, die Dienstleistungsfunktionen auszuweiten und nicht nur „Club-Mitgliedern“ vorzubehalten. In einem solchen Fall steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die ehrenamtlich bereitgestellten Ressourcen aus fachlichen und/oder zeitlichen Gründen an ihre Leistungsgrenzen kommen. Eine *Professionalisierung* verspricht zunächst einen Ausweg aus dem Dilemma: Beruflich qualifiziertes und entlohntes Personal übernimmt vordem ehrenamtlich erledigte Aufgaben, wirkt an Steuerungsaufgaben mit, akkumuliert dabei Wissen über das Vereinsgeschehen und tritt den ehrenamtlichen Leistungsträgern wie dem mitgliedschaftlichen Publikum zuguterletzt jedoch als „funktionale Autorität“ (Hartmann 1964 zit. in Schimank 2002: 19) gegenüber. Das Machtgefälle und das Konfliktpotential vergrößern sich, wenn die zumeist ja nur als „geschäftsführende“ Mitarbeiter eingestellten Hauptamtlichen ihre ehrenamtlichen Vorstände aus dem Leitungsbereich verdrängen (müssen), um die komplexer werdenden Aufgaben ohne allzu große Koordinationskosten, welche die Abstimmung mit Vorständen und Verbandsmitgliedern verursachen, bewältigen zu können. Der „Preis“, den man für die angewachsene Leistungsfähigkeit nach innen hin zu bezahlen hat, kann hoch sein, wenn Mitglieder aufgrund einer zurückgehenden Identifikationsbereitschaft bzw. aufgrund des Zurückschreckens vor einem zeitintensiven Engagement die „exit-Option“ wählen oder in der „Publikumsrolle“ verbleiben und von dort aus mit gesteigerten Kundenansprüchen die Oligarchisierungsspirale weiter noch oben drehen.

Eine solche Einbindung von Freiwilligenverbänden in staatliche Zielsetzungen in den USA bestätigt nachdrücklich Lester M. Salamon (1996). Entgegen den Prognosen der weit verbreiteten Verdrängungsthe-

40 Der Nachweis der Mitgliedschaft in Verbänden und Vereinen gehört deshalb zum Pflichtrepertoire in der Imagepolitik von Politikern in Deutschland, aber verschärft in den USA. Die Machtbasis, die Vereine und Verbände darstellen, dürfte sich aber mit dem unvergleichlich größeren Einfluss, den die Massenmedien als Selbstdarstellungspodien und Multiplikatoren bieten, geschmälert haben.

se – staatliches Handeln führe zur Zurückdrängung des Freiwilligensektor – habe der „Voluntary Sector“ eine vitale und sogar wachsende Rolle im US-Wohlfahrtsstaat behalten (Salamon 1996: 79). Ein Grund dafür sei, dass der Staat private Nonprofit-Organisationen damit beauftragte, öffentlich finanzierte Dienstleistungen zu organisieren und sogar bis hin zur staatlichen Gründung von Nonprofit-Organisationen aktiv geworden sei. Damit ist der amerikanische Wohlfahrtsstaat nach Salomons Einschätzung weit entfernt von dem konventionellen theoretischen Bild eines bürokratischen und monolithischen Blocks, zumal er sich einer breiten Palette verschiedenster Drittparteien zur Erfüllung staatlicher Funktionen bediene. Auf diese Weise entstehe ein kompliziertes System des „Third Party Government“, in dem staatliche Instanzen Entscheidungsspielräume und Machtbefugnisse mit nicht-staatlichen Akteuren teilen.⁴¹ Begünstigt werde dieses staatliche Steuerungsform durch die pluralistische politische Struktur in der amerikanischen Gesellschaft. Es könnten über solche Kooperationsarrangements lokal angepasste, kostengünstigere Dienstleistungen entwickelt und Marktelemente implementiert werden (ebd.: 482). Politische Entscheidungsträger können zur Entstehung und Stärke des Vereinslebens beitragen, indem sie unterstützen, dass Dienstleistungen und Aktivitäten von gesellschaftlichen Vereinigungen erbracht werden und nicht von staatlichen Stellen (ebd.: 483).⁴²

Ganz den vorangegangenen Überlegungen entsprechend macht The-da Skocpol (2001) „eine auf Professionalisierung gerichtete Spielart der ‚Modernisierung‘“, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts in den USA zu verwirklichen scheint (ebd.: 638) aus: Vereinigungen, die in jüngerer Zeit an Bedeutung gewannen, weisen sehr viel engere Zielsetzungen auf und verfügen über verhältnismäßig kleine Mitgliedschaften oder haben überhaupt keine eingetragenen Mitglieder. Viele der in den 60er und 70er Jahren entstandenen Bürgerrechtsbewegungen begannen als „Basisinitiativen“ und viele hiervon entwickelten sich später zu professionell

41 vgl. hierzu auch die elaborierten Beiträge des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung um Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Mayntz/Scharpf 1995), die aber leider von den Theoretikern der Zivilgesellschaft kaum zur Kenntnis genommen werden. Auf Salamon wird hier aufgrund seiner US-amerikanischen Bezugnahmen zurückgegriffen.

42 In Deutschland wird das Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern in der Wohlfahrtspflege durch das Subsidiaritätsprinzip geregelt, das auf der Soziallehre der römisch-katholischen Kirche einerseits und liberalen Vorstellungen andererseits fußt. Demnach gilt ein bedingter Vorrang gesellschaftlicher Organisationen bei der Produktion von sozialen Dienstleistungen. Die Praxis dieser Steuerungsform indessen steht schon seit einiger Zeit in heftiger Kritik, weil es die großen Wohlfahrtsverbände bevorteilt und zu einer neokorporatistischen Verklammerung von Staats- und Verbandsinteressen geführt hat (vgl. Rauschenbach/Sachße/Olk 1995).

geführten Interessengruppen oder Organisationen für soziale Dienstleistungen (ebd.: 640). Während der 1970er und 1980er Jahre verschob sich die Schwerpunktsetzung von kulturellen Vereinigungen, Protestbewegungen oder sozialen Dienstleistungsgruppen hin zu politischen Interessengruppen und Dienstleistern mit Interessensvertretungsanspruch (ebd.). Was Skocpol dabei eben kaum reflektiert, ist, dass die in den staatsnahen Handlungsfeldern „Gesundheit“ und „Soziales“ operierenden Vereinigungen in staatlichen „Third-Party-Government“-Arrangements eingebunden wurden. Darüber lässt sich auch die Ausbildung von hybriden Organisationsformaten⁴³ gut erklären.

Befunde der „Dritte-Sektor“-Forschung machen jedenfalls darauf aufmerksam, dass ein Drittel des Gesamtanteils gemeinnütziger Einrichtungen in den USA dem Gesundheits- und Bildungswesens zuzurechnen sind und dass gerade sie es sind, die sich durch eine hochgradige Professionalisierung und Kommerzialisierung auszeichnen (Van Til: 2000, referiert in: Anheier/Topler: 2003: 42–43).

Was bei Salamon allerdings wiederum auf der Strecke bleibt, sind Überlegungen zu den mikropolitischen Effekten der Professionalisierung. Volunteering, so Van Til, würde in diesen Organisationen nämlich maßgeblich zurückgedrängt, sodass man sie eigentlich gar nicht mehr dem bürgerschaftlichen Engagement zurechnen könne (ebd.).

Auch jene von Putnam beklagte dünne Mitgliederbasis der „public interest groups“ lässt sich besser mit den Dynamiken der modernen Gesellschaft und sich darauf einstellenden kollektiven und korporativen Akteuren erklären, als mit moralisierenden Hinweisen auf die mangelnde Engagementbereitschaft einer ganzen Generation. Wenn man in Rechnung stellt, dass Massenmedien in der öffentlichen Kommunikation und politischem „agenda setting“ eine immer stärkere Bedeutung zukommt, dann macht dies eine professionelle Beeinflussung der Medienagenda erforderlich. Eine breite Mitgliederbasis ist hierfür eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Vor diesem Hintergrund urteilt Skocpol:

„Insgesamt hat sich die Modellvorstellung einer in der amerikanischen Politik und Bürgergesellschaft effektiven Organisation drastisch verändert [...]. Es entstehen nicht mehr landesweite Netzwerke, sondern unternehmerisch orientierte Persönlichkeiten planen die Errichtung eines nationalen Zentralbüros, werben mit Massenbriefsendungen um Spenden, engagieren Meinungsforscher

43 Eine hybride Gestalt entwickelt ein Verband dann, wenn er als Dienstleistungsorganisation, Interessensorganisation wie Mitgliederorganisation gleichermaßen operiert (vgl. Evers 1990; Olk/Rauschenbach/Sachße 1995b).

und Medienberater, [...] die Interessenvertreter geben Pressemitteilungen über dringliche Fragen heraus und für Verhandlungen mit den staatlichen Stellen werden Lobbyisten engagiert. Gleichzeitig wird intensives fundraising zur Finanzierung all dieser Aktivitäten betrieben. Die Geschäftsführer dieser Vereinigungen haben wenig Zeit, mit ihren Mitgliedergruppen zu diskutieren. Mitglieder sind eine Ablenkung, die sich nicht mehr lohnt“ (Skocpol 2001: 645).

Face-to-face basierte Kommunikation findet hier nur mehr in geringerem Maße bzw. auf einer anderen Interessensvermittlungsebene statt. Der Nachweis indessen, dass solche neuen Initiativen, die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit organisieren, weniger zur Qualität von Demokratie beitragen als etwa ein Bowling-Club, müsste allerdings erst erbracht werden.

Die bisher angestellten Überlegungen machen deutlich, dass sich zumindest ein Teil der institutionalisierten Gelegenheitsstrukturen des bürgergesellschaftlichen Engagements erheblich wandelt. Mit den Hinweisen auf Oligarchisierungs- und Professionalisierungstendenzen lässt sich ein gewisses Maß des „Sozialkapital“-Verfalls in Gestalt eines Mitgliederschwundes bzw. einer Anhebung der Zugangsschwellen in spezifischen Sektoren plausibilisieren. Bezieht man die Effekte der „Individualisierung“, die im vorangegangenen Kapitel skizziert wurde, mit ein, vertieft sich das Verständnis dafür, warum erstens die Entwicklungstendenzen angestammter Freiwilligenorganisationen „push-Effekte“ und zweitens die „kleinen Lebenswelten“ „pull-Effekte“ erzeugen:

Zum einen setzen anspruchsvoller gewordene Leistungsrollen in Verbänden erhöhte Zeitinvestitionen, dauerhaftere Verfügbarkeit und eine hohe Identifikationsbereitschaft mit den Organisationszielen voraus. Das ist aber mit den veränderten Orientierungen von potentiellen Freiwilligen, der Biografisierung des Ehrenamts, der Selbstbezüglichkeit des Engagements und dem Wunsch nach Autonomie schwerer zu vereinbaren. Die kontingente „Schmetterlingsnatur“ des Sozialengagements kann Sozialorganisationen, die im härter werdenden sozialökonomischen Wettbewerb der Dienstleister stehen⁴⁴, zumindest auf der Führungsebene gewiss nur mehr schwer beflügeln.⁴⁵ Die Entstehung von

44 Die Herausbildung eines „Sozialmarktes“ ist nicht nur in Europa, sondern, wie das Zitat von Skocpol andeutet, auch in den USA ein Faktum.

45 Der Schwierigkeit, den zunehmend nach Marktprinzipien gesteuerten Sozialbereich mit ehrenamtlichen Führungsschichten bewältigen zu müssen, begegnen hierzulande viele Verbände mit einer Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur, indem sie marktförmig organisierbare Dienstleistungen unter das Dach von professionalisierten „gGmbHs“ stellen

selbstinszenierten Gemeinschaften könnte man aus dieser Sicht als Ausweichen aufgrund einer „Fehlkoppelung zwischen Motivationen und Chancen“ (Offe 2001: 487) deuten.

Zum anderen aber lässt sich die Entstehung „Neuer Sozialer Bewegungen“ als kritischer Reflex auf eine zunehmende Durchorganisierung der Gesellschaft⁴⁶ lesen. Zumindest für Deutschland ließe sich zeigen, dass die Selbsthilfegruppenbewegung in den 1970er und 80er Jahren deutlich von einer Distinktionspolitik gegenüber dem „professionellen System“ beflügelt war. Eine kritische Haltung gegenüber entmündigenden Professionskulturen und übergriffigen Sozialorganisationen stand im Zentrum ihres Selbstverständnisses. Eine „Ressourcenzusammenlegung“ in neuen kollektiven Akteuren verhiess eben genau die Erfüllung jener sozial prädisponierten Wünsche nach autonomer Lebensgestaltung, Authentizität und Unmittelbarkeit in der Begegnung, wie sie in manchen der oligarchisierten Freiwilligenorganisationen kaum mehr möglich erschien.

Indessen sind auch jene „Neuen Bewegungen“, wie aus Skocpols Untersuchung deutlich wird, kaum jenen Mechanismen entgangen, die als abschreckendes Beispiel dereinst an ihrer Wiege standen⁴⁷. Sie sind auf dem besten Wege, alt zu werden. Und ihre „Kinder der Freiheit“ (Beck 1997) schlagen neuerdings und andernorts die Zelte auf.

3.4 Ein Blick zurück

In einem Blick zurück sollen einige zusammenfassende Überlegungen das Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung mit den theoretischen Perspektiven, empirischen Befunden und normativen Implikationen der Gesellschaftsdiagnose Putnams bündeln.

Nach näherer Prüfung erwies sich das „Sozialkapital“-Konzept Putnams in *theoretisch-analytischer Hinsicht* als unklar und widersprüchlich. Bei der Klärung seiner zentralen Frage, ob und wie dichte soziale

und im Rahmen der traditionellen „e.V.“-Struktur stärker einer Mitgliedschaftslogik nachgehen können.

46 Zur Lesart der modernen Gesellschaft als „Organisationsgesellschaft“ vgl. Schimank (2001).

47 Verbandsgründungen auf überörtlicher Ebene, Professionalisierung und Finanzierung durch öffentliche Träger sind zwischenzeitlich ein selbstverständlich gewordener Bestandteil ihrer Organisationsentwicklung. Als Beispiel für die Indienstnahme der Selbsthilfebewegung durch das deutsche Gesundheitssystem kann der im Jahr 2000 in Kraft gesetzte § 20, Abs. 5 des V. Sozialgesetzbuches (SGB) dienen: Die Krankenkassen sind seither verpflichtet, Selbsthilfegruppen zu finanzieren.

Netzwerke und assoziiertes bürgergesellschaftliches Engagement grundsätzlich die Leistungsfähigkeit des politischen und ökonomischen Systems beflügeln (können), werden viele interessante Fragen aufgeworfen, aber es wird letztlich kein nennenswerter Theoriefortschritt erzielt. Wie Sozialkapital zustande kommt und sich im Zuge von Modernisierungsprozessen prozesshaft wandelt, bleibt weitgehend ungeklärt. Dafür setzt Putnam eine sehr hohe Argumentationsenergie ein, um die soziale Abträglichkeit der gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse – mehr oder minder offen – zu skandalisieren. Damit bleibt er jedoch an der Oberfläche seines Problemgegenstands.

In *empirischer Hinsicht* bleibt die „Erosionsthese“ eine Glaubensfrage. Wohl legt Putnam eine faszinierende Vielfalt empirischer Befunde vor, die je für sich interessante Fragen stimulieren und an denen sich Myriaden von Forschungsprojekten anknüpfen ließen. Aufgrund eines weit ausgespannten Explorationsrasters werden alle möglichen Erscheinungen des Sozialen eingefangen, die – trotz ihrer Unterschiedlichkeit – zum Beweisstück geschnürt werden. Letztlich lässt sich damit keine Antwort auf die Ausgangsfrage nach dem „Schwund des Sozialkapitals“ geben. Unbestreitbar scheint der Rückgang bürgergesellschaftlichen Engagements in traditionellen Organisationsformen zu sein. Unbestreitbar ist aber auch das Aufkommen von neuen, unkonventionelleren Formen des Engagements. Vor dem Hintergrund eines Vergehens und gleichzeitigen Entstehens von bürgergesellschaftlichem Engagement entsteht der Eindruck, dass Putnam einem Alarmismus Vorschub leistet.

In *normativer resp. evaluativer Hinsicht* kultiviert Putnam ein übertrieben optimistisches Bild vom Leistungsvermögen des „Sozialkapitals“. Weil „Sozialkapital“ aus Putnams Sicht in moralischer Hinsicht fast immer „sozial“ und in funktionaler Hinsicht für fast alles gut ist, kommen soziale „Hypotheken“, die „unsoziales“ oder „dysfunktionales“ Sozialkapital erzeugen kann, kaum zur Sprache. Bei der Einschätzung des Normalniveaus als auch bei der Bewertung neuer Formen des Sozialkapitals scheinen ideologische Faktoren, die mit einer Verklärung der 1950er Jahre in den Vereinigten Staaten einher gehen, eine Rolle zu spielen. Insgesamt liegt Putnams Analyse ein harmonistisches Bild der „Civil Society“ zugrunde, das mit den Realitäten und Anforderungen in modernen Demokratien wenig vereinbar erscheint.

Das Verdienst Putnams allerdings ist unbestreitbar, dass er mit großer Entschiedenheit der Bedeutung „intermediärer Akteure“ für die soziale und politische Integration der individuellen Gesellschaftsmitglieder wie der Gesamtgesellschaft nachgeht und damit einen wichtigen und noch nicht hinreichend geklärten Sachverhalt auf der wissenschaftlichen Tagesordnung hält.

„Die zivile Gesellschaft wird daran gemessen, ob sie fähig ist, Bürger hervorzubringen, die wenigstens manchmal Interessen verfolgen, die über ihre eigenen und diejenigen ihrer Genossen hinausgehen, und die über das politische Gemeinwesen wachen, das die Netzwerke der Vereinigungen fördert und schützt“, an dieser gemäßigten Position Michael Walzers (1996: 93) gibt es meines Erachtens kaum etwas zu bezweifeln. Allerdings ist die Gesellschaft seit Tocquevilles Zeiten und spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts um vieles komplexer geworden und damit haben sich auch die Anforderungen an die Modi der sozialen wie politischen Integration erhöht. Und mit der Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft ist die Arena der „Civil Society“ vielgestaltiger, weiträumiger, vielstimmiger und kontroverser geworden; ein Raum, in dem nicht nur Akteure des angestammten politischen oder korporatistischen Systems Geltungsansprüche reklamieren können, sondern mit neuen sozialen und kollektiven Akteuren in der kleinen wie in der großen Politik um die Gestaltungsmacht wetteifern.

Das „Revival of American community“, auf das Putnam so sehr hofft, hat sich – eben nur in einer anderen als der von ihm gewünschten Gestalt, in manchen Fällen am Fuße der statistischen Berge und wie gehabt: mit Licht- und Schattenseiten – womöglich längstens schon ereignet.

Literatur

- Alber, Jens (2000): Warum die meisten Amerikaner nicht wählen, einige aber doch: Zur historischen Entwicklung der Wahlbeteiligung bei amerikanischen Präsidentschaftswahlen. In: *Leviathan*, Jg. 2000, Heft 3. S. 319-342.
- Amann, Klaus/Hirschauer, Stefan (1997): Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm. In: Dies. (Hg.): *Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie*. Frankfurt am Main. S. 7-52.
- Anheier, Helmut K. (1998²): Der Dritte Sektor in Zahlen: Ein sozial-ökonomisches Porträt. In: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hg.): *Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*. Berlin. S. 29-74.
- Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2000): Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors. In: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*. WZB-Jahrbuch. S. 71-98.
- Anheier, Helmut K./Toepler, Stefan (2003): Bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements Deutscher Bundestag (Hg.) (2003): op. cit., S. 13-55; S. 42-55.
- Antonovsky, Aaron (1997): *Salutogenese*. Tübingen.
- Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./Helmbrecht, Michael/Roth, Rainer A. (2001): *Modellverbund Freiwilligen-Zentren. Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft*.

- schaft. Band 203 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart.
- Balke, Klaus (1999): Gesunder Eigensinn. Zur Bedeutung von Selbsthilfegruppen als zivilgesellschaftliches Sozialkapital. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin. S. 251-264.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1993): Subpolitik – Die Individuen kehren in die Gesellschaft zurück. In: Ders. (1993): Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main. S. 149-171.
- Beck, Ulrich (1994): Jenseits von Stand und Klasse? In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): op. cit., S. 43-60.
- Beck, Ulrich (1997): Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall. In: Ders. (Hg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main. S. 9-33.
- Beck, Ulrich (1999): Modell Bürgerarbeit. In: Ders.: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt am Main/New York. S. 7-189.
- Beck, Ulrich (2000): Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit. In: Ders. (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main. S. 416-448.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjekt-orientierten Soziologie. In: Dies. (Hg.): Riskante Chancen. Frankfurt am Main. S. 10-42.
- Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (2000): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim und München.
- Bellah, Robert N. (1987): Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft. Köln.
- Bellah, Robert N. et. al. (1994): Gegen die Tyrannei des Marktes. In: Zahlmann, Christel (Hg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Rotbuch-Verlag o. O. S. 57-73.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1998³): Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen. Gütersloh.
- Berking, Helmuth (1996): Schenken. Zur Anthropologie des Gebens. Frankfurt am Main/New York.
- Bickel, Michael (1999): Ferdinand Tönnies. In: Kaesler, Dirk (Hg.): Klassiker der Soziologie. Bd. 1. München. S. 113-126.

- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt – Sonderband 2. Göttingen. S. 183-198.
- Braun, Joachim (1996b): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. ISAB-Verlag: Köln-Leipzig.
- Braun, Joachim (1996a): Selbsthilfe 2000. Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer infrastrukturellen Förderung in den alten und neuen Bundesländern. ISAB-Verlag: Leipzig-Köln.
- Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden. Frankfurt am Main.
- Braun, Sebastian (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland – der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. In: Leviathan 29, 2001. S. 337-354.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht. Bd. 194.1 der Schriftenreihe des BmFSJF. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Cox, Eva (2001): Sozialkapital in Australien. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 199-254.
- Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart. Insbes. Kap. 2.4: Die Bürgergesellschaft, S. 67-72.
- Detting, Warnfried (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh.
- Edwards, Bob/Foley, Michael W. (2001): Much ado about Social Capital. In: Contemporary Sociology – A Journal of Reviews. May 2001, Vol. 30, No.3. S. 227-230.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements Deutscher Bundestag (Hg.) (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Bd. 4. Opladen.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements Deutscher Bundestag (Hg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich. Schriftenreihe Bd. 11. Opladen.
- Esser, Hartmut (2000): Netzwerke und Beziehungsstrukturen. In: Ders.: Soziologie – Spezielle Grundlagen. Band 4: Opportunitäten und Restriktionen. Frankfurt/New York. S. 171-269.
- Etzioni, Amitai (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt am Main.

- Etzioni, Amitai (2001): Is bowling together sociologically lite? In: Sociology – a Journal of Reviews. Mai 2001, Vol. 30, Nr. 3. S. 223-224.
- Evers, Adalbert (2002): Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams. In: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen. S. 59-75.
- Evers, Adalbert (1990): Im intermediären Bereich. Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt. In: Journal für Sozialforschung, H. 2, S. 189-210.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus – analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: Dies. (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen. S. 9-62.
- Flierl, Hans (1992²): Freie und öffentliche Wohlfahrtspflege. Aufbau - Finanzierung – Geschichte – Verbände. München.
- Friedrichs, Jürgen (1993): Einführung in die Stadtsoziologie. Lehrbrief der Fern-Universität Hagen. Hagen.
- Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main.
- Genske, Thomas (2001): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse des Freiwilligensurveys 1999. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 25-26/2001. S. 24-32.
- Graf, Friedrich Wilhelm (1999): Zur Einführung. In: Graf, Friedrich Wilhelm/Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan (Hg.): Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft. S. 9-20.
- Granin, Daniil (1993): Die verlorene Barmherzigkeit – eine russische Erfahrung. Freiburg i. Br.
- Granovetter, Mark 1973: The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology. No. 78. S. 1360-1380.
- Greiffenhagen, Martin (1997): Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh. Insbes. S. 255-372.
- Habermas, Jürgen (1998): Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit. In: Ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. S. 399-467.
- Hall, Peter (2001): Sozialkapital in Großbritannien. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 45-113.
- Haug, Sonja (1997): Soziales Kapital – ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Arbeitspapier des Mannheimer Zent-

- runs für europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich II / Nr. 15. Mannheim.
- Heins, Volker (2002): „Zivilgesellschaft“ – vom historischen Kampfbegriff zur Worthülse. In: Ders.: Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs. Transcript-Verlag, Bielefeld. S. 7-17.
- Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001.
- Heitmeyer, Wilhelm (1997): Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte. In: ders. (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bd. 1. Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt am Main. S. 629-653.
- Helmbrecht, Michael (2001a): „Und sie bewegt sich doch...“ – Die Caritas auf neuen Wegen in der Förderung des freiwilligen Engagements. In: Sozialmagazin – die Zeitschrift für Soziale Arbeit. Heft 4. 26. Jg., S. 44-48.
- Helmbrecht, Michael (2001b): Volunteer Organizing. Gestaltung des Politischen und Sozialen durch Soziale Arbeit. In: Sozialmagazin – die Zeitschrift für Soziale Arbeit. Heft 4. 26. Jh., S. 29-31.
- Helmbrecht, Michael (2003a): Gerechtigkeitsprinzipien – zu erfinden oder vorzufinden? In: Hosemann, Wilfried/Trippmacher, Brigitte (Hg.): Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Hohengehren. S. 48-64.
- Helmbrecht, Michael (2003b): Freiwilligenzentren und kirchliche Beratungsdienste als lokale Beratungs- und Brückeninstanzen für Freiwilligendienste. In: Baldas, Eugen/Roth, Rainer A. (Hg.): Freiwilligendienste haben es in sich. Freiburg i. Br. S. 291-308.
- Helmbrecht, Michael (2005): „Dicke Freundschaft“ oder „dünnes Vertrauen“? Soziale Arbeit als Aktionärin des Sozialkapitals. In: Sozialmagazin – die Zeitschrift für Soziale Arbeit. 30 Jg., H. 4. S. 44-47.
- Hitzler, Ronald (1999): Die ‚Entdeckung‘ der Lebens-Welten. Individualisierung im sozialen Wandel. In: Willems, Herbert/Hahn, Alois (Hg.): Identität und Moderne. Frankfurt am Main. S. 231-249.
- Hondrich, Karl Otto/Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Honneth, Axel (Hg.) (1994³): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main/New York.
- Hunter, James Davison (1997): Der amerikanische Kulturkrieg. In: Berger, Peter L. (Hg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und

- Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome. Gütersloh. S. 29-84.
- Immerfall, Stefan (1999): Sozialkapital in der Bundesrepublik – Thesen zu Konzept und Größenordnung. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/ Priller, Eckhard (Hg.): op. cit., S. 121-127.
- Inoguchi, Takashi (2001): Sozialkapital in Japan. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 255-326.
- Jäckel, Michael (1999): „Bowling alone“. Die Soziologie und der Individualismus. In: Willems, Herbert/Hahn, Alois (Hg.): Identität und Moderne. Frankfurt am Main. S. 211-230.
- Jansen, Dorothea (1998): Analyse sozialer Netzwerke. Kurseinheit 1 und 2. Lehrmaterial der Fern-Universität Hagen. Hagen.
- Joas, Hans (2001): Ungleichheit in der Bürgergesellschaft. Über einige Dilemmata des Gemeinsinns. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 25-26/2001. S. 6-14.
- Jungbauer-Gans, Monika (2002): Schwindet das soziale Kapital? In: Soziale Welt. 53. Jg., Heft 2. S. 189-207.
- Keupp, Heiner/Röhrle, Bernd (Hg.) (1987): Soziale Netzwerke. Frankfurt am Main/New York.
- Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.) (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin.
- Klages, Helmut (1998): Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 38-/1998. S. 29-38.
- Klages, Helmut (1999): Zerfällt das Volk? Von den Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie. In: Klages, Helmut/Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgergesellschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte 193. Speyer 1999. S. 1-20.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen.
- Kneer, Georg (1997): Zivilgesellschaft. In: ders./Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. München. S. 228-251.
- Kunz, Volker (2000): Kulturelle Variablen, organisatorische Netzwerke und demokratische Staatsstrukturen als Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung im internationalen Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 52. Jg., S. 193-225.
- Lange, Stefan (2000): Auf der Suche nach der guten Gesellschaft – der Kommunitarismus Amitai Etzionis. In: Schimank, Uwe/

- Volkman, Ute (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen. Eine Bestandsaufnahme. Studienmaterial der FernUniversität Hagen. Hagen. S. 199-218.
- Luhmann, Niklas (1973): Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit Bd. 1. Neuwied und Berlin. S. 21-44.
- Margalit, Avishai (1997): Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung. Berlin.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt am Main, New York.
- Müller-Kohlenberg, Hildegard (1996): Laienkompetenz im psychosozialen Bereich. Opladen.
- Münch, Richard (1997): Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main. S. 66-112.
- Münkler, Herfried/Krause, Skadi (2001): Der aktive Bürger – eine Gestalt der politischen Theorie im Wandel. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main. S. 299-320.
- Nassehi, Armin (2001): Moderne Gesellschaft. In: Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München. S. 208-245.
- Noll, Heinz-Herbert (1999): Einführung: Dimensionen der empirischen Erfassung von Ehrenamt, Gemeinsinn und Sozialkapital. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.): op. cit., S. 395-410.
- Offe, Claus (1999): „Sozialkapital“ – Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.): op. cit., S. 113-121.
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 417-514.
- Offe, Claus (2001): Nachwort: Offene Fragen und Anwendungen in der Forschung. In: Hartmann, Martin/Offe, Claus (Hg.): Vertrauen – Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt am Main. S. 364-369.
- Offe, Claus (2002): Reproduktionsbedingungen des Sozialvermögens. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.): Bericht der Enquete-Kommission. Berlin. S. 11-12.

- gements“ Deutscher Bundestag (Hg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen. S. 273-282.
- Pankoke, Eckart (2002): Freies Engagement, zivile Kompetenz, soziales Kapital. Forderung und Förderung aktivierender Netzwerke und Lernprozesse. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Bd. 11. Opladen. S. 73-88.
- Paxton, Pamela (1999): Is Social Capital Declining in the United States? A Multiple Indicator Assessment. In: American Journal of Sociology, Vol. 105. No. 1. S. 88-127.
- Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2001): Wachstum und Wandel des Dritten Sektors in Deutschland. In: Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (Hg.): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin. S. 199-228.
- Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2001): Wohin geht der Dritte Sektor? Eine Einführung. In: Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (Hg.): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin. S. 9-28.
- Putnam, Robert D. (1995): Bowling alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy. Vol. 6, No. 1, January 1995. S. 65-78.
- Putnam, Robert D. (1996): Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin. S. 52-80.
- Putnam, Robert D. (1999): Demokratie in Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Graf, Friedrich Wilhelm/Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan (Hg.): Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft. Kohlhammer: Stuttgart, Berlin, Köln. S. 21-70.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community. Simon & Schuster: New York.
- Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn – Sozialkapital im internationalen Vergleich. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Putnam, Robert D./Goss, Kristin A. (2001): Einleitung. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 15-43.
- Putnam, Robert D. (2001): Schlussfolgerungen. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 751-790.
- Putnam, Robert D. (2002): Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag

- (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen. S. 257-272.
- Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph/Olk, Thomas (1995a): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt am Main.
- Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph/Olk, Thomas (1995b): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. In: Dies.: op. cit., S. 11-33.
- Ries, Heinz A. (2000): Demokratie und Zivilgesellschaft als Learning Society. In: Elsen, Susanne et. al. (Hg.): Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied. S. 15-46.
- Rifkin, Jeremy (1997): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt am Main.
- Röhrle, Bernd/Stark, Wolfgang (Hg.) (1985): Soziale Netzwerke und Stützsyste. Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie. Tübingen Reihe Bd. 6. Tübingen.
- Rothstein, Bo (2001): Sozialkapital im sozialdemokratischen Staat – das Schwedische Modell und die Bürgergesellschaft. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 115-197.
- Rucht, Dieter (2001): Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main. S. 321-336.
- Salamon, Lester M. (2001): Der Dritte Sektor im internationalen Vergleich – Zusammenfassende Ergebnisse des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. In: Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (Hg.): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin. S. 29-56.
- Salamon, Lester M.(1996): Third Party Government. Ein Beitrag zu einer Theorie der Beziehungen zwischen Staat und Nonprofit-Sektor im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen. S. 79-102.
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K. (1998²): Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin. S. 211-248.
- Sarcinelli, Ulrich/Gensicke, Thomas (2000): Bürgergesellschaft und Freiwilligenengagement in Deutschland. In: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.): Werte in der politischen Bildung. Bonn. S. 56-70.

- Schimank, Uwe (1985): Funktionale Differenzierung und reflexiver Subjektivismus. In: Soziale Welt 36, S. 447-465.
- Schimank, Uwe (1996): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen 1996.
- Schimank, Uwe (1999): Flipperspielen und Lebenskunst. In: Willems, Herbert/Hahn, Alois (Hg.): Identität und Moderne. Frankfurt am Main. S. 250-272.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (1999): Gesellschaftliche Differenzierung. Bielefeld.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2000): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Kurseinheit der Fern-Universität Hagen. Hagen.
- Schimank, Uwe (2000): Gesellschaftliche Integrationsprobleme im Spiegel soziologischer Gegenwartsdiagnosen. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4, S. 449-469.
- Schimank, Uwe (2001): Organisationsgesellschaft. In: Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München. S. 278-307.
- Schimank, Uwe (2002): Der Vereinssport in der Organisationsgesellschaft: organisationssoziologische Perspektiven auf ein spannungsreiches Verhältnis. Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Sportsoziologie der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften zum Thema „Organisationsentwicklungen und De-Institutionalisierungsprozesse im Sport“, 27.-29.6.2002, Oldenburg. Preprints des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften. www.fernuni-hagen.de/SOZ
- Schimank, Uwe (o.J.): Funktionale Differenzierung, Durchorganisation und Integration der modernen Gesellschaft. Preprints des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften. www.fernuni-hagen.de/SOZ
- Schimank, Uwe/Lange, Stefan (o. J.): Politik und gesellschaftliche Integration. Beitrag für Nassehi, Armin / Schroer, Markus (Hg.): Der Begriff des Politischen. Sonderband Soziale Welt. Preprints des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften. www.fernuni-hagen.de/SOZ
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2002): (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen II: Vergleichende Sekundäranalysen. Kurseinheit der Fern-Universität Hagen. Hagen.
- Schröder, Gerhard (2000): Die zivile Bürgergesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung. 24. März 2000. S. 19.
- Schröder, Gerhard (2001): Im Schatten des Gesetzes – Diesseits des Staates: Das „soziale Kapital“. Auszug seiner Rede vor dem Sie-

- mens-Forum München am 3. April 2001. In: Süddeutsche Zeitung 4. 4. 2001.
- Schuppert, Gunnar Folke (1997): Assoziative Demokratie. Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 347. Bonn. S. 114-152.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Darmstadt.
- Skocpol, Theda (2001): Das bürgergesellschaftliche Amerika – gestern und heute. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 593-654.
- Smith, Marilyn W. (2003): Bürgerschaftliches Engagement in den staatlichen Schulen der Vereinigten Staaten von Amerika. In: Enquete-kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Schriftenreihe Bd. 3. S. 251-288.
- Süddeutsche Zeitung (2001a): Alleine kegeln macht arm. Nr. 82, 7./8.4.2001, S. V1/25.
- Süddeutsche Zeitung (2001b): „Sozialkontakte beeinflussen nahezu alles – sogar die Gesundheit“ – Interview mit Robert Putnam. Nr. 82. 7./8.4. 2001, S. V1/25.
- Süddeutsche Zeitung (2001c): Wer alleine kegeln muss. Rezension von Putnams „Bowling Alone“ von Peter Losche. 24./25.3.2001.
- Süddeutsche Zeitung (2004): Der Kitt der Gesellschaft. Nr.33, 10.2.2004, S. 8.
- Tocqueville, Alexis de (1985/1835): Demokratie in Amerika. Stuttgart.
- Touraine, Alain (2000): Lob auf die Zivilgesellschaft. In: Perger, Werner A./ Assheuer, Thomas (Hg.): Was wird aus der Demokratie? Opladen. S. 51-58.
- Walzer, Michael (1995³): Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus. In: Honneth, Axel (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main/New York. S. 157-180.
- Walzer, Michael (1996): Was heißt zivile Gesellschaft? In: Ders.: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt/M. S. 64-97.
- Weidenfeld, Werner (2001): Vorwort. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 11-13.

- Worms, Jean-Pierre (2001): Alte und neue staatsbürgerliche und bürgergesellschaftliche Bindungen in Frankreich. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): op. cit., S. 327-416.
- Wichern, Johann Hinrich (1833/1998): Die öffentliche Begründung des Rauhen Hauses am 12. September 1833. In: Thole, Werner/Galuske, Michael/Gängler, Hans (Hg.) (1998): KlassikerInnen der Sozialen Arbeit. S. 67-81.
- Wilson, John (2001): Dr. Putnam's Social Lubricant. In: Contemporary Sociology – A Journal of Reviews. May 2001, Vol. 30, Nr. 3. S. 225-227.
- Winter, Thomas von (2000): Soziale Marginalität und kollektives Handeln. Bausteine einer Theorie schwacher Interessen. In: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hg.): politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen. S. 39-60.
- Wuthnow, Robert (1996): Sharing The Journey. Support Groups and America's New Quest for Community. New York.
- Wuthnow, Robert (1997): Handeln aus Mitleid. In: Beck, Ulrich (Hg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main. S. 34-84.
- Wuthnow, Robert (2001): Der Wandel des Sozialkapitals in den USA. In: Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): Gesellschaft und Gemein-sinn – Sozialkapital im internationalen Vergleich. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. S. 655-749.
- Wydler, Hans/Kolip, Petra/Abel, Thomas (Hg.) (2000): Salutogenese und Kohärenzgefühl. Grundlagen, Empirie und Praxis eines gesundheitswissenschaftlichen Konzepts. Weinheim und München.

Neuerscheinungen dieser Reihe:

Sabine Brombach,
Bettina Wahrig (Hg.)

LebensBilder

Leben und Subjektivität in
neueren Ansätzen der Gender
Studies

Dezember 2005, ca. 250 Seiten,
kart., zahl. z.T. farbige Abb.,
ca. 26,00 €,
ISBN: 3-89942-334-8

Michael Helmbrecht

Erosion des »Sozialkapitals«?

Eine kritische Diskussion der
Thesen Robert D. Putnams

Oktober 2005, 116 Seiten,
kart., 13,80 €,
ISBN: 3-89942-358-5

Gudrun Quenzel

Konstruktionen von Europa

Die europäische Identität
und die Kulturpolitik der
Europäischen Union

Oktober 2005, 326 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 3-89942-414-X

Georg Glasze, Robert Pütz,
Manfred Rolfes (Hg.)

Diskurs – Stadt – Kriminalität

Städtische (Un-)Sicherheiten
aus der Perspektive von
Stadtforschung und Kritischer
Kriminalgeographie

September 2005, 326 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 3-89942-408-5

Nicole Grothe

InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?

Künstlerische Praxis in der
neoliberalen Stadt

September 2005, 282 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 25,80 €,
ISBN: 3-89942-413-1

Rudolf Stichweh

Inklusion und Exklusion

Studien zur
Gesellschaftstheorie

September 2005, 220 Seiten,
kart., 23,80 €,
ISBN: 3-89942-390-9

Heike Hartung (Hg.)

Alter und Geschlecht

Repräsentationen, Geschichten
und Theorien des Alter(n)s

September 2005, 286 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-349-6

Armin Stickler

Nichtregierungs- organisationen, soziale Bewegungen und Global Governance

Eine kritische
Bestandsaufnahme
August 2005, 432 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-407-7

**Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de**

Neuerscheinungen dieser Reihe:

Anja Frohnen

Diversity in Action

Multinationalität in globalen Unternehmen am Beispiel Ford

August 2005, 246 Seiten,

kart., 25,80 €,

ISBN: 3-89942-377-1

Angela Schwarz (Hg.)

Der Park in der Metropole

Urbanes Wachstum und städtische Parks im

19. Jahrhundert

Juli 2005, 224 Seiten,

kart., zahlr. Abb., 23,80 €,

ISBN: 3-89942-306-2

Christoph Wulf

Zur Genese des Sozialen

Mimesis, Performativität, Ritual

Juli 2005, 178 Seiten,

kart., 17,80 €,

ISBN: 3-89942-415-8

Marcus Termeer

Verkörperungen des Waldes

Eine Körper-, Geschlechter- und Herrschaftsgeschichte

Juli 2005, 644 Seiten,

kart., 33,80 €,

ISBN: 3-89942-388-7

Barbara Christophe

Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft

Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht

Juni 2005, 264 Seiten,

kart., 26,80 €,

ISBN: 3-89942-323-2

Peter Fuchs

Konturen der Modernität

Systemtheoretische Essays II.

hrsg. von Marie-Christin Fuchs

Juni 2005, 196 Seiten,

kart., 21,80 €,

ISBN: 3-89942-335-6

Matthias Groß,

Holger Hoffmann-Riem,

Wolfgang Krohn

Realexperimente

Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft

Juni 2005, 236 Seiten,

kart., 24,80 €,

ISBN: 3-89942-304-6

Hannelore Bublitz

In der Zerstreuung organisiert

Paradoxien und Phantasmen der Massenkultur

Mai 2005, 172 Seiten,

kart., 17,80 €,

ISBN: 3-89942-195-7

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de